

Villach, 15.01.2002

Auskünfte: **Iris Lippitsch**

Durchwahl: **1101**

Zahl: **MD-701/6/2001/Li**

N i e d e r s c h r i f t N r . 6

über die G e m e i n d e r a t s s i t z u n g am Dienstag, dem 26. Juni 2001,
um 15.00 Uhr im Volkshaus Landskron.

T a g e s o r d n u n g

Fragestunde

- 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2.) Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 3.) Geschäftsverteilung – Änderung
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 4.) Vertretung der Stadt in Verbänden
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 5.) Aktion „Schulen ans Netz“ – Resolution
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 6.) Finanzausgleich im Land Kärnten – Resolution
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 7.) Private-Public-Partnership der Entsorgung der Stadt Villach
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 8.) Erweiterung Leasingvertrag Nr. 90000010 Bawag RF Zwölf aufgrund
Neubau Tierkörpersammelstelle, Grundstück Nr. 747/2, KG Villach
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

- 9.) Schulbus - Leasingfinanzierung
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 10.) Parkscheinautomaten - Leasingfinanzierung
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 11.) Überplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 (2) Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 12.) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 (1) Villacher Stadtrecht 1998
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 13.) Erstellung eines Bestandvertrages zwischen der Stadt Villach und der St. Magdalen Projektentwicklungs- und Verwertungsgesellschaft mbH auf Gst. Nr. 865/13, KG Seebach in Villach, St. Magdalen, Europastraße
Berichterstatter: Vizebgm. Richard Pfeiler
- 14.) Grundverkehr 2000 – Erklärung zu Gemeindestraßen
Berichterstatter: Vizebgm. Richard Pfeiler
- 15.) Grundverkauf aus dem öffentlichen Gut – Nussbaumweg;
Christian Mainhart
Berichterstatter: Vizebgm. Richard Pfeiler
- 16.) Verkauf des stadteigenen Grundstückes Gst. Nr. 865/12, KG Seebach in Villach, St. Magdalen, Europastraße, an die St. Magdalen Projektentwicklungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
Berichterstatter: Vizebgm. Richard Pfeiler
- 17.) Straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich
Berichterstatter: Vizebgm. Walter Lang
- 18.) Anregung zur Änderung des Flächenwidmungsplanes KG Judendorf – Interspar Süd, Grundstück 58/1, KG Judendorf
(DHB Immobilien Leasing GesmbH)
Berichterstatter: Vizebgm. Walter Lang
- 19.) Alpen-Adria-Wanderführer – Weitergabe gegen Entgelt
Berichterstatter: Stadtrat Walter Ladstätter
- 20.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

A n w e s e n d e

Bürgermeister Helmut Manzenreiter
1. Vizebürgermeister Richard Pfeiler
2. Vizebürgermeister Walter Lang
Stadträtin Mag. Gerda Sandriesser
Stadtrat Walter Ladstätter
GR Hilde Schaumberger bis 19.10 Uhr
 GR Edeltraud Pacher ab 19.10 Uhr
GR Günther Goach
GR Harald Sobe
GR Brigitte Möstl
GR Christian Luser
GR Ing. Karl Woschitz ab 16.55 Uhr
 GR Ewald Michelitsch bis 16.55 Uhr
GR Mag. Werner Raup
GR Klaus Frei
 für GR Isidor Scheriau
GR Gerhard Kofler
GR Ewald Koren
 für GR Monika Tosin-Mölzer
GR Mag. Heinz Maurer
GR Günther Stastny
GR Irene Lackner
GR Rudolf Unterköfler
 für GR Hans Leeb
GR Helmut Treiber ab 18.00 Uhr
 GR Edeltraud Pacher bis 18.00 Uhr
GR Wolfgang Bertel
 für GR Mag. Dr. Josef Koschitz
GR Ecatarina Esterl
GR Herbert Hartlieb
GR Ing. Horst Eder
GR Franz Hauer
GR Günther Krainer
GR Monika Obergantschnig
GR Wally Retzl
GR Franz Burgstaller
 für GR Ing. Siegfried Andronik
GR Eveline Tilly
GR LAbg. Sigrid Steinkellner
GR Eleonore Schmolinier
GR Ing. Hubert Angerer
GR Herwig Zussner

GR Bernd STEFAN
 GR Heinz Wutti
 für GR Martin Taupe
 GR Dr. Wolfgang Lausegger
 GR Erwin Baumann
 GR Maria Lukan
 GR Andreas Brandenberger
 GR Helga Sacherer
 GR DI Josef Brunner
 für GR Dr. Josef Löberbauer
 GR DI Günther Geretschläger
 GR LAbg. KR Helmut Hinterleitner
 GR Susanne Zimmermann

Magistratsdirektor Dr. Hans Mainhart
 Dr. Gerfried Spath
 Baudirektor DI Karl Pühringer
 Finanzdirektor Mag. Emil Pinter
 Dr. Ewald Tillian
 Dr. Alfred Winkler
 Mag. Walter Egger
 Kontrollamtsdirektor Dietmar Bihlo

Schriftführung: Iris Lippitsch

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung. Gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 12. Jänner 2001 werden keine Einwendungen erhoben; es gilt somit als genehmigt.

Für Frau Gemeinderätin Monika Tosin-Mölzer (krank) ist Gemeinderat Ewald Koren, für Gemeinderat Hans Leeb (beruflich verhindert) ist Gemeinderat Rudolf Unterköfler, für Gemeinderat Ing. Karl Woschitz (bis 16.55 Uhr dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Ewald Michelitsch, für Gemeinderat Isidor Scheriau (Voruntersuchung für Krankenhausaufenthalt) ist Gemeinderat Klaus Frei, für Gemeinderat Helmut Treiber (bis 18.00 Uhr dienstlich verhindert) ist Frau Gemeinderätin Edeltraud Pacher, für Gemeinderat Mag. Dr. Josef Koschitz (Reifeprüfungsvorsitz) ist Gemeinderat Wolfgang Bertel, für Frau Gemeinderätin Hilde Schaumberger (ab 19.10 Uhr dienstlich verhindert) ist Frau Gemeinderätin Edeltraud Pacher, für Gemeinderat Ing. Siegfried Andronik (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Franz Burgstaller, für Gemeinderat Martin Taupe (Urlaub) ist Gemeinderat Heinz Wutti und für Gemeinderat Dr. Josef Löberauer (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat DI Josef Brunner anwesend.

Sämtliche Vertreter sind bereits vereidigt.

Als Protokollprüfer werden Frau Gemeinderätin Hilde Schaumberger (SPÖ) und Gemeinderat DI Günther Geretschläger (ÖVP) bestellt.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung?

Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner teilt mit, dass die Österreichische Volkspartei eine Änderung der Tagesordnung beantragt, und zwar die Absetzung des Tagesordnungspunktes 18.). Er begründet diese Absetzung des Tagesordnungspunktes 18.) damit, dass die Österreichische Volkspartei zum Thema „Interspar“ eine Gemeindevolksbefragung beantragt hat. Er informiert, dass es darüber hinaus eine Internet-Umfrage der Kleinen Zeitung gegeben hat, bei der sich 74 % gegen ein Projekt Interspar ausgesprochen haben. Weiters gibt es eine Unterschriftenaktion mit 7.000 Unterschriften, bei der man sich ebenfalls gegen das Projekt Interspar ausgesprochen hat und darüber hinaus hat die Österreichische Volkspartei einen Antrag im Gemeinderat eingebracht, ein geologisches Gutachten zu fordern, damit überprüft werden kann, inwieweit die baulichen Maßnahmen vom Megazentrum Interspar Auswirkungen auf die Thermensituation Warmbad-Villach haben. Das sind die wesentlichen Punkte und er glaubt, dass das Begründung genug ist, diesen Tagesordnungspunkt noch ausführlich zu behandeln, intensiv zu beurteilen

und dann erst darüber zu befinden. Er denkt, dass heute nicht das Projekt als Investition als solches auf der Tagesordnung steht, sondern einfach eine Ausweitung der Flächen. Durch diese Ausweitung der Flächen werden sich natürlich entsprechende Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich für die Innenstadt und darüber hinaus für den gesamten Wirtschaftsraum Villach ergeben. Er glaubt, dass das Begründung genug ist und er wird im Detail noch darauf zu sprechen kommen. Er ersucht jedenfalls, nun die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes zu behandeln.

Bürgermeister Manzenreiter hält fest, dass Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner davon gesprochen hat, dass dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt werden soll, weil man heute mit diesem eine Ausweitung der Geschäftsflächen beschließen wird. Er ist aber dafür, dass dieser Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung bleibt, weil man gerade das heute nicht tut. Das ist auch der Grund, warum er heute beim Hereingehen einigen gesagt hat, dass diese hier vielleicht Dinge erfahren werden, bei deren Kenntnis man sich wahrscheinlich überlegt hätte, diese Kampagne, die jetzt über Wochen Villach berührt, zu machen. An die anwesenden Geschäftsleute teilt er mit, dass diese einer Reihe von Falschinformationen aufgesessen sind, für die diese nichts können.

Tatsache ist, dass man heute im Grunde genommen nur einen Beschluss auf der Tagesordnung hat und er verliert diesen wie folgt: „Den Einwendungen wird stattgegeben und damit das Widmungsbegehren mit der Zahl 10/02 abgelehnt.“ Er teilt mit, dass man heute nicht das beschließt, was den Anwesenden vorgegaukelt wurde, man beschließt keine Widmungsausweitung und nichts auf diesem Gebiet, sondern es wird ausschließlich beschlossen, ob dieses Widmungsbegehren fortgesetzt wird oder nicht. Er hat viel Verständnis für Politikampagnen, bemerkt aber, dass bisher viel Lärm um nichts war, weil heute nichts beschlossen wird. Es war also Polittheater, von dem er seit einigen Wochen spricht. Er weiß schon, dass man das vielleicht nicht gerne hört, wenn man sich als Motor einer solchen Kampagne fühlt, aber es ist so. Er wiederholt, dass es heute nur um die Frage geht, ob das Widmungsbegehren abgeschlossen wird, damit wäre dann Schluss, oder ob es fortgesetzt wird.

Er möchte seine Meinung den Anwesenden ganz genau begründen und bemerkt, dass er diese einigen Personen schon vor Monaten bei einer gemeinsamen Reise gesagt hat. Er hält fest, dass er persönlich dafür eintritt, dass dieses Widmungsbegehren fortgesetzt wird - dies natürlich unter einem neuen Planungsreferenten, der einen konstruktiven Umgang mit den Themen haben wird - und dass sich dieses Widmungsbegehren differenzierter mit der Frage „Interspar“ auseinandersetzt. Obwohl man heute keinen Widmungsbeschluss fassen wird, denkt er, dass bei einer differenzierten, positiven Betrachtung, bei der man den Kopf nicht in den Sand steckt, die Situation so sein wird,

dass man einen Teil der Einsprüche wahrscheinlich berücksichtigen wird müssen, an das ist bisher überhaupt nicht gedacht worden, und dass man einen Teil der Einsprüche im Widmungsverfahren vielleicht nicht berücksichtigen kann. Weiters ist festzustellen, und das hat er schon immer angekündigt, dass, wenn dieses Widmungsverfahren fortgesetzt wird, Gespräche mit dem Investor zu führen sind. Das wird auch Platz haben müssen und er bemerkt, dass diese Gespräche bisher vom Planungsreferenten nicht geführt worden sind. Er möchte ganz klar sagen, dass man heute keinen Widmungsbeschluss fassen wird. Das ist das Entscheidende. Wer den Anwesenden etwas anderes gesagt hat, hat diese nicht richtig informiert. Daher bezeichnet er das, was heute passiert, auch vom zuständigen Referenten her, als etwas, was vielleicht in grauer Vorzeit in der Politik passieren durfte, aber nicht heute.

Er teilt mit, dass er heute alles noch einmal mit der Planung aktualisiert hat und er den Anwesenden die Situation, in der Interspar ist, darstellen möchte, da diese nur falsch informiert worden sind. Interspar hat eine rechtsgültige Widmung mit verschiedensten Widmungskategorien und er erklärt, was die verschiedensten Widmungskategorien, die auf dem mitgebrachten Plan aufgezeichnet sind, bedeuten. Er informiert, dass man eine EKZ I-Fläche hat, die mit einem Rechtsgutachten des Amtes der Kärntner Landesregierung als Rechtsbestand klargestellt wurde, und dass der textliche Bebauungsplan der Stadt auf diesen 22.000 m² eine 4 ½-geschoßige Verbauung zulässt. Er fordert auf, die Abstandsflächen sowie das eine oder andere wegzutun und bemerkt, dass die Anwesenden dann draufkommen werden, dass auf dieser Fläche nach den derzeitigen Richtlinien 60.000 m² verbaut werden können. Deshalb ist er immer dafür gewesen, dass man mit den Leuten von Interspar redet und versucht, diese anders einzufangen. Er stellt fest, dass man mit einer Politaktion protestieren kann so viel man will, dass aber das eben Gesagte gültiges Recht ist. Er wiederholt, dass auf der EKZ I-Fläche eine Verbauung von 60.000 m² möglich ist. Weiters ist dort noch ein Veranstaltungszentrum, ein Kino usw. möglich, nur nicht in der Größe, wie sich Interspar das wünscht. Er macht auf seine Wortwahl „wünscht“ aufmerksam und auf das, dass das alles möglich ist. Man hat hier eine Wohngebietswidmung von 2.000 m² und 4 ½ Geschoßen, das sind nach Einschätzung der Planung 5.000 bis 6.000 m², die man verbauen kann und er hält fest, dass da das Ärztehaus und noch vieles mehr möglich ist. Dann gibt es noch da und dort Geschäftsgebiet und er führt aus, dass mit dem derzeitigen textlichen Bebauungsplan ganz sicher Flächen von 70.000 m² am derzeitigen Gelände errichtet werden können. Davon natürlich 28.000 m² EKZ I. Das ist die Situation und daher hat er von Beginn an gesagt, dass diese Frage über einen Flächenwidmungsplan und einen Bebauungsplan zu regeln ist.

Während man bisher die Gepflogenheit gehabt hat, Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan in einem zu beschließen, hat Vizebürgermeister Lang –

die Gründe wird man vielleicht irgendwo erahnen – diese Dinge getrennt. Er erklärt den Anwesenden, dass Vizebürgermeister Lang und Herr Warmuth diesen etwas vorgetäuscht haben, denn an dem, was er gesagt hat, kommt man nicht vorbei. Das ist die Situation.

Wenn zwei eine gute Position haben, damit meint er Interspar und die Stadt Villach, dann ist es seiner Meinung nach gescheit, wenn man miteinander redet. Daher möchte er den Anwesenden heute noch einmal sagen, was er bereits vor einem Monat in einer Pressekonferenz gesagt hat, und zwar, dass die 52.000 m² EKZ I-Fläche, die behauptet worden sind, falsch sind. Er erklärt, dass der Bebauungsplan in der Lage ist, das alles nach den Wünschen der Stadt zu regeln. Der neue Planungsreferent und er werden mit der Interspar Gespräche darüber führen, inwieweit hier die Dinge erreicht werden können, die zu einer Zurücknahme von verschiedenen Flächen führen. Nur darüber nicht zu reden, bringt seiner Ansicht nach gar nichts. Langfristig wird das auch bei Investoren und verschiedenen anderen Leuten zu nichts führen, denn wenn diese sagen, dass diese in Villach etwas machen wollen, werden die Innenstadtkaufleute verrückt gemacht, obwohl es rechtlich anders ist. Er muss sich fragen, was sich die Juristen der Wirtschaftskammer, die diese Kampagne finanziert hat, in diesem Zusammenhang gedacht haben. Er teilt mit, dass es von seiner Seite her trotz verschiedener Dinge weiterhin Gesprächsangebot gibt, weil nun die Zeit kommt, in der man reden sollte, denn bis jetzt ist gar nichts passiert. Heute wird entschieden, ob es weitergeführt wird oder nicht. Wenn man es nicht weiterführt, tritt der Fall 1 ein und es tritt die gesamte Widmung, die man derzeit hat und die der Interspar viel mehr ermöglicht, als man derzeit vorhat zu realisieren, in Kraft.

Er muss die Anwesenden auch darüber informieren, dass aus dem Referat Lang die Zustimmung für die Verkehrsfrage gegeben worden ist. Das möchte er festhalten, weil sich Vizebürgermeister Lang immer als Märtyrer hingestellt hat und wieder alles mögliche erzählen wird. Zum Beispiel, dass dieser nichts gewusst hat und er, Bürgermeister Manzenreiter, etwas anderes tun hätte sollen usw.. Diesbezüglich hält er fest, dass es das Referat von Vizebürgermeister Lang ist, in dem der Verkehrsfrage zugestimmt worden ist. Er meint, dass die Anwesenden diese Tatsache dann vielleicht auch für einen weiteren Tagesordnungspunkt, der bald kommt, mitnehmen mögen und er informiert, dass Vizebürgermeister Lang auch das Widmungsverfahren in Villach mit dessen Unterschrift positiv eingeleitet hat. Dieses ist zum Land gegangen und ist mit einer positiven Beurteilung zurückgekommen. Das ist die Situation.

Aufgrund einiger Bemerkungen aus dem Plenum bemerkt er, dass diese allen möglichen Leuten so viel erzählt haben und er heute das

erste Mal die Chance hat, vor den Leuten zu reden, die in eine Richtung gegangen sind, die nicht da war.

An Vizebürgermeister Lang gerichtet bemerkt er, dass er manches Mal den Eindruck hat, dass dieser nicht weiß, was dieser unterschreibt oder dass dieser nicht richtig mit den Leuten und deren Gefühlen spielt. Die Anwesenden informiert er, dass es weitere Falschinformationen gegeben hat. Die letzte hat Landesrat Wurmitzer bei dieser Versammlung mit den Primitivbeschimpfungen von sich gegeben.

Er informiert, dass man in Villach vom Land Kärnten EKZ I-Flächen im Ausmaß von 128.500 m² zugestanden erhalten hat. Das ist jene Fläche, über die das Land sagt, dass Villach diese verträgt. Von dieser zugestandenen Fläche hat man in Villach derzeit 38.550m² bereits ausgenutzt. Wenn man ein Innenstadgeschäft wegzählt, nämlich den Interspar in der Innenstadt mit 6.000 m², dann ist nicht einmal ein Viertel dessen ausgeschöpft, was man zugestanden erhalten hat. Das wollte er zum Thema „man sei zu großzügig mit diesen Flächen umgegangen“ festhalten. Er wiederholt, dass man 128.500 m² bekommen hat, vieles davon gewidmet ist, sehr vieles aber nicht ausgenutzt ist, vor allem in der Innenstadt, wo man nichts dagegen hätte. Es sind also etwa 25 % der Flächen umgewidmet. In diesem Zusammenhang möchte er mitteilen, was im letzten Raumordnungsbeirat in Klagenfurt war. Dort wurden 44.163 m² EKZ I-Fläche für Metro, 17.638 m² EKZ I-Fläche für den Adeg Großhandel und 13.455 m² EKZ II-Fläche für Hausmann gewidmet. Er weiß nicht, wie das weitergehen wird, aber er würde sich wünschen, dass solche Kampagnen auch woanders stattfinden. Nur dort wird gesagt, dass man ein Herz für die City in Klagenfurt, aber keines gegen den Bürgermeister entwickelt hat. Daher unterscheiden sich die Kampagnen. Hier ist völlig falsch informiert worden und die Dinge sind zugespitzt worden. Weil man aus dem nun herauskommen muss und weil man permanent den Kopf in den Sand gesteckt hat, ist darin aus seiner Sicht ein wirklich grob fahrlässiges Verhalten von Vizebürgermeister Lang und von Herrn Warmuth zu sehen, die hier ein parteipolitisches Theater abgehalten haben.

Er denkt, dass die Anwesenden als Schöpfer dieser Kampagne selber wissen, wie viele von diesen, darunter waren auch viele Prominente, abgesprungen sind, weil diese draufgekommen sind, dass es nicht um die Innenstadt geht, sondern darum, den Bürgermeister sozusagen eines am Zeug zu flicken.

Er möchte daher noch einmal sagen, dass heute nichts beschlossen wird und dass Vizebürgermeister Pfeiler und er in den nächsten Tagen die Gespräche mit der Interspar führen werden. Er wiederholt, dass heute nichts beschlossen wird, kein einziger Quadratmeter Ausweitung. Er bemerkt, dass die Sorge von Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner war, dass heute zusätzliche Flächen be-

geschlossen werden und er stellt noch einmal fest, dass diesbezüglich nichts beschlossen wird.

Er kann daher nur weiterhin die Gesprächsbasis auch zu den Innenstadtkaufleuten anbieten und teilt mit, dass er vor einiger Zeit die Zusage zu Gesprächen gemacht hat und dies auch gegenüber Kaufleuten der Innenstadt, die Funktionen haben, und er muss ganz offen sagen, dass auf andere Pferde gesetzt wurde.

Betreffend Interspar teilt er mit, dass bis jetzt noch nicht im Detail darüber zu reden war, weil noch kein Projekt von der Interspar eingebracht worden ist. Es ist ein Flächenwidmungsplan da und wenn die Interspar deren Projekt einbringt, dann wird man reden. Derzeit gibt es ein paar Papiere, sonst nichts. Er berichtet, dass man nicht einmal den Antrag für den Bebauungsplan bei sich hat, weil dieser noch nicht gestellt worden ist. An Vizebürgermeister Lang gerichtet bemerkt er, dass es ein Unterschied ist, ob Unterlagen vorgelegt werden oder ob ein Antrag eingebracht wird.

Auf einige Bemerkungen aus dem Plenum bemerkt er, dass alles so lustig gefunden wird, dass es aber nicht wirklich so lustig ist. Er kann daher all jenen, die heute hier protestieren, nur sagen, dass heute kein Quadratzentimeter zusätzliche Fläche zu beschließen sein wird und er kann daher nur ersuchen, diesen Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung zu belassen und so nicht zu beschließen, denn dann tritt § 1 in Kraft, den er vorgelesen hat, mit all den Flächen, die die Interspar schon hat. Das ist die Situation und er bemerkt, dass man aus dem herauskommen muss und dass er hofft, dass man das gemeinsam tut.

Er stellt noch einmal den Antrag, den Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung zu belassen und auch dann dem Antrag nicht zuzustimmen, denn der würde einen in die Sackgasse führen.

Stadtrat Ladstätter stellt fest, dass es eigentlich traurig um den Gemeinderat bestellt wäre, wenn es so wäre, dass man heute nichts zu beschließen hätte, wie es Bürgermeister Manzenreiter in dessen Wortmeldung ausgeführt hat. Dann hätte nämlich jeder hier den Eindruck, dass man umsonst hier sitzt und so ist es ja zum Glück nicht. Er führt aus, dass heute ein Amtsvortrag vorliegt, der eine sehr lange Vorlaufphase hatte. Er erklärt, dass sich Vizebürgermeister und Planungsreferent Walter Lang sehr intensiv in diese Materie eingebracht hat und hier einen Amtsvortrag vorlegt, der zur Beschlussfassung im Gemeinderat gelangen wird.

Er bemerkt, dass sich seine Partei und auch er mit dem Antrag der ÖVP anfreunden können, so dass dieser Tagesordnungspunkt heute abgesetzt wird.

Abgesetzt wird dieser Punkt dann, wenn es ein demokratisches Stimmergebnis gibt. Er meint, dass sich aber aus der Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters erahnen lässt, dass die SPÖ nicht mitstimmen wird und dass die ÖVP und die Freiheitlichen der Absetzung die Zustimmung geben werden. Er erklärt, dass das im Klartext bedeutet, dass dann der Amtsvortrag auf der Tagesordnung bleibt und behandelt wird.

Er stellt fest, dass diese absolute Kraft in der Stadt heute nochmals zu einem politischen und demokratiepolitisch sehr bedenklichen Kraftakt schreiten wird. Er teilt mit, dass Herrn Vizebürgermeister Walter Lang heute unter Tagesordnungspunkt 3.) das Planungsreferat entzogen werden wird und dass die SPÖ will, dass Vizebürgermeister Walter Lang nicht mehr Planungsreferent der Stadt ist.

Da Bürgermeister Manzenreiter heute gesagt hat, dass dieser bis dato noch nicht die Möglichkeit gehabt hat, zu vielen Innenstadtkaufleuten zu sprechen, möchte er nur an die Veranstaltung am Hauptplatz erinnern, wo Bürgermeister Manzenreiter sehr wohl erschienen ist, zur Innenstadtkaufmannschaft gesprochen hat, sich beklatschen ließ und dann wieder gegangen ist. Er bemerkt, dass es also nicht so ist und dass die Ängste der Innenstadtkaufmannschaft aus seiner Sicht und aus der Sicht der Freiheitlichen Partei berechtigt sind. Er hält fest, dass dieser Plan, den der Herr Vizebürgermeister hergezeigt hat und den Bürgermeister Manzenreiter ebenfalls in Händen hat, schon sehr sehr lange existiert. Er teilt mit, dass er bei einer Besprechung im Juli des Jahres 2000 dabei war, wo Interspar-Repräsentanten in Villach waren und dass er nach dieser Besprechung im Stadtsenat um einen Lageplan des Projektwerbers gebeten hat, denn dann hätte er den Lageplan über diesen Plan legen können. Allein mit dieser Vorlage des Planes hätte sich, wie er meint, sofort herausgestellt, welches Spiel hier gespielt wird. Er hält fest, dass man diesen Plan nunmehr ein Jahr nicht bekommen hat und dass es für ihn eine ganz klare Sache ist, dass man gar nicht informieren wollte.

Aufgrund des Gelächters im Plenum bemerkt er, dass da seitens der SPÖ ruhig gelacht werden kann, dass das nichts macht und dass sich alle noch zu Wort melden können. Tatsache ist, dass das Projekt, wie immer es kommen wird, ob da eine Geschäftsfläche wekommt oder ob eine Widmung dazukommt, ein Mega-Projekt ist. Es ist drei-, vier- oder fünfmal so groß wie der Interspar-Markt des ehemaligen Konsum. Das ist Tatsache und er ist der Meinung, dass sich die Innenstadtkaufleute berechtigt Sorgen machen. Er berichtet weiters, dass auch Faktum ist, dass die Innenstadt jeden Tag ein leerstehendes Geschäft dazu bekommt.

Da Bürgermeister Manzenreiter gesagt hat, dass die Demonstrationen im Vorfeld nicht sehr erfreulich waren, bemerkt er, dass man auch hier in einem

Raum ist, wo nicht sehr erfreuliche Dinge stattgefunden haben. Hier war erstmals in der Geschichte des Villacher Gemeinderates die Staatspolizei anwesend, weil man Angst hatte, dass es hier womöglich rechtsextreme Aussagen geben wird, wenn der berühmte Magdalen-Sanierer Fröhbauer ausgezeichnet wird. Er wiederholt, dass die Staatspolizei anwesend war und dass diese in dieser Stadt wieder herhalten hat müssen. Er verliest aus der Kleinen Zeitung vom 18. Juni dieses Jahres wie folgt: „Polizei beendet Protest von Kaufleuten. Fahne entfernt.“ Er fordert auf, sich diesen Artikel anzusehen und wiederholt, dass die Fahne entfernt wurde, auf der „Lasst die City leben“ gestanden ist. Dazu informiert er, dass ein Polizeijurist gesagt hat, dass auf dieser ein rechtsextremer Text draufstehen hätte können. Er teilt mit, dass die Fahne, mit der die Villacher Innenstadtkaufleute deren Urängste demonstrieren, für Bürgermeister Manzenreiter ein Sicherheitsrisiko war und dass die Kleine Zeitung vom nächsten Tag geschrieben hat, dass diese Fahne am Villacher Kirchturm, auf dem aber bei jedem Anlass irgendeine Fahne hängt, wie zum Beispiel beim Fasching, Kirchtag usw., entfernt wurde, weil diese eine Gefahr für den Kirchturm war. Er meint, dass man da ja zu lachen beginnen müsse und er wiederholt die Aussage, dass die Fahne eine Gefahr für den Kirchturm sei. Er bemerkt, dass man so die Situationen, die rund um dieses Problem stattgefunden haben, weiter auswürgen könnte. Es waren, wie er meint, keine unliebsamen Demonstrationen der Kaufmannschaft, nur den politisch Mächtigen in dieser Stadt waren diese Demonstrationen nicht angenehm, sondern unangenehm. Weiters hält er fest, dass 7000 Unterschriften gesammelt wurden und dass sich diese gegen das Mega-Einkaufszentrum von Interspar aussprechen. Diese 7000 Unterschriften werden mit Füßen getreten, wenn man diese nicht zur Kenntnis nimmt.

Er hält fest, dass man heute zuerst das Politschauspiel, den demokratiepolitischen Machtkakt, der sehr bedenklich ist und der auch rechtlich nicht in Ordnung ist, erleben wird, bei dem Vizebürgermeister Lang das Referat entzogen wird und dass es dann darum geht, dass dieser Amtsvortrag beschlossen wird. Er möchte den Anwesenden nur eines sagen, und zwar, dass man heute hier schon etwas beschließt. Er teilt mit, dass ein fünfseitiger Amtsvortrag vorliegt, der vom Abteilungsleiter und vom Baudirektor unterschrieben ist, nicht jedoch - und das ist seiner Ansicht nach für die Anwesenden wichtig - vom Referenten. Er macht darauf aufmerksam, dass der Referent den Amtsvortrag nicht unterschrieben hat. Das bedeutet, dass das, was auf diesen fünf Seiten geschrieben wurde, nicht dessen politische Willensbildung ist. Er erklärt, dass der Referent etwas ganz anderes unterschreibt. Dieser stellt den Antrag, dass den Einwendungen stattzugeben ist und dass das Widmungsbegehren dem Land vorgelegt werden soll. Er hält fest, dass Vizebürgermeister Lang nichts anderes macht. Wenn man an ihn nun die Frage stellt, warum dieser das macht, kann er nur mitteilen, dass dieser gesetzlich dazu verpflichtet ist. Wenn dieser das nicht machen würde, würde sich dieser strafbar machen. Das

ist Faktum und er bemerkt, dass alles andere rundherum eigentlich nur eine Legendenbildung ist. Er stellt fest, dass Vizebürgermeister Lang korrekt gehandelt hat, da dieser ex lege verpflichtet ist, diesen Akt, der Widmungsakt heißt, dem Land vorzulegen.

Er hält fest, dass die FPÖ den ÖVP-Antrag mit den zwei detaillierten Aufzählungen unterstützen wird, weil aus seiner Sicht auch der zweite Punkt, den Klubobmann Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner erwähnt hat, zu prüfen ist, da dieses Projekt wegen dem Wasserrecht in diesem Bereich bedenklich ist. Er meint, dass jeder einzelne, der bereits einmal im Nahbereich der Therme Warmbad eine Grabung hat vornehmen lassen oder vorgenommen hat, weiß, dass für all diese Maßnahmen eine wasserrechtliche Bewilligung benötigt wird. Die FPÖ-Fraktion und er werden heute dem Antrag der ÖVP auf Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung die Zustimmung geben und die Einleitung eines Gemeindevolksbegehrens ebenfalls unterstützen.

Zum Schluss kommend betont er, dass die FPÖ-Fraktion, Vizebürgermeister Walter Lang und er bereits mehrmals und über Monate hindurch wiederholt bekundet haben, dass das größte Einkaufszentrum die Innenstadt bleiben soll.

Vizebürgermeister Pfeiler hält fest, dass es schwierig ist, in einer Diskussion, die von Einzelnen parteipolitisch missbraucht wird, sachliche Informationen drüber zu bringen. Er möchte daher Stadtrat Ladstätter energisch widersprechen.

Er bemerkt, dass für die Leute eben nicht ersichtlich ist, dass es eine Anweisung des Planungsreferenten der Stadt Villach gibt und daher die Einleitung des Widmungsbegehrens ausschließlich im Ermessen des Planungsreferenten, Vizebürgermeister Walter Lang, gelegen und keine gesetzliche Vorgabe ist. Das ist die erste Falschinformation, die er widerlegen will und er führt aus, dass er neben sich das Handbuch für die Raumordnung in Kärnten hat, in welchem man das auch nachlesen kann.

Er möchte zu diesem Thema eine offene aber ehrliche Stellungnahme abgeben, weil er diese Diskussion jetzt seit Wochen mit großer Sorge verfolgt. Er will auch nicht auf die demagogischen Argumente von Stadtrat Walter Ladstätter über die Staatspolizei eingehen, weil diese nicht dem sozialdemokratischen Bürgermeister, sondern der Bundesregierung und dem Herrn Innenminister untersteht. Er macht darauf aufmerksam, dass man aus der Stellungnahme von Stadtrat Ladstätter eindeutig herausgehört hat, dass es hier nicht um die Innenstadt, sondern allein um parteipolitisches Kalkül geht. Das macht den Sozialdemokraten Sorge, da sich in den letzten Jahren Bürgermeister Manzenreiter an vorderster Front tatsächlich sehr bemüht hat, für die Innenstadt das Beste herauszuholen.

Er wird nun minutiös Beweis führen, wie die ernste Sorge der Kaufmannschaft in Richtung einer politischen Kampagne gelenkt wurde, mit dem Ziel, dem Bürgermeister der Stadt Villach zu schaden. Er wird ganz einfach vorlesen, was in den letzten Monaten und Wochen an Aussagen gefallen ist. Als erstes kommt er auf die für die Organisatoren unheilvolle Versammlung am Rathausplatz, die, wie er glaubt, am 19.6. stattgefunden hat, zu sprechen.

Auf eine Bemerkung aus dem Plenum hält er fest, dass es nicht um Parteipolitik geht, dass dort aber ein Redner aufgetreten ist, der den Bürgermeister wüstest beschimpft hat. Er teilt mit, dass man sich das angehört und aufgezeichnet hat, weil es wichtig ist, da die FPÖ sagt, dass es um keine Parteipolitik geht. Dort wurde unter anderem gesagt: „Was versteht ein Eisenbahner vom Hemdenverkaufen“ usw.. Er macht darauf aufmerksam, dass dies eine Aktion ist, wo die ernststen Sorgen der Innenstadtkaufleute in eine andere Richtung gelenkt wurden. Er führt aus, dass Bürgermeister Manzenreiter sich bisher in dieser Sache noch nie deklariert, sondern für eine sachliche Aufarbeitung des Problems plädiert hat. Er fordert auf, sich umzudrehen und verliest, was auf den Plakaten steht, wie folgt: „Er stellt die falschen Weichen“. Darauf bezogen stellt er die Frage, was dies denn dann ist, als dem Bürgermeister hier eines am Zeug zu flicken. Er weiß, dass es viele Kaufleute der Innenstadt nicht so wollen, dass aber offensichtlich die Organisatoren das wollen. Daher ist die Art von jenen, die diese Kampagne losgetreten haben, nicht berechtigt, da in der Frage Widmung Interspar, also bei diesem Projekt, bis jetzt ein Bürgermeister Helmut Manzenreiter in keiner Phase tätig war. Dies ist nachvollziehbar und wahr. Er informiert, dass die erste Aktivität in dieser Angelegenheit eine Anfrage des Planungsreferenten Walter Lang war, die nach freiem Ermessen an das Land Kärnten, an den zuständigen ÖVP-Planungslandesrat Wurmitzer, gerichtet wurde. Das war die erste Tat. Die zweite Tat von Vizebürgermeister Walter Lang war, ein positives Verkehrsgutachten für dieses Projekt zu erstellen und auch den Unterlagen beizugeben. Die nächste Handlung, die hier gesetzt wurde, war die positive Vorprüfung des Landes Kärnten durch den Planungsreferenten Georg Wurmitzer, der weder Parteifreund noch sonst etwas der Villacher Sozialdemokratie ist. Er wiederholt, dass Bürgermeister Helmut Manzenreiter bis jetzt in dieser Angelegenheit in keiner Frage aktiv war.

Weiters hält er fest, dass das Besondere an der Sache und das, was die SPÖ so besorgt um das Klima in der Stadt, das ja an und für sich ein gutes ist, macht, ist, dass Bürgermeister Manzenreiter sozusagen zwei Stunden vor dieser Versammlung einfach mit einem Fax lapidar eingeladen wurde. Weil die Zeit so schnell vergeht und man die ganzen Sachen vergisst, möchte er als Begleitmusik nur daran erinnern, dass der selbsternannte Innenstadtsprecher, Herr Warmuth, der „Kleinen Zeitung“ am 6. Juni gegenüber gesagt hat, dass kein

Gespräch geführt wurde und dass nur der positive Widmungsantrag an das Land von Vizebürgermeister Lang und das positive Gutachten des Landes vorlag. Weiters hat Herr Warmuth gesagt, dass das zeigt, dass Bürgermeister Manzenreiter an der Innenstadt wenig Interesse hat und dass jede Initiative der Kaufmannschaft vom Bürgermeister Manzenreiter sofort abgewürgt wird, wenn diese nicht von diesem kommt. Er teilt mit, dass man heute von den VIP-Kaufleuten einen Brief bekommen hat, in dem die ganzen Initiativen stehen, die gemeinsam mit der Stadt und auch mit Bürgermeister Manzenreiter gesetzt wurden und er macht auf das Wort „gemeinsam“ aufmerksam. Er hält das auf keinen Fall für den Boden, auf dem eine konstruktive Diskussion, die allen Beteiligten etwas bringt, zu führen ist. Er hält fest, dass das das Dokument Nr. 1 über eine Bürgermeisterbeschimpfung von Mittwoch, dem 6. Juni war, bei der man nicht auf die Sache eingeht.

Am Sonntag, dem 24. Juni konnte man Folgendes lesen: „Der Angriff auf unsere Innenstadt wird eine verheerendere Wirkung zeigen als die Bomben nach 1945.“ Er stellt die Frage, ob die Anwesenden wissen, was man jenem unterstellt, der dafür verantwortlich gemacht wird, nämlich Bürgermeister Manzenreiter, und was das bedeutet, hier Kriegszustände herbeizurufen. Er war heute besonders enttäuscht und hält fest, dass er selbst aus der Umweltbewegung und aus der Friedensbewegung kommt, die bei politischem Aktionismus eigentlich nie besonders zimperlich waren. Er ist selbst ein heißer und eifriger Verfechter einer lebendigen, auch in der Sache kontrovers geführten demokratischen Diskussion. Er ist der Meinung, dass aber der Aktionismus auch seine Grenzen hat. Er lässt es einfach nicht zu, dass man ihm Unterschriften von 7000 Villachern vor die Füße wirft und sagt, dass er jetzt drübersteigen soll. Er hält fest, dass er über keine Unterschrift drübersteigt und dass er auch heute nicht drübergestiegen ist, weil er einen anderen Weg gekannt hat. Das sind seiner Ansicht nach Methoden, mit welchen man die Dinge auseinanderdividieren, aber nicht zu einem Konsens kommen kann. An die Organisatoren gerichtet, nicht an jene, die auch hier sind, bemerkt er, dass es eine üble Methode, eine Unterstellung und letztlich eine Nötigung ist, wenn man Politiker zwingt, über Unterschriften und somit über Menschen hinwegzuschreiten. Dagegen verwehrt er sich und er ist über diese Vorgangsweise sehr enttäuscht. Daher muss auch seine gewisse Unwirschheit beim Hereingehen zu verstehen sein. Er meint, dass man über alles diskutieren kann, dass man ihm aber nicht Unterschriften vor die Füße schmeißen kann, über die er gezwungen ist hinwegzutreten, um in den Gemeinderatsaal zu kommen. Vielleicht wäre dann auch noch ein Fotograf da gewesen, der das fotografiert hätte und dann wären er und Bürgermeister Manzenreiter in der Zeitung gewesen und es wäre gestanden, dass man über 7000 Menschen wehtut. Er erklärt, dass das genau das ist, wovor man sich wehrt und dass Bürgermeister Manzenreiter das meinte. Das ist eine Art und Weise, der Villach nicht würdig ist und gegen die man sich vehement wehren wird. Es geht hier einigen nicht um die

Sache, sondern um Parteipolitik. Auch der Wortmeldung von Stadtrat Walter Ladstätter hat man das bereits entnommen, weil dieser ja Bescheid gewusst hat, dass man über die Unterschriften hinweggegangen ist und er hält diesbezüglich fest, dass er nicht über die Unterschriften hinweggegangen ist, weil er sich dazu nicht zwingen lässt. Stadtrat Walter Ladstätter hat für ihn einen Beweis geliefert, dass dieser informiert war. Er erklärt, dass er nichts gegen Demonstrationen, nichts gegen Diskussionen und überhaupt nichts gegen eine Unterschriftenliste hat, dass er aber etwas dagegen hat, wenn man ihn als Demokrat, als Politiker, der die Sorgen jedes einzelnen Villachers ernst nimmt, nötigt. Er führt dazu folgendes Sprichwort an: „Aber allen Recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“. Er möchte nun seine Beweisführung fortsetzen.

Er teilt mit, dass ein Gesprächsprotokoll von einer Besprechung vom 21.5. dieses Jahres, 14:00 Uhr, in der Wirtschaftskammer vorliegt, in dem mitgeteilt wurde, dass von Klagenfurter Kammerfunktionären eine Kampagne „Ein Herz für die City“, ähnlich wie in anderen Kärntner Städten, geplant ist. Diese Kampagne hat es in Klagenfurt gegeben und es gibt diese auch in Wolfsberg. Weiters teilt er mit, dass auch Aussagen von einzelnen Teilnehmern aufliegen, die gesagt haben, dass es eine Kampagne gegen den Bürgermeister sein soll – die Innenstadt ist tot, Schuld daran soll der Bürgermeister sein. Er hat die Details mit und stellt fest, dass all das, was dort gesagt wurde, zumindest von der Seite der Akteure nacheinander eingetroffen ist. Er erklärt, dass die SPÖ die Innenstadt weiterbringen will und dass daher jeder, der es mit der Innenstadt ernst meint und der Villach wirklich weiterbringen will, gut beraten sein wird, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und darüber zu reden. Er könnte noch weiter erzählen, was damals noch geredet wurde, unter anderem, dass Vizebürgermeister Walter Lang bereit ist – dieser traut sich nur nicht in die erste Reihe zu stehen – alle Unterlagen, die dieser als Planungsreferent hat, zum Teil auch jene, die dieser im besten Vertrauen auf Verschwiegenheit einreicht, auch den Organisatoren entsprechend zur Verfügung zu stellen usw.. Er möchte damit nur erklären, worum es hier geht und er betont, dass es hier einigen nicht um die Innenstadt, sondern um ein politisches Spektakel geht.

Aufgrund einiger Zwischenrufe aus dem Plenum ersucht er ausreden zu dürfen, da es ihm darum geht, zu einer Lösung zu kommen. Er möchte das, was Vizebürgermeister Lang, aus welchen Gründen auch immer, noch nicht verstanden hat, obwohl Stadtrat Ladstätter das heute sehr wortreich verteidigt hat, nochmals unterstreichen und sagen, worum es heute hier geht, wie es auch Bürgermeister Manzenreiter eingangs mit hohem Verantwortungsbewusstsein getan hat. Er stellt die Frage in den Raum, worum es geht und teilt mit, dass ein Antrag vorliegt, der von Vizebürgermeister Lang unterschrieben ist, dass den Einwendungen stattgegeben und damit das Wid-

mungsbegehren mit der Zahl 10/02/00 abgelehnt wird. Er macht darauf aufmerksam, dass über diesen Antrag jetzt abzustimmen ist und dass heute über sonst nichts abgestimmt wird. Er wiederholt, dass heute über die totale Ablehnung des Projektes durch den Planungsreferenten abgestimmt wird. Es wird heute keine Baulandwidmung in irgendeiner Art und Weise beschlossen, sondern es wird nur über das abrupte Ablehnen des Planungsreferenten abgestimmt, ohne dass dieser mit den Menschen, mit den Betroffenen geredet hat. Außerdem hat dieser mit dem Wenigen, was dieser von der Materie verstanden hat, die Öffentlichkeit in Villach verunsichert. Er wiederholt, dass es heute nur darum geht, dass man die definitive Ablehnung des Planungsreferenten beschließt und dass es zu keinem Widmungsbeschluss kommt. Wie von Bürgermeister Manzenreiter bereits angekündigt, wird dieser Prozess jetzt weitergehen und es wird in erster Linie zu Gesprächen mit den Beteiligten, insbesondere mit dem Projektbetreiber, führen.

Wofür man in Villach garantiert, ist, dass in Villach alle Menschen, die in das Rathaus kommen – und dafür sorgen die Sozialdemokraten, das sagt er jetzt mit Stolz – korrekt behandelt werden. Es wird nicht versucht, mit Falschinformationen oder Halbinformationen Projektwerber ausrutschen zu lassen. Dafür garantiert man. Er möchte festhalten, dass er nicht der Anwalt der Interpar ist, dass es aber sein Interesse und das der SPÖ ist, dass in Villach alle korrekt und mit offenen Armen empfangen werden und dass alle Beteiligten, in dem Fall natürlich auch die Innenstadtkaufleute, in die Diskussion eingebunden werden. Er ersucht, das zur Kenntnis zu nehmen und erklärt, dass das seine ehrlichen und offenen Worte waren, die niemanden verletzt haben, weil er nur das gesagt hat, was er auch weiß und was er hier vor sich liegen hat. Er bittet nochmals, die Spreu vom Weizen zu trennen und jene, die diese ernste Angelegenheit zu einem Vehikel für parteipolitische Propaganda machen, in die Schranken zu weisen.

Bürgermeister Manzenreiter stellt an die Mitglieder des Gemeinderates die Frage, ob diese nun in die Tagesordnung eingehen oder mit der Diskussion fortfahren wollen. Da man sich für die Diskussion entscheidet, erteilt er Vizebürgermeister Lang das Wort.

Vizebürgermeister Lang begrüßt den Gemeinderat und vor allem auch die Vertreter der Innenstadt, die sich Sorge um die Innenstadt machen und die auch stellvertretend für 8.000 Menschen in dieser Stadt, die auch mit unterschrieben haben, dass die Villacher Innenstadt weiterleben muss, hier sind.

Er erklärt, dass er eingangs einmal eine sehr erfreuliche Mitteilung machen darf und er glaubt, dass das auf so viele Fehlinformationen hin ganz gut tut. Es ist bekannt, dass es um den Fortbestand der musisch-kreativen Hauptschu-

le in Landskron Diskussionen gegeben hat und er teilt mit, dass er sich über das Wochenende mit den Eltern beschäftigt und auch mit dem Landeshauptmann Kontakt aufgenommen hat. Nun darf er die erfreuliche Mitteilung machen, dass der Fortbestand dieser, wie dieser im Schuljahr 2000/2001 gegeben ist, auch im Jahre 2001/2002 gegeben sein wird. Er informiert, dass diese Meldung, diese brandneue erfreuliche Mitteilung, eine Stunde alt ist. Es wurden 66 Stunden plus drei Stunden an unverbindlichen Übungen und Freigegegenständen, wie es Herr Direktor Tscherpel verlangt hat und wie es die Eltern wollten, genehmigt. Weiters teilt er mit, dass die Eltern diese Mitteilung bereits haben und dass es beim Elternabend besprochen werden wird. Er erklärt, dass das der Einsatz der Villacher Freiheitlichen ist, die sich um die Bürger in dieser Stadt sehr große Sorgen machen. Gleich wird es in Lind sein und auch da wird die FPÖ eine erfreuliche Mitteilung machen können, denn der Landeshauptmann setzt sich vehement dafür ein und macht sich um die Vorgangsweise der SPÖ, vor allem in Villach, Sorge.

Er stellt fest, dass er noch ein bisschen weiter ausholen muss und stellt an die Herren der SPÖ, die ja Pädagogen sind, die Frage, ob es möglich wäre und ob diese die Güte hätten, ihm auch einmal zuzuhören, nachdem auch er das eine Stunde lang getan hat. Er bittet diese so nett zu sein, den Mund zu halten wenn er redet, ihm zuzuhören und dann aufzuzeigen und sich zu Wort zu melden.

Er teilt mit, dass die Stadtplanung im Jahre 1999, so wie es deren Aufgabe ist, mit der Landesplanung Kontakt aufgenommen hat. Es ging um die Widmung Interspar und darum, ob es 28.000 m² oder 10.000 m² EKZ-Fläche sind und er führt aus, dass diese Widmung vor 12 Jahren ein Geschenk an den Konsum bzw. an den Coop war. Das war ein Geschenk, das heute in dieser Form an der Peripherie überhaupt nicht mehr machbar wäre, dass aber der Konsum diese 28.000 m² EKZ-Fläche zugestanden bekommen hat. Diese Flächen waren auch ein wesentlicher Bestandteil des Kaufpreises vom maroden, in die roten Zahlen geschlitterten Konsum hin zu Interspar. Da dies Aufgabe eines Planungsreferenten und dessen Planungsabteilung ist, haben sich er und seine Abteilung mit dem Land Kärnten kurzgeschlossen und er teilt mit, dass am 7.10.1999 ein Negativbescheid, ein negatives Ergebnis, ergangen ist, welches sagt, dass es nur 10.000 m² wären. Daraufhin und weil er eben der Meinung war, dass diese Widmung bereits vor der Novelle zum Gemeindeplanungsgesetz, die im Jahre 1992 erfolgte, vollzogen wurde, hat er ersucht, den Verfassungsdienst des Landes einzuschalten und dieser hat ihm Recht gegeben. Er macht darauf aufmerksam, dass es wirklich nicht so ist, dass man sich nicht bemüht hätte, dass Interspar zu dessen Recht kommt. In weiterer Folge musste die Planungsabteilung, das sieht auch das Organigramm vor, den Widmungswunsch der Investoren dem Land zur Verfügung stellen bzw. übermitteln, damit das Land das beurteilen und Widmungsvorschläge machen

kann. Das ist eine klare Sache und auch Aufgabe der Planungsabteilung. Weiters teilt er mit, dass am 19.7.2000, nachdem das Ergebnis des Verfassungsdienstes festgestanden ist, welches der Planungsabteilung und ihm Recht gegeben hat, dass es leider 28.000 m² sind, ein positives Ergebnis kam und dass er darauf basierend in Form des Einleitens eines Widmungsbegehrens das Land um Vorprüfung ersucht hat. Er erklärt, dass das seine Aufgabe ist, weil das Land sagt, dass nicht vorgeprüft werden kann, wenn die Unterlagen nicht vorliegen.

Da auch über den Verkehr sehr viel gesprochen wird, hält er dezidiert fest, dass für die Planungsabteilung und für ihn persönlich, was immer bei Inter-spar geschieht, nur eine Kreisverkehrslösung in Frage kommt und sonst überhaupt nichts. Dazu steht er, denn er ist der Meinung, dass nicht ständig nur gejammert und geschimpft werden kann, dass der Verkehr an der Bundesstraße 83 bzw. in der Ossiacher Zeile zusammenbricht und deshalb hat er sich vehement für einen Kreisverkehr eingesetzt. Er informiert auch darüber, dass von der Planungsabteilung eine Studie erstellt wurde und dass auch Bürgermeister Manzenreiter gesagt hat, das stand in der Zeitung zu lesen, dass eine große Kreisverkehrslösung kommen muss, dass es dann aber über Nacht einfach so war, dass der Verkehr ampelgeregelt zu- und abfließen soll. Er hält fest, dass der Verkehr so nicht funktionieren wird und dass er in einem eigenen Tagesordnungspunkt noch auf die Widmung eingehen wird.

Wenn in einem der nächsten Tagesordnungspunkte abzustimmen ist, dass ihm in einer Machtprobe, in einem Machtausch das Referat weggenommen werden soll, so kann er eines dazu sagen. Dieses Referat soll ein Referent bekommen, der einem Verein als Obmann vorsteht und dazu nicht in der Lage ist. Er teilt mit, dass er einen Prüfbericht hat und dass dieser Referent auf der Stelle zurücktreten müsste, wenn er daraus zitieren würde. Dies tut er aber im Interesse der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter nicht und macht vielleicht nur auf ein, zwei Sätze daraus aufmerksam. Er teilt mit, dass es bei diesem Verein eine Überschreitung der Budgetmittel bzw. eine ungenaue Budgetierung usw. gibt und dass sich das über acht Seiten dieses Prüfberichtes durchzieht. Für ihn ist es eine Sauerei, dass ein Mandatar das Planungsreferat bekommen soll, der nicht in der Lage ist, einen Verein, dem dieser als Obmann vorsteht, zu führen. Abschließend dankt er den Anwesenden für deren Aufmerksamkeit.

Bürgermeister Manzenreiter macht aufgrund eines Zwischenrufes einer Zuhörerin darauf aufmerksam, dass es nicht möglich ist, im Gemeinderat von der Zuhörertribüne Wortmeldungen abzugeben. Er denkt aber, dass Vizebürgermeister Lang dieser Dame sicher gerne im Anschluss zur Verfügung steht.

Zur Geschichte Interspar und Vizebürgermeister Lang bemerkt er, dass das eine Geschichte der Halbwahrheiten ist.

Aufgrund eines weiteren Zwischenrufes dieser Zuhölerin, Frau Kucher, erklärt er nochmals, dass es für diese nicht möglich ist, im Gemeinderat zu reden. Er meint, dass Vizebürgermeister Lang dieser sicher gerne als Gesprächspartner zur Verfügung steht. Weiters erklärt er, dass auch er Frau Kucher gerne zur Verfügung steht und er teilt mit, dass sein Sprechtag regelmäßig stattfindet und diese und jeder andere Bürger zu ihm kommen kann. Er weist auch noch darauf hin, dass auch Vizebürgermeister Lang einen Sprechtag hat. Er hält fest, dass er von den offenen Fragen, die von Frau Kucher angesprochen wurden, weiß und er macht darauf aufmerksam, dass er dafür aber nicht zuständig ist. Es geht um Fragen der Grundstücksbeistellung und anderes, wo es wahrscheinlich auch keinen Konsens zwischen der Stadt Villach und Frau Kucher geben kann. Das ist aber eine mehrjährige Causa und daher ist er der Meinung, dass das hier nicht zu behandeln ist.

Weil er sich auf diese unsachlichen Dinge nicht einlassen will, sagt er nur so viel, und zwar, dass die Frage Interspar und Vizebürgermeister Lang eine Geschichte der Halbwahrheiten ist. Er hält fest, dass Vizebürgermeister Lang heute gesagt hat, dass man dem Land sozusagen die Anliegen eines Widmungswerbers zur Verfügung stellen muss, weil diese sonst nicht prüfen können. Er ist der Meinung, dass Vizebürgermeister Lang sich dafür schämen soll, weil dessen Unterschrift damit nichts mehr wert ist und er erklärt, dass es ganz eindeutig so ist, dass das eine Unwahrheit ist, denn wenn der Planungsreferent nichts einleitet, und das werden die anwesenden Spitzenbeamten jederzeit bestätigen, dann geht auch nichts zum Land. Das wurde in den letzten Jahren in der Stadt Villach hundertfach so gemacht. Wenn der Planungsreferent und der Planungsausschuss negativ zu einem Projekt eingestellt sind, geht auch nichts zum Land. Es ist daher eine Unwahrheit, die hier gesagt worden ist. Wenn seitens der Stadt nichts hinuntergeschickt wird, dann ist die Sache zu Ende und wird nicht mehr beurteilt. Er macht darauf aufmerksam, dass überhaupt nichts mehr zum Land hinuntergeht, wenn man heute dem Antrag von Vizebürgermeister Lang zustimmt, weil dann eine negative Entscheidung da ist. So ist also die Sachlage und er meint, dass nun jeder selbst beurteilen möge, wer es nun ehrlich meint. Dieser Antrag an das Land trägt die Unterschrift von Vizebürgermeister Lang und er stellt fest, dass das also eine positive Beurteilung ist. Weiters teilt er mit, dass Interspar erst weitere Grundstücke gekauft hat, nachdem die Vorprüfung aus dem Referat Wurmitzer zurückgekommen ist und er bemerkt dazu, dass diese Unterschrift scheinbar für andere doch Auswirkungen hat.

Außerdem waren sich alle, einschließlich Vizebürgermeister Lang, darüber einig, dass es dafür nur eine große Verkehrslösung geben kann. Bei einer wei-

teren Besprechung hat er dann gehört, dass plötzlich die Zustimmung von Mitarbeitern des Planungsreferates für die Verkehrslösung gegeben worden ist, obwohl es noch keine Widmung gibt. Das ist seiner Ansicht nach eine Situation, die in der Arbeit mit einem Vizebürgermeister und Planungsreferenten unerträglich ist. Er hält fest, dass dieser immer etwas völlig anderes behauptet, als dieser dann tut. Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, dass man daraus die Konsequenzen ziehen wird, weil es im Grunde genommen so nicht gehen kann. Tatsache ist, dass es klar war, dass ein Kreisverkehr kommen sollte. Er selbst ist auch dafür eingetreten und plötzlich gab es eine andere Lösung. Natürlich hat Vizebürgermeister Lang dieser Lösung nicht selber zugestimmt. Es handelt sich um eine Bundesstraße und dessen Mitarbeiter waren dort und haben der Verkehrslösung bereits zugestimmt. Dazu bemerkt er, dass jeder, der sich ein bisschen in der Verwaltung auskennt, weiß, dass man, wenn es etwas Heikles gibt, den Mitarbeitern sagt, dass das über den eigenen Tisch geht. Er wiederholt, dass das die Sachlage ist – Vizebürgermeister Lang behauptet überall etwas anderes, aber dort, wo man entscheiden könnte, wo man etwas tun könnte, dort ist man dann nicht zu Hause und er bemerkt, dass Vizebürgermeister Lang gesagt hat, dass er unten noch einmal angefragt hat, ob es nicht doch 28.000 m² sein könnten. Er hält fest, dass der mieseste Untergriff von Vizebürgermeister Lang in diesem Zusammenhang mit Vizebürgermeister Pfeiler war, dass dieser jemanden anpatzt und dann sagt, dass dieser eh nicht sagt was war und dann verdächtigt dieser und sagt wiederum nicht was war. Er ist der Meinung, dass er diese Methoden, die die Freiheitlichen in diesen Gemeinderat gebracht haben, aufzeigen muss.

Er teilt mit, dass die SPÖ deren Weg zum Wohle der Stadt gehen wird, macht darauf aufmerksam, was die Sozialdemokraten in den letzten 10 bzw. 15 Jahren weitergebracht haben und bemerkt, dass das die Freiheitlichen erst einmal auch nur annähernd zusammenbringen müssen. Er erklärt, dass die Sozialdemokraten diesen Weg auch dann gehen werden, wenn Stadtrat Ladstätter und Vizebürgermeister Lang glauben, jetzt Theater machen zu müssen, damit es diesen nicht so geht, wie dem Finanzreferenten und der Frau Wintermann in Klagenfurt. Dort hat nämlich Parteiobmann Freunschlag gesagt, dass diese zu wenig Konturen gezeigt, zu wenig gebissen und zu wenig Theater gemacht haben. Das muss jetzt in Villach stattfinden. Er wiederholt, dass die Sozialdemokraten in Villach deren Weg gehen werden. Außerdem erklärt er noch einmal, dass das, was jetzt mit Vizebürgermeister Pfeiler passiert ist, ein typischer Lang'scher Untergriff war: ein freundliches Gesicht, aber wenn es geht, dann haut man jemanden ein Hackl hinein.

Er kann den Anwesenden aber erklären, worum es bei diesen Anspielungen gegangen ist. Er informiert, dass Vizebürgermeister Pfeiler den Kirchtagsverein übernommen und viele neue Dinge eingeführt hat, angefangen vom Controlling bis zu neuen Kontenführungen usw.. Im ersten Jahr sind

diese Dinge natürlich nicht immer stimmig gewesen und er meint, dass Vizebürgermeister Pfeiler später das alles sicher besser selber erzählen kann. Jedenfalls konnte Vizebürgermeister Pfeiler mit Zustimmung der Bauerngman eine große Reform herbeiführen, die allgemeine Anerkennung findet. Wie gesagt, waren jedoch im ersten Jahr nicht alle Mitarbeiter, die zum Großteil Freiwillige und Ehrenamtliche sind, mit den eingeführten Neuerungen einverstanden.

Frau Gemeinderätin Zimmermann stellt den Antrag auf Schluss der Rednerliste und ersucht, den Tagesordnungspunkt 18.) von der Tagesordnung herunter zu nehmen.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt Frau Gemeinderätin Zimmermann, dass er darüber abstimmen lassen wird, bittet aber dafür um Verständnis, dass er heute nicht eingreifen wollte. Er hätte verschiedene Wortmeldungen auch von der Geschäftsordnung her nicht zulassen können, wollte das aber nicht, weil er meint, dass dann beim Tagesordnungspunkt 18.) weniger Wortmeldungen sind. Das war schon öfters der Fall. Es wäre möglich gewesen, Wortmeldungen nicht zuzulassen, aber er hält nichts davon, das zu tun. Er lässt über den Antrag auf Schluss der Rednerliste abstimmen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit
(gegen die Stimmen der VIG-Fraktion
und Gemeinderat LAbg. KR Helmut Hinterleitner)

den Antrag auf Schluss der Rednerliste abzulehnen.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, dass Frau Gemeinderätin Zimmermann laut Geschäftsordnung Recht hat, dass er sich aber nicht dem Vorwurf aussetzen will, dass er heute eine Diskussion, die nachher sowieso kommt, abgewürgt habe. Deshalb hat er auch früher gefragt, ob man weiter diskutieren soll oder ob man die Geschäftsordnung einhalten soll und er macht darauf aufmerksam, dass Vizebürgermeister Lang für das Diskutieren war. Daher führt man diese fort und er erteilt Gemeinderat Sobe das Wort.

Gemeinderat Sobe erklärt, dass es heute, wie Bürgermeister Manzenreiter einleitend berichtet hat, um die Sorge der Geschäftsleute der Innenstadt geht und dabei doch einiges anzumerken ist. Es ist insofern einiges anzumerken, als vielleicht der Antrag von Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner gut gemeint war, sich aber in der Tagesordnung nicht ausführen lässt, da heute über etwas abgestimmt wird, was im Endeffekt Vizebürgermeister Lang eingeleitet hat, um sich politisch von dieser Materie zu verabschieden, aber nicht um zu bereinigen oder zu helfen. Er teilt mit, dass er die Gelegenheit hatte, den Planungsausschuss als Vorsitzender zum Wohle der Bürger bis jetzt mit drei Referenten zu gestalten und dass auch Vizebürgermeister Lang drei Jahre in diesem Ausschuss war. Er glaubt sagen zu können, wie diese Dinge rechtlich waren bzw. wie diese abgewickelt wurden.

Wie Bürgermeister Manzenreiter einleitend gesagt hat, ist von der Gruppe Interspar im April 2000 ein Widmungsbegehren eingebracht worden, das vom zuständigen Referenten mit dessen Unterschrift auf die Tagesordnung des Gemeinderates gebracht wurde. Er teilt mit, dass es über die Jahre hinweg wahrscheinlich 300 oder 400 Ansuchen gegeben hat, die entweder nicht auf die Tagesordnung gekommen sind, weil diese schon aufgrund der Vorprüfung der Beamten abzulehnen waren, oder weil diese unter Umständen auch im Planungsausschuss keine Mehrheit gefunden haben und deshalb nicht zur Beschlussfassung weitergeleitet wurden bzw. zur Weiterleitung herangestanden sind. Er hält daher fest, dass dieser Amtsvortrag mit der Unterschrift des Referenten auf der Tagesordnung steht und den Planungsausschuss mit Mehrheit passiert hat. Diesbezüglich informiert er, dass die SPÖ-Fraktion in diesem fünfköpfigen Gremium zwei Mandate stellt und man sich ausrechnen kann, dass das nicht ganz alleine mit der SPÖ passiert ist. Danach ist dieser Antrag an das Land gegangen, ist positiv zurückgekommen und es entstand die Situation, dass die Interspar-Gruppe, und er glaubt, dass diese ein Recht darauf hat, versucht, deren Vorhaben weiter zu betreiben. Er führt aus, dass diese annähernd ATS 40 Mio. investiert, Grundstücke kauft und bereits Häuser abreißen lässt, weil diese glaubt, dass durch die Einleitung dieses Verfahrens die Möglichkeit besteht, deren Wunschprojekt zu realisieren.

Er erklärt, dass er nun zum eigentlichen Punkt kommt. Er meint, dass es die Aufgabe des Planungsreferenten gewesen wäre, mit dieser Gruppe Verhandlungen zu führen, wie diese einerseits deren Projekt bestmöglich umsetzen kann, sich aber andererseits vieles von dem erspart, was die Anwesenden glauben, dass auf diesem Gelände entstehen wird. Wie eingangs gesagt worden ist, ist der derzeitige rechtmäßige Zustand einer, der fast das Fünffache dessen zulässt, was jetzt durch die Planung von Interspar gewollt ist. Er führt aus, dass Vizebürgermeister Lang das Projekt nach dessen Ansicht beurteilt hat und andere nach deren, dass aber mit den Einwendungen, die man heute zur Beschlussfassung vorliegen hat, kein Millimeter von diesem Projekt in die

eine oder andere Sache gelenkt werden wird. Dies deshalb, weil es Vizebürgermeister Lang auch verabsäumt hat, einen Bebauungsplan vorzulegen, der sonst an dieser Stelle bereits mitbeschlossen wird, um dann die Möglichkeit zu haben, das Projekt zu realisieren.

Er ist der Meinung, dass von Bürgermeister Manzenreiter Schutz erzeugt wird, indem dieser diese Sachen so beurteilt und es nach einem Versäumnis von fast zweieinhalb Jahren durch eine Referatsänderung heute in andere Hände lenkt. Er erklärt, dass Bürgermeister Manzenreiter das in andere Hände lenkt, um Verhandlungen führen zu können und um auch das Beste für die Innenstadtkaufleute herauszuholen. Er fordert die Anwesenden auf ihm zu glauben, dass heute nichts beschlossen wird. Er hält fest, dass er guter Dinge ist, dass Bürgermeister Manzenreiter, aber im Besonderen der neue Referent, Vizebürgermeister Pfeiler, mit dieser Gruppe verhandeln wird und dass dabei einiges bzw. das Beste herauskommen wird. Er möchte aber dazu auch noch sagen, und das muss im Raum auch stehen bleiben, dass es sehr schwierig ist, weil sich alles verknüpft und weil Politik in die Sache hineingebracht wurde.

Er merkt in seinem Schlusssatz zu dieser Materie noch an, dass die SPÖ bei der Erwägung, dass dieses Referat in andere Hände gelegt gehört, nicht allein dagestanden ist. Er erinnert daran, dass dies die ÖVP im Jahre 1998 schon gerne gehabt hätte und er teilt mit, dass die SPÖ seit heuer, seit der Sitzung betreffend das Postverteilzentrum, von der konservativen Seite schon fast einen Auftrag bekommen hat, diese Dinge in andere Bahnen zu lenken. Er hält fest, dass Vizebürgermeister Pfeiler seit 1993 in dessen Referaten im Sport, im sozialen Bereich und nun schon über Jahre im Bauwesen sehr gute Arbeit geleistet hat, so dass er davon überzeugt ist, dass dieser auch dieses Referat dorthin bringen wird, wo es hingehört und was jetzt drei Jahre nicht der Fall war.

Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner hält fest, dass, wenn er Gemeinderat Sobe richtig verstanden hat und den Ausführungen richtig gefolgt ist, heute nichts beschlossen wird. Das heißt im Klartext, dass man dem Abänderungsantrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes die Zustimmung geben kann. Er möchte an dieser Stelle doch noch einmal sehr deutlich festhalten, dass es hier sehr wohl um eine Änderung der Flächenwidmung geht, und zwar um eine Änderung auf Bauland. Wenn man hier diese Differenzierung sieht, dann weiß man seiner Ansicht nach welche Auswirkungen das dann tatsächlich auf die Verwertbarkeit und Verwendbarkeit der Grundstücke hat. Das hat man ja selbst in den Abbildungen gesehen. Schließlich wird heute dieser Punkt behandelt und das ist seiner Meinung nach der Knackpunkt. Die Flächenwidmung ist im Tagesordnungspunkt enthalten.

Bürgermeister Manzenreiter teilt an Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner gerichtet mit, dass er dafür Verständnis hat, dass dieser auch geglaubt hat, dass das heute beschlossen wird. Er bemerkt, dass ganz hinten im Raum eine ganze Reihe von Menschen sitzt, die informiert worden ist, dass das heute beschlossen wird. Diese müssen sich seiner Ansicht nach aber nur fragen, wer diese so informiert hat. Das ist nämlich der Punkt und das ist das Entscheidende. Er wiederholt, dass alle völlig falsch informiert worden sind. Er erinnert sich, dass er bei der Veranstaltung am Rathausplatz zuerst sachlich gesprochen und versucht hat, die Dinge zu erklären. Weiters teilt er mit, dass es dort jemanden gegeben hat, der heute ganz vorne sitzt, und der dort gesagt hat und den Medien schon mitgeteilt hat, dass in dieser Sitzung 52.000 m² beschlossen werden. Er wiederholt, dass alle in die Irre geführt worden sind und dass das seiner Ansicht nach das Entscheidende ist. Jetzt versteht er, warum Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner auch dieser Ansicht ist und er betont, dass es aber nicht so ist. An Stadtrat Ladstätter gerichtet meint er, dass dieser aus den Zeitungen der letzten Tage entnehmen konnte, dass alle geglaubt haben, dass in der heutigen Sitzung die Widmung in Bau-land beschlossen wird.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, möchte er noch einmal erklären, dass, wenn heute für den Antrag von Vizebürgermeister Lang gestimmt wird, das die Bestätigung des bisherigen Flächenwidmungsplanes ist und er macht darauf aufmerksam, dass er heute auch schon vorgelesen hat, was dann dort möglich ist, und zwar 70.000 m².

Auf einen Zwischenruf von Vizebürgermeister Lang bemerkt Bürgermeister Manzenreiter, dass dieser schon wieder irrt, da dieser sagt, dass man das nicht verhindern kann. Er fordert daher Vizebürgermeister Lang auf, sich einmal mit der Materie zu beschäftigen, da es ihm schon langsam peinlich ist, dass dieser bald vier Jahre lang Planungsreferent war. Er hält fest, dass man das mit dem Bebauungsplan natürlich tun kann, dass man mit diesem Einschränkungen machen kann und dass das Vizebürgermeister Lang hätte tun sollen. Dieser hätte sich mit der Materie auseinandersetzen sollen.

Auf weitere Zwischenrufe stellt Bürgermeister Manzenreiter entsetzt fest, dass Vizebürgermeister Lang wirklich keine Ahnung hat und dass ihm das jetzt peinlich ist. Er erklärt Vizebürgermeister Lang, dass er nicht einfach beschließt und diesem etwas wegnimmt. Er hält fest, dass er einen Flächenwidmungsplan und einen Bebauungsplan beschließt und dass beides dann Bestandteil der Genehmigung ist. Er erklärt weiters, dass es ihm schon oft peinlich war, welche fachlichen Äußerungen in die Öffentlichkeit gegangen sind. Er führt aus, dass also im nächsten oder übernächsten Gemeinderat der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zu beschließen sein wird, weil die SPÖ das Theater, das Vizebürgermeister Lang da aufgeführt

hat, nicht mehr weiterspielen will. Weiters informiert er, dass das Nächste, was man tun wird, sein wird, dass man mit der Interspar-Gruppe redet.

Er führt weiters aus, dass ihm ein offener Brief der 130 VIP-Kaufleute vorliegt, zu dem er doch ein bisschen etwas sagen möchte. In diesem Brief stellen die Innenstadtkaufleute fest, dass diese betroffen sind, weil diese in die Planung und die Geschehnisse rund um die Interspar-Projekte nicht einbezogen wurden. Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, dass das heißt, dass Vizebürgermeister Lang mit den Innenstadtkaufleuten nicht geredet hat, obwohl dieser bisher mit diesen Dingen befasst war. Er informiert die Anwesenden auch dahingehend, dass dieses Projekt an der Peripherie mit Hotel, Entertainment, Kino, Ärztehaus usw. derzeit nur ein Wunsch der Interspar ist und nicht mehr. Diesbezüglich erklärt er aber auch, dass die Situation gerade jetzt so ist, dass die Magistratsbediensteten zur Kenntnis nehmen müssen, dass durch die EU der Wettbewerb scharf auf einen zukommt und man es nicht zusammenbringen wird, in Villach ein Hotel zu verhindern, wenn jemand eines bauen will. Das wird man nicht verhindern können und vielleicht auch nicht wollen. Es ist nach der österreichischen Gesetzgebung nicht möglich, zu verhindern, dass ein Hotel gebaut wird. Wenn jemand ein Bauland hat, kann dieser sich dort schon morgen ein Hotel hinbauen. Er denkt, dass sich jemand, der das machen möchte, sicherlich schön bedanken würde, wenn man dazu nein sagen würde. Der Glaube, dass die Politik steuern soll und dass diese da eingreifen soll, den hat er nicht und er bemerkt, dass dieser überall zum Unglück geführt hat. Er ist der Meinung, dass die Stadt mit der VIP-Kaufmannschaft über eine lange Zeit sehr gute gemeinsame Konzepte gemacht hat und er teilt mit, dass immer noch ein Arbeitskreis bestehend aus Magistratsbediensteten und Innenstadtkaufleuten tätig ist.

Abschließend stellt er noch die Frage, ob die Anwesenden wissen, was es bedeutet, wenn man die Flächenwidmungsvereinbarung und den Bebauungsplan nicht vollstreckt. Das würde bedeuten, dass der alte Plan in Geltung ist und was damit auf einen zukommen würde, das hat er schon zuvor mitgeteilt. Daher ist er der Meinung, dass man miteinander reden muss, das heißt, dass die Stadt mit der Interspar verhandeln muss. Beide haben eine gleichwertige Trumpfkarte in der Hand und daher muss miteinander gesprochen werden und er hält fest, dass man das versuchen will. Er ist der Meinung, dass aus diesem Grund heute jeder erkennen kann, dass diese Kampagne, die von der FPÖ ausgegangen ist, im Grunde genommen eine gescheiterte ist. Er hält auch fest, dass Herr Warmuth, noch bevor man miteinander geredet hat, gesagt hat, dass der Bürgermeister Schuld ist. Herr Warmuth ist FPÖ-Funktionär in der Kammer und hat sofort die politische Diskussion in diese Sache hineingebracht. Er bemerkt, dass er immer dafür ist, dass man die Dinge beim Namen nennt und er bemerkt, dass das auch die anderen tun können.

Zum Schluss kommend möchte er noch zwei Dinge sagen, die vielleicht noch einmal ein bisschen zeigen, welche Rolle Vizebürgermeister Lang spielt. Er informiert, dass den Villacher Schulen vom Landesschulreferat, zuständig Landeshauptmann Dr. Haider, per Erlass bzw. Verordnung mitgeteilt worden ist, dass diese eine gewisse Anzahl an Stunden weniger haben. Das ist Herrn Direktor Tscherpel mitgeteilt worden.

Auf einen Zwischenruf von Vizebürgermeister Lang bemerkt Bürgermeister Manzenreiter, dass das nicht stimmt, dass dieser die Zeitung lesen soll und dass dieser zu überhaupt nichts steht.

Er wiederholt, dass vom Referat des Schulreferenten, Herrn Landeshauptmann Dr. Haider, in ganz Kärnten und auch in Villach Kürzungen vorgenommen worden sind und er teilt mit, dass sich nun die betroffene Schule in Villach gemeinsam mit den Eltern und der Schulreferentin, Stadträtin Mag. Sandriesser, an der Spitze zu wehren beginnen. Auch Kinder haben Leserbriefe geschrieben. Man geht in die Zeitung, macht ein Theater und organisiert Kampagnen. Daher muss das nun zurückgenommen werden, was der freiheitliche Schulreferent, Landeshauptmann Dr. Haider, machen wollte und er bemerkt, dass die Freiheitlichen daraus eine Siegerrolle machen wollen und sagen, dass diese Schule von den Kürzungen nie betroffen war.

Abschließend möchte er sich an die Anwesenden, die ganz hinten sitzen, wenden,. Er macht darauf aufmerksam, dass er bei der Veranstaltung am Rathausplatz nach seiner Rede gegangen ist und er möchte sich heute, obwohl er sich nicht rechtfertigen muss, dazu äußern. Er erklärt dazu, dass er in der Zeitung der Wirtschaftskammer gelesen hat, dass ihm an diesem Abend am Rathausplatz eine Resolution überreicht werden soll. Er hat von dem allen nichts gewusst und hat das erst am Tag davor oder am gleichen Tag in der Früh in der Zeitung gelesen. Er fordert die Anwesenden auf einmal nachzudenken, wie fair das ist. Er wiederholt, dass er in der Zeitung gelesen hat, dass ihm dort eine Resolution übergeben werden soll und bemerkt, dass es, wenn er auswärts gewesen wäre, wieder geheißen hätte, dass er es nicht einmal der Mühe wert findet hinzukommen. Das sind Methoden, die man in Villach nicht notwendig hat und er meint, dass man anders miteinander umgehen kann. Er wiederholt, dass er nichts davon gewusst hat und er daher Herrn Warmuth ein Fax geschickt und gefragt hat, wie die Angelegenheit aussieht. Dieser hat ihm zurückgeschrieben und erklärt, dass keine Resolution übergeben werden wird, dass aber er – Bürgermeister Manzenreiter – kurz und sachlich eine Äußerung abgeben darf. Er teilt mit, dass er daraufhin Herrn Warmuth noch gefragt hat wie die Rednerliste aussieht und dass er gleichzeitig von einer anderen Seite eine Information darüber bekommen, was bei dieser Veranstaltung geplant ist: nämlich eine Bürgermeisterbeschimpfung, die dann auch stattgefunden hat. Er ersucht die Anwesenden um Verständnis dafür, dass er sich das nicht angehört

hat und er erklärt, dass die Beteiligten jederzeit die Möglichkeit haben, ihm alles zu sagen. Dass er aber bei einer geplanten Kampagne, von der er noch dazu weiß, dass dort Leute auftreten, die ihn beschimpfen sollen, nicht bleibt und sich das nicht anhört, dafür bittet er nochmals um Verständnis. Er möchte das auch seiner Funktion nicht zumuten, denn er hält etwas darauf, Bürgermeister einer Stadt wie Villach zu sein und er ist der Meinung, dass man diese Funktion auch schützen soll. Aus diesen Gründen hat er an dieser Veranstaltung nicht teilgenommen und er wiederholt, dass er aber jederzeit für Gespräche zu haben ist.

Vizebürgermeister Lang hält fest, dass man von Bürgermeister Manzenreiter immer wieder hört, dass dies eine Aktion der FPÖ sei und er stellt fest, dass das nicht stimmt. Hinter dieser Aktion stehen 8.000 Menschen, die sich Sorgen machen und es geht dabei um die Innenstadt. Es kann keine Aktion der FPÖ sein und er erklärt, dass dies eine Aktion der Innenstadtkaufleute und der Arbeitnehmer dieser Stadt ist.

Er möchte nun die Punkte vorlesen, über die gesprochen wird und worüber heute eine Willensbildung ansteht. Der Gemeinderat hat heute eine Willensbildung darüber abzugeben, ob dieser Antrag in den Raumordnungsbeirat vom Land Kärnten geht und dort endgültig und letztendlich beschlossen werden soll. Er verliest wie folgt:

- „1. Die Grundstücke 53/3 und 58/1, KG Judendorf sind im Ausmaß von 14.000 m² von Verkehrsfläche-Ruhender Verkehr in Bauland-Geschäftsgebiet zu widmen.
2. Das Grundstück 58/1, KG Judendorf ist im Ausmaß von ca. 2400 m² in Bauland-Geschäftsgebiet zu widmen.
3. Das Grundstück 58/1, KG Judendorf ist im Ausmaß von 1500 m² von Bauland-gemischtes Baugebiet - Sonderwidmung Tankstelle in Bauland-Geschäftsgebiet zu widmen.
4. Die Grundstücke 58/1 und 58/7 sind im Ausmaß von ca. 2000 m² von derzeit Bauland-Wohngebiet in Bauland- Geschäftsgebiet zu widmen.
5. Das Grundstück 58/1, KG Judendorf ist im Ausmaß von ca. 3900 m² Verkehrsfläche-Ruhender Verkehr in Bauland-Geschäftsgebiet Sonderwidmung Veranstaltungszentrum zu widmen.
6. Das Grundstück 58/1, KG Judendorf ist im Ausmaß von ca. 600 m² von derzeit Verkehrsfläche in Bauland-Geschäftsgebiet - Sonderwidmung Veranstaltungszentrum zu widmen.“

Er erklärt den Anwesenden, dass das im Klartext heißt, dass eine gewidmete Fläche EKZ 1 in der Größenordnung von 28.000 m² und eine weitere Fläche, die derzeit als Verkehrsfläche gewidmet ist, in Bauland Geschäftsgebiet zu widmen wäre, so dass man insgesamt eine gewidmete Fläche von 52.000 m² hätte. Er stellt fest, dass darüber heute eine Willensbildung abzugeben ist und

er teilt mit, dass die Freiheitliche Partei dieser Willensbildung nicht die Zustimmung geben wird. Die Freiheitlichen und er als Referent schließen sich hier nicht an und das hat er auch klar kund getan. Man hat einzig und allein diese Möglichkeit und er bemerkt, dass alle diesen Amtsvortrag lesen können und dass es auch keine vollständigen richtigen Informationen gibt. Dieser Amtsvortrag liegt vor, er hat diesen auch vorgelesen und darüber ist heute abzustimmen. Er teilt mit, dass die Freiheitlichen der Meinung sind, dass eine Verkehrsfläche nicht in Geschäftsgebiet gewidmet werden soll.

Bürgermeister Manzenreiter bemerkt an Vizebürgermeister Lang gerichtet, dass dieser nicht einmal weiß, was dieser unterschreibt. Er stellt fest, dass dieser eine der größten Innenstadttrassen und Auseinandersetzungen führt und nicht einmal weiß, was dieser unterschrieben hat. Er muss sagen, dass das wirklich peinlich ist und er fordert Vizebürgermeister Lang auf, den Antrag zu lesen, den dieser unterschrieben hat. Dabei handelt es sich um zwei kleine Zeilen und er informiert, dass das heute zur Abstimmung steht.

Vizebürgermeister Pfeiler möchte festhalten, dass heute in keinem Debattenbeitrag der Sozialdemokraten, weder von Bürgermeister Manzenreiter noch von ihm, gesagt wurde, dass die Aktion „Ein Herz für die Villacher City“ eine FPÖ-gesteuerte Aktion ist. Es wurde nur gesagt, dass diese Aktion von Einzelnen der FPÖ missbraucht wurde und er macht darauf aufmerksam, dass dafür auch Beweise gebracht wurden.

Er hält weiters fest, dass ihn noch etwas wirklich erschüttert und er bemerkt in diesem Zusammenhang, dass man schon viel früher dem Antrag bzw. dem Wunsch der ÖVP nachkommen hätte sollen. An Vizebürgermeister Lang gerichtet stellt er fest, dass dieser in der heutigen Sitzung einen Amtsvortrag vorlegt und sich nicht auskennt. Er erklärt, dass das, was Vizebürgermeister Lang vorgelesen hat, heute nicht zur Beschlussfassung ansteht. Das, was Vizebürgermeister Lang vorgelesen hat, steht vorne im Amtsvortrag und ist die Stellungnahme der Beamten. Abgestimmt wird heute aber ausschließlich über den Einzeiler, den Vizebürgermeister Lang unterschrieben hat und er verliest diesen wie folgt: „Den Einwendungen wird stattgegeben und damit das Widmungsbegehren abgelehnt.“ Er wiederholt, dass heute nur über diesen Antrag des Referenten abgestimmt wird. Wenn man es heute ablehnt, ist man bei der Stunde Null und das Widmungsbegehren wird eben mit den Einschränkungen irgendwie weiter betrieben. Er macht darauf aufmerksam, dass heute keine einzige Widmung beschlossen wird, sondern dass heute nur über die Empfehlung des Referenten abgestimmt wird, ob der Widmungsprozess weitergeführt wird oder nicht. Es ist Faktum, dass heute über keine einzige Widmung abgestimmt wird und er teilt mit, dass das auch juristisch geprüft ist. Er hält fest, dass hier also eine Fehlinformation bzw. Halbinformation, die aus dem Un-

wissen des derzeitigen Referatsverantwortlichen resultiert, vorliegt. Er wiederholt nochmals, dass heute keine Widmung beschlossen wird und dass nach dem heutigen Beschluss alles beim Alten bleibt.

Bürgermeister Manzenreiter bemerkt, dass dies peinlich ist und er ersucht den Magistratsdirektor, Herrn Dr. Mainhart, aus juristischer Sicht zu erklären, worüber abgestimmt wird. Was ist der politische Antrag der heute zu behandeln ist?

Magistratsdirektor Dr. Mainhart bemerkt, dass dies das erste Mal ist, dass er als Magistratsdirektor hier zu Wort kommt. Er erklärt, dass der Antrag aus der Formulierung des vorliegenden Amtsvortrages klar hervorgeht. Antragsteller ist der politische Referent und er verliest dessen Antrag wie folgt: „Der Planungsausschuss und der Stadtsenat mögen vorberaten und der Gemeinderat beschließen: Den Einwendungen wird stattgegeben und damit das Widmungsbegehren mit der Zahl: 10/02/00 abgelehnt.“ Er hält fest, dass das der Inhalt der heutigen Abstimmung ist und er möchte abschließend noch in Erinnerung rufen, dass das auch der Inhalt war, worüber im Planungsausschuss und im Stadtsenat vorberaten und abgestimmt wurde.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt demnach, dass man heute also beschließt, ob man das Widmungsbegehren der Interspar einstellt. An Vizebürgermeister Lang gerichtet bemerkt er, dass er sich jetzt wirklich zurückhalten muss, den gerade früher hat dieser vorgelesen, was man heute alles widmet und jetzt hat dieser wieder dem Magistratsdirektor Recht gegeben, der gesagt hat, dass man nichts widmet.

Auf einen Zwischenruf von Vizebürgermeister Lang erklärt er nochmals, dass das, was dieser meint, kein Antrag ist. Er bemerkt, dass dieser jetzt vier Jahre lang nicht gelernt hat, dass in den politischen Gremien der Stadt über Anträge der politischen Referenten abgestimmt wird. Er erklärt, dass die Beamten einen Amtsvortrag vorgelegt haben, der die Zustimmung des Referenten nicht bekommen hat und dass man heute nur noch über den Antrag des Referenten abstimmt. An Vizebürgermeister Lang gerichtet bemerkt er, dass dieser vielleicht einen Fehler gemacht hat, denn dieser hätte vielleicht als Antrag schreiben sollen, dass den Bemühungen oder den Ansichten der Beamten nicht zugestimmt wird. Dieser hat aber Folgendes geschrieben: „Den Einwendungen wird stattgegeben und damit das Widmungsbegehren mit der Zahl: 10/02/00 abgelehnt.“ Das ist das Fatale, das in eine Sackgasse geführt hat. Er erklärt, dass man mit dem Antrag, der aus der Sicht von Vizebürgermeister Lang gestellt wurde, heute das, was Interspar dort beantragt hat, ablehnen würde, dass aber dann das in Kraft treten würde, was er vorher vorgelesen hat. Daher ist er der Meinung, dass das nicht die Art ist, wie man mit Dingen umgehen sollte, wo zwei Parteien relativ gute Karten

haben. In einer solchen Situation muss man miteinander reden und er hält fest, dass man das auch tun wird.

Er ersucht die Anwesenden, nun vielleicht doch zu erkennen, in welcher Form man seitens der SPÖ in den letzten Jahren in fachlicher Sicht gelitten hat. Wer noch alles im Rathaus dadurch gelitten hat, möchte er gar nicht verraten.

Stadtrat Ladstätter hält nach einer kurzen anfänglichen Redepause fest, dass er nur abgewartet hat, bis sich die SPÖ von deren Nervosität erholt hat.

Er erklärt, dass nach seiner Einschätzung Bürgermeister Manzenreiter eine relativ starke Konstitution hat und dass es für ihn neu ist, dass dieser da unter der FPÖ gelitten haben soll. Er glaubt aber, dass Weinerlichkeiten in der Politik wenig verloren haben.

Er kann sich erinnern, dass er in seiner ersten Wortmeldung gesagt hat, dass eine beschlussfähige Materie vorliegt, die auf der einen Seite die Unterschrift des Abteilungsleiters und auf der anderen Seite die Unterschrift des Baudirektors trägt - genau so hat er es formuliert. Jetzt möchte er genau das vorlesen, was er vorher nicht vorgelesen hat und er bemerkt, dass er jedoch den Antrag vorgelesen hat, der beinhaltet was der Planungsreferent, Vizebürgermeister Lang, dazu gesagt hat. Er hält fest, dass Planungsreferent Lang mit dessen Unterschrift einen Antrag stellt, der im Stadtsenat formal drübergegangen ist und er bemerkt, dass er nicht weiß, warum jetzt diese Aufregung entsteht. Er verliest den Antrag: „Der Planungsausschuss und der Stadtsenat mögen vorberaten.“ und bemerkt, dass das ja geschehen ist und dass heute der Gemeinderat an der Reihe ist. Er verliest weiter: „...und der Gemeinderat beschließen: Den Einwendungen wird stattgegeben und damit das Widmungsbegehren mit der Zahl: 10/02/00 abgelehnt.“ Das ist der Antrag von Vizebürgermeister Walter Lang, der vorhin in dessen Wortmeldung mehrere andere Seiten des Amtsvortrages vorgelesen und die fachlichen Kompetenzen herausgearbeitet hat, um zu zeigen, um welche Probleme es hier noch geht.

Aufgrund von Zwischenrufen ersucht er einige Herren der SPÖ, dass diese ihn reden lassen sollen, wenn er am Rednerpult ist und er bemerkt, dass diese dann später wieder herausgehen und etwas anderes sagen können.

Er teilt weiters mit, dass Vizebürgermeister Lang in dessen Stellungnahme Folgendes festhält: „Gemäß § 13 des Gemeindeplanungsgesetzes ist eine beabsichtigte Änderung des Flächenwidmungsplanes zur allgemeinen Einsicht aufzulegen. Die während der Auflagefrist gegen den Entwurf eingebrachten und begründeten Einwendungen sind bei der Beratung im Gemeinderat in

Erwägung zu ziehen. Als zuständiger Referent sehe ich mich durch die Vielzahl der eingebrachten und wohlbegründeten Einwendungen gegen das gegenständliche Projekt veranlasst, dem eingebrachten Antrag auf Änderung des Flächenwidmungsplanes nicht zuzustimmen.“ Nach dieser Stellungnahme hat Vizebürgermeister Lang dann den Antrag gestellt, den er bereits vorgelesen hat.

Er ist der Meinung, dass das, was jetzt hier stattgefunden hat, nichts anderes als ein politisches Spektakel ist, für das er die Herrschaften der SPÖ verantwortlich macht und das diese jetzt nun seit rund einer dreiviertel Stunde inszenieren. Das ist Faktum, denn das, was er hier gesagt hat, ist nichts anderes als geschriebenes Wort. Er hat das vorgelesen, was Vizebürgermeister Lang schon seit Monaten bzw. seit Wochen unterstützt und auch hier geschrieben und unterschrieben hat. Diese beschlusswillige Materie ist vorberaten worden, ist im Planungsausschuss und im Stadtsenat gewesen und daher versteht er heute dieses Spektakel hier wirklich nicht mehr. Daher nimmt er für seine Fraktion in Anspruch, dass diese unter der fachlichen Kompetenz der SPÖ leidet und nicht umgekehrt, wie es Bürgermeister Manzenreiter formuliert hat. Das ist seiner Ansicht nach eine böartige Unterstellung.

Er möchte weiters festhalten, dass diese ganze Diskussion, die hier geführt wurde, ja nur deswegen geführt worden ist und dass es nur deswegen zu dieser dubiosen Geschichte gekommen ist, weil Vizebürgermeister Lang zu Vizebürgermeister Pfeiler in der Bank etwas sagt und dieser dann immer sagt, was Vizebürgermeister Lang gesagt hat. Er stellt fest, dass Vizebürgermeister Lang am Rednerpult nur das gesagt hat, was dieser gesagt hat. Was in der Bank stattfindet, ist überhaupt nicht Thema dieser Angelegenheit.

Aufgrund der Unruhe im Plenum hält er an die Herrschaften der SPÖ-Fraktion gerichtet fest, dass diese lachen können solange diese wollen, dass er aber nicht müde wird, in dieser Sache herauszugehen, um immer wieder auf das hinzuweisen. Er würde daher bitten, dass die Scharfmacher in der ersten Reihe endlich einmal zur Einsicht kommen und Vizebürgermeister Lang politisch in Ruhe lassen, weil das Referat diesem eh schon weggenommen worden ist.

Auf Zwischenrufe, dass das noch nicht geschehen ist, bemerkt er, dass es zwar noch nicht geschehen ist, dass diese aber nur auf das warten und dass das ja das Spektakel des heutigen Tages ist.

Vizebürgermeister Pfeiler übernimmt den **Vorsitz** und möchte, bevor man mit der Diskussion fortfährt, noch eine Reihe von Wortmeldungen richtig stellen.

Er schätzt Stadtrat Ladstätter als einen Mann mit großem Sachverstand ein, hält aber fest, dass es Faktum ist, dass diese Liste von Unwidmungen, die Vizebürgermeister Lang hier vorgelesen hat und von welchen dieser gesagt hat, dass diese heute zu beschließen wären, heute nicht beschlossen werden können. Nichts anderes hat die SPÖ gesagt und das dürfte auch für alle begreifbar sein. Er hält fest, dass es heute nicht um diese Widmungen geht, die Vizebürgermeister Lang als zuständiger Referent vorgelesen hat. Egal wie das Stimmverhalten heute ausgeht, diese Umwidmungen werden heute nicht beschlossen.

Das Zweite, das er festhalten möchte, ist, dass die SPÖ diesen Irrtum schon gerne im Stadtsenat aufgeklärt hätte, dass sich aber die FPÖ im Stadtsenat jeder Diskussion verweigert, weil diese die Diskussionen lieber hier vor Publikum führt. Das tut der SPÖ Leid und er wiederholt, dass man das Missverständnis des Planungsreferenten gerne im Stadtsenat aufgeklärt hätte.

Damit keine falsche Geschichtsschreibung entsteht, hält er weiters fest, dass die SPÖ heute keine Diskussion vom Zaun gebrochen hat, sondern dass diese Diskussion der SPÖ aufgedrängt wurde.

Gemeinderat Mag. Raup begrüßt die Damen und Herren der Villacher Innenstadt, die aus Sorge um deren Arbeit, deren Mitmenschen und Angestellten hier erschienen sind.

Er hält fest, dass es in der Innenstadt, und zwar im Zugang zum alten Kellertheater einen Spruch von Ingeborg Bachmann gibt, der wie folgt lautet: „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar.“ Er stellt sich die Frage, ob die Wahrheit der FPÖ zumutbar ist. Wenn er sich nämlich das heute anhört, hat Vizebürgermeister Lang sich als Nebelwerfer und Slalomläufer par excellence gezeigt, der dessen Standpunkte je nach Tageszeit und auch nach Gutdünken ändert. Eines möchte er nämlich nicht haben, und zwar, dass die berechtigte Angst vieler Innenstadtkaufleute, sozusagen vor einen billigen Karren der FPÖ gespannt wird und im billigen Aktionismus endet. Er ist der Meinung, dass man über leerstehende Geschäfte und das, was in der Innenstadt und in vielen Innenstädten passiert, anders reden können muss. Da gibt es auch andere Gesichtspunkte, die zu berücksichtigen sind und nicht nur das, was angeblich auf der grünen Wiese geplant ist. Er denkt in diesem Zusammenhang einmal an die Mieten, über die überhaupt noch nicht gesprochen wurde und die seiner Meinung nach im Innenstadtbereich wesentlich zu hoch sind.

Zum Zweiten denkt er auch daran, dass auf der grünen Wiese heute eine Hotelfachschule steht. Er erinnert, dass damals auch die Innenstadtkaufleute dafür waren und mit Unterschriften dafür gebürgt haben, damit die Hotelfachschule in das Parkhotel kommt. Er stellt die Frage, was in dieser Angelegen-

heit war. Es wurden riesige Schüttungen gemacht und er bemerkt, dass viele Damen und Herren, auch von der FPÖ, keine Bedenken um das Warmbader Wasser gehabt haben, als der Landeshauptmann dieses Projekt auf die grüne Wiese gestellt hat.

Weiters hält er fest, dass er glaubt, dass die Firma Warmuth die erste Firma war, die ein Zelt auf die grüne Wiese außerhalb der City gestellt hat und er erinnert, dass heute der Kika dort steht. Es gibt also immer Entwicklungen, wo man nicht in der Lage ist, diese zu steuern. Der ÖVP, die immer so sehr für die freie Wirtschaft eintritt, möchte er auch noch sagen, dass man die Innenstadt nicht pragmatisieren kann. Es muss ein freies Spiel der Kräfte geben und dieses soll innerhalb eines Rahmens passieren, den man im Gemeinderat vorgeben kann. Dieser Rahmen ist der Bebauungsplan. Nur beim Bebauungsplan hat der Gemeinderat tatsächlich Eingriffsrechte. Durch diesen kann man sagen wie hoch etwas sein soll und wie die Massenverteilung und alles aussehen soll. Darüber wird man aber dann abstimmen, wenn es soweit ist. Deshalb ist er der Meinung, dass man mit beiden reden will. Man will eine blühende Innenstadt haben, aber man will, wie er denkt, keine Stadt, die rundherum mit Mauern zugemacht ist und in der gesagt wird, dass nur innerhalb der Stadt etwas passieren darf.

Weiters ist er der Meinung, dass alle, egal welcher Fraktion man angehört, eines berücksichtigen sollten, und zwar muss Recht auch Recht bleiben. Er erklärt, dass das Recht momentan bei demjenigen ist, der diese Rechte besitzt, nämlich bei der Interspar. Wenn man eingreifen und ordnen will, dann muss man sich mit diesen Menschen zusammensetzen. Er glaubt, dass durchaus ein Ergebnis zustande kommen kann, das alle oder viele zufrieden stellt.

Er stellt sich aber schon auch die Frage, was man sich eigentlich vorstellt, denn man hat vor wenigen Jahren ein Projekt in der Bahnhofstraße gehabt, das Windbrechtinger Projekt, das damals von führenden Kaufleuten abgewürgt wurde. Diese wollten nicht, dass in der Bahnhofstraße große Projekte entstehen oder dass hier ein blühendes Leben einzieht. Das wurde abgewürgt. Was momentan tatsächlich in der Innenstadt passiert, und die Innenstadt hört ja nicht bei der Draubücke auf, ist, dass eine ganze Menge Wohnungen gebaut werden und in diesen Wohnungen werden Menschen wohnen, die in der Innenstadt einkaufen werden. Das passiert tatsächlich.

Er ist der Meinung, dass man diesen Weg gehen und nicht von vornherein verhindern sollte. Man sollte miteinander reden, wie es auch die gute Villacher Art ist. Freie Wirtschaft ist gut und Recht muss Recht bleiben. Das gilt auch im Zusammenhang mit der Fahne, die man aufgehängt hat, denn man hat zuerst den Eigentümer zu fragen, wenn man eine Fahne aufhängt.

Vizebürgermeister Pfeiler möchte all jene, die die so fleißig diskutiert und auch Wortmeldungen gemacht haben, auffordern, dass diese auch jenen zuhören, die jetzt etwas später noch am Wort sind, weil auch die etwas zu sagen haben. Er dankt für die Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Sobe möchte etwas klarstellen, da der Klubvorsitzende der FPÖ belehren wollte, was Vizebürgermeister Lang gesagt hat und was nicht. Er wird versuchen, in ein paar markanten Punkten festzustellen, was heute wirklich passiert, da eine Nebelgranate geschmissen worden ist und es nicht mehr feststellbar ist, von wo man ausgegangen ist. Er beginnt bei der Einleitung des Verfahrens und teilt mit, dass aufgrund des Wunsches des Widmungswerbers das Verfahren mit der Unterschrift des Referenten eingeleitet wurde. An Vizebürgermeister Lang stellt er die Frage, ob das nicht stimmt. Er stellt fest, dass die Vorprüfung von Vizebürgermeister Lang eingeleitet worden ist und meint dazu, dass er glaubt, dass das stimmt. Die Kundmachung ist auch von Vizebürgermeister Lang eingeleitet worden. Auch das stimmt, wie er glaubt. Momentan ist man in der Mitte des Verfahrens und das ist jener Zeitpunkt, in dem Einwendungen auf Grund der Kundmachung gekommen sind. Diese Einwendungen sind aus sachlicher Sicht zu beurteilen. Die fachliche Seite hat diese Einwendungen beurteilt und befunden, dass dies keine Einwendungen in dem Sinne sind, dass diese ausschlaggebend für die bevorstehende Widmung sind. Hier steht man momentan und nun, nach zwei Jahren, kommt es zu einer Kehrtwendung von Vizebürgermeister Lang. Dies deshalb, weil dieser irgendwo mit einigen Leuten Probleme bekommen hat, aber er möchte das jetzt nicht näher beschreiben. Jedenfalls tritt dieser nun in ängstlicher Pose der eigenen Beamtenschaft entgegen und sagt, dass den Einwendungen Recht gegeben werden muss. In dieser Phase hat sich Vizebürgermeister Lang vom Dialog mit der Interspar verabschiedet. Er erklärt, dass man nun keine Widmung, sondern die Einwendungen der Widmung behandelt. Nicht mehr und nicht weniger passiert jetzt. Er kommt nochmals darauf zurück, dass sich Vizebürgermeister Lang von einem Dialog mit dem Betreiber verabschiedet und damit auch von jeder Möglichkeit, wie dieses Projekt ausschauen könnte.

Er teilt mit, dass die große Sorge von Bürgermeister Manzenreiter am Anfang dieser Sitzung war, dass dieser Dialog abgebrochen wird. Der Dialog darf nicht abgebrochen werden, sondern es soll wieder an den Verhandlungstisch zurückkehrt werden, damit man etwas bewegen kann, und zwar etwas, das auch der Innenstadt nützen kann. Man will nicht, dass sich die Interspar auf ein Grundstück, das 22.000 m² groß ist, auf ein Grundstück, das fast 3.700 m² groß ist, auf ein Grundstück, das 2.000 m² groß ist, auf ein Grundstück, das 1.700 m² groß ist und auf ein Grundstück, das 2000 m² groß ist zurückzieht, wo diese aufgrund des Rechtsbestandes ohnehin machen kann, was diese will. Er wiederholt, dass sich Vizebürgermeister Lang in der Mitte des Verfahrens,

ohne mit dem Betreiber zu reden und ohne Sorge wie groß das Projekt jemals sein kann, verabschiedet hat. Er macht darauf aufmerksam, dass heute über den vorliegenden Amtsvortrag abgestimmt wird - nicht mehr und nicht weniger. Das ist aber genau der Punkt, denn diese Verfahrensweise wird die Dynamik der Stadt nicht weiterbringen und der Wirtschaft auch nichts bringen. Damit wird so ein großer Schaden zugefügt, dass man letztendlich erkannt hat, dass man dieses wichtige Referat der Stadtplanung und der Stadtentwicklung und somit auch die wirtschaftliche Dynamik dieser Stadt aus diesen Händen in eine andere Mandatsfunktion geben muss.

Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner bemerkt, dass sich der Antrag der ÖVP auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 18.) durch diese vielen Wortmeldungen begründet. Nachdem hier also des Weiteren versucht wird zu verhandeln und Lösungen zu finden, ist es umso notwendiger, diesem Antrag der Österreichischen Volkspartei die Zustimmung zu geben. Das gilt für die Damen und Herren aller Fraktionen.

Stadtrat Ladstätter hält fest, dass er einleitend bei seiner ersten Wortmeldung um 15.17 Uhr gesagt hat, dass man heute noch den demokratiepolitisch bedenklichen Machtakt der SPÖ sehen wird, bei dem Vizebürgermeister Lang das Referat entzogen werden wird. In dieser Wortmeldung hat er auch gesagt, dass die Freiheitlichen den Antrag der ÖVP in zwei Unterschriften, einmal geht es um die Wasserangelegenheit in Warmbad und das andere Mal um das Anliegen, welches der Klubobmann der ÖVP vorgebracht hat, unterstützen wird. Dies deshalb, weil die FPÖ der Auffassung ist, dass hier die SPÖ gefordert ist, weil diese in diesem Gemeinderat bestimmen kann, wie es weitergeht oder wie es nicht weitergeht. Er hat auch an die SPÖ appelliert, damit diesem Antrag stattgegeben wird. Damit wollte er nichts anderes zum Ausdruck bringen als das, was Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner ebenfalls gesagt hat, und zwar, dass es vielleicht notwendig ist, gerade aufgrund der Sensibilität im Bereich Warmbad, hier eben nachzuverhandeln. Abschließend hält er fest, dass er an und für sich die Nervosität der SPÖ nicht versteht.

Gemeinderat Ing. Karl Woschitz nimmt an der Sitzung teil; Gemeinderat Ewald Michelitsch verlässt die Sitzung.

Vizebürgermeister Pfeiler hält fest, dass ein Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 18.) vorliegt. Eine Bemerkung möchte er noch anbringen, und zwar, dass man froh sein könnte, wenn im Land Kärnten, in der Regierung, Andersdenkende bzw. politische Minderheiten auch ähnlich korrekt behandelt werden würden, wie man es in Villach tut, denn

hier geht man mit einer Mehrheit verantwortungsvoll um. Das wollte er zur Demokratiegesinnung festhalten.

Er verliest den Antrag des ÖVP Gemeinderatsclubs wie folgt: „Antrag gemäß § 41 Villacher Stadtrecht. Absetzung des Tagesordnungspunktes 18.) Anregung zur Änderung des Flächenwidmungsplanes KG Judendorf – Interspar Süd, Grundstück 58/1, KG Judendorf. Die ÖVP Villach hat zum Thema Interspar eine Gemeinde-Volksbefragung gefordert. Die Aktionsgemeinschaft „Ein Herz für die Villacher City“ hat mehr als 7400 Unterschriften für eine lebendige Innenstadt und gegen weitere Großmärkte am Stadtrand gesammelt. Über 200 Kaufleute haben ebenfalls ein Bekenntnis zur Innenstadt und gegen weitere Großmärkte unterschrieben. Dies zeigt, dass die Villacher Bevölkerung gegen eine Errichtung weiterer Einkaufszentren ist. Die Interspar E-Vote-Aktion der Kleinen Zeitung unterstreicht dies. Von 717 VillacherInnen haben 74 Prozent bekundet, dass das Mega-Projekt der Innenstadt schadet. Darüber hinaus hat die Villacher Volkspartei die Erstellung eines geologischen Gutachtens hinsichtlich der Problematik im Bereich des geplanten Mega EKZ's in Hinblick auf die Sensibilität der geologischen Bodenverhältnisse im gesamten Warmbader Feld, insbesondere auf das in nächster Nähe gelegene Thermalbad gefordert. Mit einer Änderung des Flächenwidmungsplanes erfolgt eine drastische Erweiterung der Geschäftsflächen! Aus diesen oben angeführten Gründen stellen nachstehend unterzeichnende Gemeinderäte folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge die Absetzung des Tagesordnungspunktes 18.) der 6. Gemeinderatssitzung vom 26. Juni 2001 beschließen.“ Er hält weiters fest, dass dieser Antrag von vier Mitgliedern des Gemeinderates unterschrieben ist und damit ordnungsgemäß eingebracht wurde.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(gegen die Stimmen der FPÖ-, der ÖVP- und der VIG-Fraktion),

folgenden Antrag der ÖVP-Fraktion abzulehnen:

„Der Gemeinderat möge die Absetzung des Tagesordnungspunktes 18.) der 6. Gemeinderatssitzung vom 26. Juni 2001 beschließen.“

Vizebürgermeister Pfeiler stellt fest, dass die Tagesordnung zeitgerecht zugestellt wurde und stellt diese zur Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion),

der Tagesordnung die Zustimmung zu erteilen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Sitzungstermine

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, dass als Termin für die nächste Sitzung des Gemeinderates Mittwoch, der 1. August 2001 in Aussicht genommen wurde. Er kann noch nicht bestätigen, dass diese Sitzung stattfindet. Es kommt darauf an, was an beschlussfähiger Materie von den Referenten vorgelegt werden wird.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 2.) Bericht gemäß § 74 Villacher Stadtrecht 1998

a) Außerplanmäßige Ausgaben

Bürgermeister Manzenreiter bringt den Bericht der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 07.06.2001, Zl.: FW-253/2001/Lk, zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 3.) Geschäftsverteilung - Änderung

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 13.06.2001, Zl.: MD 60d/01/01/Dr.M/Le.

Er stellt den Antrag, die Geschäftsverteilung gemäß dem Amtsvortrag, den er unterschrieben hat, neu festzusetzen. Obwohl das schon diskutiert wurde, möchte er dennoch noch einige Bemerkungen dazu machen. Er informiert, dass er nach seiner ersten Direktwahl zum Bürgermeister der Stadt Villach mit einer Gepflogenheit begonnen bzw. eine neue Situation herbeigeführt hat, die auch in seiner Partei heftig und nicht nur positiv diskutiert worden ist. Er hat nämlich trotz einer entscheidungsfähigen Mehrheit in dieser Stadt ein Schlüssel- bzw. Strategiereferat einer zweiten Partei überlassen, um demokratiepolitisch eine Aufwertung herbeizuführen. Wenn zwei Parteien Strategiereferate haben, ist seiner Ansicht nach anzunehmen, dass es eine breitere Basis geben wird. Für ihn gibt es zwei Referate, die Querschnittsaufgaben haben. Das eine ist das Finanzreferat und das zweite ist das Planungs- bzw. Stadtentwicklungsreferat. Er denkt, dass dort Zukunftsentscheidungen fallen, die von besonderer Bedeutung sind. Man hat das damals im Jahr 1991 im Gemeinderat der Stadt Villach beschlossen und man hat dann mit Stadtrat Truppe und danach mit Stadtrat Ertl zwei Planungsreferenten gehabt, die durchaus oft in konträrer Meinung zur Mehrheit gestanden sind, wo man aber versucht hat, Lösungen herbeizuführen, mit welchen beide Parteien, die SPÖ und die ÖVP, leben konnten und wenn es gut war, auch die anderen Parteien. Das heißt, dass versucht wurde, gemeinsame Lösungen anzustreben und er stellt fest, dass in dieser Zeit sehr viel weitergegangen ist.

Er stellt fest, dass man heute wieder vorexerziert bekam, dass Vizebürgermeister Lang, der erst in einem fortgeschrittenen Alter mit der Politik konfrontiert worden ist, dieses Angebot der Mehrheit – denn in der Demokratie sind 51 % die Mehrheit, in Kärnten sind es derzeit 42 %, aber in Villach immer noch 51 % - völlig falsch gedeutet und aus einem Zusammenarbeitsangebot, bei dem man sich für die Stadt zusammenstreitet, eine Totalopposition gemacht hat, die aus seiner Sicht mit dessen Übernahme der Funktion des Parteiobmannes eskaliert ist. Er teilt mit, dass Vizebürgermeister Lang als Neutraler – diesbezüglich bemerkt er, dass man auch neutral sein kann, wenn man bei allen Parteien ist – in die Politik gegangen und jetzt Parteiobmann geworden ist. Seit der Übernahme dieser Funktion als Parteiobmann, und das ist heute, wie er glaubt, eindeutig vorgeführt worden, ist die Situation so, dass dieser eine Fundamentalopposition führt. Er kann das schon verstehen, dass einerseits irgendetwas zurückkommen muss, nachdem er beim Postverteilzentrum auch gegen die Landespolitik, die es sonst nicht so gewöhnt ist, kritisiert zu werden, sehr massiv aufgetreten ist. Andererseits hat

Präsident Freunschlag als Parteiobmann der FPÖ gesagt, dass die FPÖ eine stärkere Konfrontation haben will. Daher mussten in Klagenfurt zwei Personen gehen, weil diese die Konfrontation nicht gesucht haben. Er kommt noch einmal zu einem Punkt zurück und teilt mit, dass man in der SPÖ lange darüber diskutiert hat und man wirklich einen Sinn darin gesehen hat, ein wichtiges Referat der zweiten Regierungspartei zu geben. Man wollte damit Konsenslösungen herbeiführen. Das war aber nicht möglich und ist nun eskaliert, wobei nicht nur die Frage, welche Strategie man hat, sondern auch die Frage, ob man sich auskennt, entscheidend ist. Er sagt das jetzt so, weil die Anwesenden nun sicher nicht mehr der Meinung sein können, dass die SPÖ nur behauptet, dass sich Vizebürgermeister Lang nicht auskennt, sondern diese wissen es nun selber, weil es auch im fachlichen Bereich Probleme gegeben hat.

Er möchte auch sagen, das Vizebürgermeister Lang einige Male das Stadtrecht, auf welches dieser vereidigt ist, nicht respektiert hat. Er glaubt auch, dass es nicht möglich ist, dass ein Planungsreferent behauptet, dass 52.000 m² gewidmet werden und somit Falschmeldungen aus Parteizwecken hinausgibt. Er hält es auch nicht für gut, dass die Vertraulichkeit gegenüber den Investoren nicht immer eingehalten wird. Er stellt daher ruhigen Gewissens den Antrag, diese Referatsänderung herbeizuführen. Einige werden, wie er glaubt, aufatmen. Herrn Vizebürgermeister Lang möchte er zwar keinen Rat geben, weil er jünger ist, obwohl er schon lang in der Politik ist, aber er möchte diesem vielleicht sagen, dass er lang im Geschäft ist und dass er glaubt, dass Vizebürgermeister Lang gar nicht weiß, was dieser nicht weiß. Er denkt, dass genau das das Problem ist. Daher kann es dann zu solch gefährlichen Situationen kommen, wie man es heute gehabt hat. Er möchte aber die Anwesenden beruhigen und teilt mit, dass er heute mit dem anwesenden Obmann der VIP-Kaufleute für morgen einen Termin vereinbart hat. Er erklärt, dass man auch dann weiterreden wird, wenn andere versuchen, Sand ins Getriebe zu bringen.

Vizebürgermeister Lang berichtet, dass ein Universitätsprofessor, welcher Politologe ist, unlängst etwas geschrieben hat und er zitiert wie folgt: „Wenn du von politischen Mitbewerbern gelobt wirst, dann musst du darüber nachdenken, was du falsch machst. Wenn du kritisiert wirst, dann ist deine Arbeit gut und wenn dir mit Referatsentzug gedroht wird und diese sogar durchgeführt wird, dann bist du am richtigen Weg und deine Arbeit ist ganz ausgezeichnet.“ Diesbezüglich erklärt er, dass er das auch so sieht.

Es ist richtig, und das hat auch Bürgermeister Manzenreiter richtig erkannt, dass die FPÖ auch in der Regierung ist und dass diese auch Regierungsverantwortung mit übernommen hat. Die FPÖ hat an Lösungen gearbeitet und er hat gemeinsam mit seinem Kollegen Stadtrat Walter Ladstätter Konzepte für den Stadtsenat erarbeitet. Es ist aber auch notwendig, eine Kontrollfunktion

wahrzunehmen. Das ist seiner Ansicht nach absolut notwendig und auch sehr wichtig, denn sonst wären verschiedene Dinge, die er im Anschluss auch noch aufzählen wird, nicht ans Tageslicht gekommen. Er möchte aber für sich in Anspruch nehmen, dass es ihm gemeinsam mit den Beamten seiner Abteilung gelungen ist, aus dem Planungs- bzw. Stadtentwicklungsreferat, welches sozusagen immer der Beiwagen war, ein strategisch ganz wichtiges und wie auch Bürgermeister Manzenreiter sagt, eines der wichtigsten Referate dieser Stadt zu machen. Dafür gebührt den Beamten seiner Abteilung, mit welchen er vier Jahre lang zusammenarbeiten durfte, der Dank. Er möchte sich bei diesen sehr herzlich bedanken und hält fest, dass er gemeinsam mit diesen sehr viel erreicht hat.

Er spricht die Aufschließung der Gewerbegebiete an, über welche 15 Jahre lang diskutiert wurde und worüber es kein Ergebnis gab. Es war keine Beruhigung der Wohngegenden zu erfahren, weil der Beschluss im Gemeinderat, dass es eine Aufschließungsstraße geben muss, nicht gefallen ist bzw. nicht getroffen wurde. Es ist ihm gelungen, aus zwölf Bürgerinitiativen binnen ganz kurzer Zeit ein Ergebnis zu erzielen. Das Ergebnis ist das, dass nicht nur die Planung fertig ist, sodass in ein paar Monaten mit dem Bau begonnen werden kann, sondern dass logischerweise auch die Finanzierung sichergestellt wurde. Er hält fest, dass Bürgermeister Manzenreiter immer gesagt hat, dass kein Geld da ist und die Finanzierung nicht sichergestellt ist. Er denkt, dass sich die Anwesenden erinnern können, dass er vor einigen Wochen gesagt hat, dass er die Verantwortung dafür übernimmt, dass sowohl vom Bund die ATS 100 Mio. kommen als auch vom Land Kärnten und er informiert die Anwesenden, dass diese Zusage nun eingetroffen ist.

Er teilt mit, dass er, nachdem er die Arbeit im Planungsreferat übernommen hat, immer wieder betont und gesagt hat, dass es einen Anschluss von der St. Magdalener Straße nach Neulandskron geben muss. Er denkt, dass Bürgermeister Manzenreiter heute wahrscheinlich noch ein paar Mal sagen wird, dass dieser ihm im Oktober einen Brief geschrieben hat, er diesem dann zurückgeschrieben und dass das Ganze dann so hin und her gegangen ist. Faktum ist, dass die Arbeiten von der Planungsabteilung so weit abgeschlossen worden sind, dass die Arbeitsgruppe, welche das erste Konzept von Warmbad bis hin zur St. Magdalener Straße erarbeitet hat, nun auch beauftragt wird, Varianten für die fünfte Draubücke zu erarbeiten. Nachdem er in der letzten Gemeinderatssitzung Bürgermeister Manzenreiter kritisiert und aufgefordert hat, die dafür notwendigen Mittel in der Höhe von ATS 850.000,-- frei zu geben, wurde das auch getan. Er stellt an die Anwesenden die Frage, was kommen wird. Er beantwortet diese Frage, indem er mitteilt, dass sein Nachfolger, Vizebürgermeister Pfeiler, in ein paar Tagen oder schon morgen eine Pressekonferenz geben und alles aufzählen wird, was schon vorher vorbereitet und zum Abschluss gebracht worden ist und was nur mehr zu unterschreiben ist.

Er denkt, dass Vizebürgermeister Pfeiler sagen wird, dass dieser das nun alles gemacht hat und daher muss er jetzt einmal aufräumen. Er teilt mit, dass diese Arbeit von ihm und seinen Beamten abgeschlossen wurde und die Arbeitsgruppe daran arbeiten kann. Es muss ganz sicher eine Verbindung von der St. Magdalener Straße hin nach Neulandskron geben.

Des Weiteren muss es auch eine Brücke nach Magdalen geben und er informiert, dass auch daran in seinem Noch-Planungsreferat schon gearbeitet wird. Diese wird es geben müssen, damit man die dortigen Grundstücke leichter erreichen kann. Auch das hat er immer gesagt und er teilt mit, dass er in dieser Sache mit Bürgermeister Manzenreiter immer einer Meinung war. Daher wurde selbstverständlich auch daran gearbeitet.

Es sind sehr viele Straßenplanungen erbracht worden, die letztendlich vom Baureferenten, Vizebürgermeister Pfeiler, umgesetzt wurden. Es wurden sehr viele Ortsplätze in den einzelnen Orten neu gestaltet und er bemerkt, dass das alles einer Planung bedurfte. Er möchte auch noch erwähnen, dass auch die Ossiacher Zeile, welche eine 30 Jahre alte Ampelanlage hatte, während seiner Zeit neu geplant, gestaltet und umgebaut wurde bzw. wird. Zur Zeit wird an dem vorerst einmal letzten Stück bis zur Brücke Nord gearbeitet. Er teilt mit, dass er heute Vormittag in der Verkehrskommission das Angebot gemacht hat, dass im Juli diese Arbeitsgruppe den Mitgliedern der Verkehrskommission auch Rede und Antwort stehen wird. Er informiert, dass er auch mit den Fachleuten, die in dieser Arbeitsgruppe waren, externe Berater, einen Termin ausgemacht hat, dass diesen Termin aber dann sein Nachfolger wahrnehmen wird. Er denkt, dass es natürlich nach einer Eingewöhnungsphase, wie es die Praxis ja immer wieder bei so großen Baumaßnahmen zeigt, zu gewissen Nachjustierungen kommen kann bzw. muss. Dabei geht es dann darum, dass eventuell eine Grünphase etwas kürzer oder länger gemacht werden muss. Dieses Gespräch wird es im Juli geben und er bemerkt, dass er es sich und seinem Referat gutschreiben darf, dass die Ossiacher Zeile verkehrssicherer und durchlässiger geworden ist und dass diese mit Rad- und Gehwegen sowie mit Übergängen versehen wurde.

Weil er immer wieder gefragt wird, warum es beim VEZ-Einkaufszentrum keinen Kreisverkehr gibt, möchte er etwas dazu sagen. Er informiert, dass es am 31.7.1996 von den Freiheitlichen einen Antrag gab, den Kreuzungsbereich beim VEZ mit einem Kreisverkehr zu versehen. Dieser Antrag wurde im Jahre 1996 von Bürgermeister Manzenreiter und der SPÖ abgelehnt, und zwar deshalb, weil diese meinten, dass es dort eine ampelgeregelter Kreuzung, wie man es nun vorfindet, geben muss. Er teilt mit, dass es ihm jetzt gelungen ist – diesbezüglich bemerkt er, dass auch die SPÖ lernfähig ist – alles auf eine Schiene zu bringen. Er informiert, dass er nun die Zustimmung seitens der SPÖ erhalten hat und dass bereits daran gearbeitet wird. Er macht auf die Stu-

die, die im Jahre 1999 erstellt wurde, aufmerksam und meint, dass basierend auf dieser Studie weitergearbeitet werden soll. Er hat Gespräche mit den Anrainern und mit Raiffeisen-Leasing geführt und er informiert, dass alle bereit und gewillt sind, dass dieser Kreisverkehr kommt. Auch das Straßenbauamt Villach und die Fachleute sind dieser Meinung. Er bemerkt, dass der Referent Vizebürgermeister Pfeiler diese begonnenen Arbeiten fortsetzen kann und er geht davon aus, dass es noch in dieser Legislaturperiode einen Kreisverkehr beim VEZ geben wird müssen.

Betreffend dem Stadtentwicklungskonzept, welches alle zehn Jahre neu zu erstellen ist, teilt er mit, dass drei Beamten der Planungsabteilung bereits zwei Jahre daran gearbeitet haben. Zum Vergleich möchte er mitteilen, dass in Klagenfurt zehn Fachleute in drei Büros am Stadtentwicklungskonzept arbeiten und dass diese um nichts schneller fertig geworden sind, als die Beamten in Villach. Er möchte auch hier den Dank an die Mitarbeiter aussprechen, vor allem an Herrn DI Kandutsch und dessen Team. Er informiert, dass dieses STEK noch eines Endgespräches bedarf, welches nächste Woche stattfinden wird, dass es dann unterschriftsreif ist und zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

Er stellt an die Anwesenden die Frage, worum es eigentlich geht. Es geht nicht allein um Interspar. Es geht darum, dass die SPÖ aus dieser Misere, in der sich diese jetzt befindet, herauskommt, denn letztendlich hat diese 8.000 Menschen gegen sich. Bürgermeister Manzenreiter versucht jetzt zu sagen, dass er, Vizebürgermeister Lang, nichts davon versteht. Er erklärt, dass man selbstverständlich alles über den Bebauungsplan regeln kann und dass man auch in der Fläche EKZ 1 nicht alles zulassen muss, aber er denkt, dass man das schon besprochen hat. Er stellt die Frage, was Bürgermeister Manzenreiter gestört hat. Diesen hat seiner Meinung nach gestört, dass die FPÖ zur Ehrenringverleihung von Herrn BMin. aD Fröhbauer, aus Gründen die bekannt sind, nicht die Zustimmung gegeben hat. Das war natürlich auch ein Thema, welches die Bevölkerung interessiert hat und welches auch medial abgehandelt wurde. Die FPÖ konnte die Zustimmung nicht geben. Er ersucht um Verständnis und stellt fest, dass es so war. Das ist Faktum und er bemerkt, dass auch Stadtrat Ladstätter schon über Magdalen gesprochen hat.

Weiters glaubt er, dass der Steuerzahler ein Recht hat zu erfahren, was der Freundschaftsvertrag mit Steffi Graf wert ist, denn es geht hier nicht um die Mittel der Politiker und auch nicht um das Geld des Bürgermeisters. Er informiert, dass es sich dabei um ATS 2 Mio. handelt. Weil das ein hoher Betrag ist, muss man das seiner Meinung nach einmal aussprechen bzw. sagen. Er erklärt, dass man hier in der Region Villach auch einen Botschafter hat, und zwar den Athleten Christian Mayer. Dieser hält sich sehr viel in Villach auf und ist bei vielen Veranstaltungseröffnungen, sei es Sport oder Kultur,

immer mit dabei. Aus seiner und aus der Sicht der FPÖ hätte man auch mit dem Weltklasseathleten Christian Mayer sprechen müssen, ob nicht auch dieser bereit wäre, Ferienbotschafter für die Region und die Stadt Villach zu sein.

Er hält auch fest, dass die FPÖ immer wieder aufgezeigt hat, dass das Kongresshaus einen Abgang von ATS 25 Mio. hat. Das interessiert die Leute. Seiner Meinung nach muss dieser Abgang minimiert werden. So kann und soll es nicht weitergehen. Die FPÖ hat auch diesbezügliche Vorschläge gebracht. Er berichtet, dass er am Sonntag etwas gelesen hat über das er sich gefreut hat - diesbezüglich bemerkt er, dass er heute schon einmal gesagt hat, dass Bürgermeister Manzenreiter lernfähig ist. Er teilt mit, dass die FPÖ in all den Jahren eine Marketinggesellschaft in Villach verlangt und gesagt hat, dass es einen Innenstadtbeauftragten geben soll. Dieser kann und soll aber nicht der verlängerte Arm des Bürgermeisters sein, sondern dieser soll in Kooperation mit der Innenstadtwirtschaft und der Bevölkerung Konzepte erarbeiten und die Stadt Villach so gestalten, wie man sich diese vorstellt und wie diese die Wirtschaft haben möchte. Die Stadt soll so gestaltet werden, wie es sich alle wünschen, die in Villach geboren und aufgewachsen sind und die in dieser Stadt deren Jugend verbracht und erlebt haben. Das ist eine Forderung, die die FPÖ durch viele Jahre hindurch gestellt hat. Am Sonntag hat er nun in einer Tageszeitung gelesen, dass Bürgermeister Manzenreiter sagt, dass ein City-Manager her muss und dass eine Stadtmarketinggesellschaft gegründet werden muss. Er ruft „bravo Bürgermeister Manzenreiter“ und bemerkt, dass es gut ist, dass die FPÖ diesbezüglich auch einmal die Zustimmung bekommt. Er möchte festhalten, dass der Stadt Wels, mit welcher Villach immer verglichen wird, ein gutes diesbezügliches Konzept ATS 17 Mio. wert ist. Das weiß er deshalb, weil er anlässlich der Städtebundtage mit Funktionären aller Parteien, auch mit den Sozialdemokraten, gesprochen hat.

Er meint, dass auch das Thema Sozialprojekt angesprochen werden muss. Die SPÖ hat dazu gefragt, was das überhaupt ist, weil diese das nicht gewusst hat. Das hat er gelesen und er nimmt an, dass es auch so gesagt worden ist. Die FPÖ hat die SPÖ dann aufgeklärt und gesagt, dass es sich dabei nicht um eine Zwei-Klassen-Gesellschaft handelt. Jetzt hat er gehört, dass die SPÖ für das Sozialprojekt ist, dass daran gearbeitet wird und dass dieses auch in Villach kommen soll. Er ruft „bravo SPÖ“ und bemerkt, dass das in Ordnung ist und dass die FPÖ froh ist, dass das kommt. Weiters informiert er, dass auch das ein Antrag der FPÖ war, welcher in der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht wurde.

Nun kommt er zum nächsten Thema, und zwar zur Widmung der Schrebergärten in der Unteren Fellach. Er informiert, dass Vizebürgermeister Pfeiler, der zu dieser Zeit noch Stadtrat war, damals sinngemäß gesagt hat, dass es ein

Wahnsinn ist, den Verkehr dort hinein zu bringen. Zwei oder drei Monate später ist dieser dann mit dem fertigen Konzept an die Öffentlichkeit gegangen und hat mitgeteilt, dass es eine Schrebergärten-Widmung in der Unteren Fellach geben kann. Er ruft wieder ein Bravo an die SPÖ aus, da sich diese auch in diesem Fall der Meinung der FPÖ angeschlossen hat. Er denkt, dass man all diese Dinge nicht durchbringen hätte können, wenn es nicht ihn als Planungsreferenten gegeben hätte.

Er berichtet, dass die belästigten Bürger entlang der Bahn durch viele Jahre hindurch immer wieder Lärmschutzwände verlangt haben und dass er zu Beginn seiner Tätigkeit in den Jahren 1997 und 1998 immer wieder gefragt hat, warum das in Villach nicht umsetzbar ist. Das ist deshalb nicht umsetzbar, weil Bürgermeister Manzenreiter immer gemeint hat, dass das ein Verursacherprinzip wäre. Er teilt mit, dass er aus anderen Ländern Stellungnahmen bekommen hat und dass man nun soweit ist, dass es auch in Villach Lärmschutzwände entlang der Bahn geben wird. Er erklärt, dass das auch sein Referat gemacht hat und dass er das unterschrieben hat.

Er muss noch einmal auf Magdalen zu sprechen kommen und er berichtet, dass er sich vor Jahren, er glaubt im Jahre 1998, eine Diskussion bei der Firma SEZ angehört hat. Damals war auch Frau Vizebürgermeisterin a.D. Mag. Kohl-Kircher am Podium anwesend und diese hat dort für die Stadt Villach, die ja eigentlich für Magdalen alle Konzepte erarbeitet hat, Stellung bezogen. Er denkt, dass sich die Anwesenden noch erinnern können, wie er bei einer Gemeinderatssitzung im Paracelsussaal gesagt hat, dass das Konzept Remgate auf Villach nicht 1:1 umzusetzen ist. Er hat in einer Diskussion, bei welcher Fachleute von der Siemens aus der Schweiz und aus Wien anwesend waren, zu Bürgermeister Manzenreiter gesagt, dass man die in Magdalen gewidmete Fläche von 32 ha verwenden soll und dass man in bzw. für Magdalen ein Konzept machen soll. Er bemerkt, dass Bürgermeister Manzenreiter immer die Meinung vertritt, dass dieser die Stadt nach außen vertritt und er erklärt, dass das schon in Ordnung und richtig ist. Nur er ist der Meinung, dass es seine Aufgabe ist, wenn aus seiner Sicht Dinge verdreht oder falsch gesehen werden, diese richtig zu stellen und diese so zu sagen, wie man diese in der Stadt sieht. Nach seiner Aussage bei der erwähnten Diskussion wurde eine Bebauungsstudie erstellt, vorgelegt und medial zur Kenntnis gebracht und er teilt mit, dass das draußen in Magdalen heute floriert und funktioniert. Er möchte festhalten, dass sich die FPÖ dabei sehr eingebracht hat und dass Frau Mag. Kohl-Kircher dabei federführend war und den Großteil erarbeitet hat. Er teilt mit, dass man sich, wie die Steirer da waren, angehört hat, wie diese über den Auto-Cluster in der Steiermark gesprochen haben. Er hat sich dabei seine Gedanken gemacht, ein sehr langes Gespräch mit Frau Mag. Kohl-Kircher gehabt und gesagt, dass das in Villach umzusetzen sein müsste. Daraus ist dann auch der Elektronik-Cluster entstanden, den man heute hat. Das ist das

Kind von Frau Mag. Kohl-Kircher, welche der SPÖ sicher sehr abgeht und er bemerkt, dass die SPÖ diese Lücke des Ersten Vizebürgermeisters bis heute nicht schließen konnte.

Er erklärt den Anwesenden, dass er noch weitere Aufzählungen machen könnte, dass er aber jetzt seine Rede beenden wird, weil das keine Bilanz sein soll und er nur die wichtigsten Dinge gesagt hat. Eines möchte er noch sagen, und zwar, dass er den Verfassungsdienst anrufen wird, weil das, was heute beschlossen wird, durch das Villacher Stadtrecht nicht gedeckt ist. Er denkt, dass Bürgermeister Manzenreiter das ganz genau weiß, genauso wie dieser aus seiner Sicht wissen musste, dass damals im Prozess Wanker Millionen den Bach hinuntergehen werden und die Steuerzahler dafür bezahlen werden müssen. Er informiert, dass Bürgermeister Manzenreiter und die Stadt Villach diesen Prozess verloren haben. An die Mitglieder der SPÖ gerichtet bemerkt er, dass diese zur Kenntnis nehmen sollen, dass er den Verfassungsdienst anrufen, diese Angelegenheit prüfen lassen und auf Richtigstellung und auf Einhaltung des Villacher Stadtrechtes pochen wird.

Frau Gemeinderätin Zimmermann teilt mit, dass die Grünen ganz am Anfang der Legislaturperiode Anträge gemacht haben, den Proporz abzuschaffen. Die Grünen waren der Meinung, dass die Partei, die die absolute Mehrheit hat, auch die Regierung allein machen soll. Wenn man eine absolute Mehrheit hat und damit in Wirklichkeit auch alles allein bestimmt, und das haben ihrer Ansicht nach in den letzten Jahren auch alle mitbekommen, so meinen die Grünen, dass man dann auch die Verantwortung allein zu tragen hat. So erfreulich es die FPÖ vielleicht empfunden hat, in der Regierung nun Verantwortung tragen zu dürfen, aber in Wirklichkeit hatte diese ihrer Meinung nach nie eine Chance, weil diese immer überstimmt war. In Wirklichkeit hat aber die SPÖ in den letzten Jahren allein geherrscht. Ab und zu hat diese Vorschläge der anderen Parteien entweder gleich angenommen, meistens hat diese die Anträge dann noch einmal selber gebracht oder diese hat überhaupt nicht gemacht, was andere Fraktionen wollten. Das ist einfach Sache. Sie hält fest, dass deshalb die Grünen es von Anfang an ehrlicher gefunden hätten, dass die SPÖ allein in der Regierung ist, denn dann weiß der Bürger wenigstens, dass das, was in der Regierung geschieht, von der SPÖ gemacht wurde. In der Regierung ist ein Verhältnis von 3:2. Das heißt, dass entweder das geschieht, was die SPÖ will oder die Regierung ist sich einig. Aber dass sich diese beide Gruppen nicht lange einig sind, das war für sie von Anfang klar. Diese waren sich nur einig, wenn es gepasst hat. In Wirklichkeit sind sich diese fast gehässig gegenübergestanden und ständig ist sachliche Politik in Kleinkrieg und Haklerei abgeglitten. Es war in den letzten Jahren fast nicht möglich, sachliche Kommunalpolitik zu machen. Das ist sehr schade und sie denkt, wenn man von Anfang gesagt hätte, dass auf der einen Seite die Regierung, die SPÖ, und auf der anderen Seite die Opposition, die ande-

ren Parteien – so wie es in Wirklichkeit nach der Stimmenstärke ist – steht, dann wäre das viel einfacher und ehrlicher gewesen und die FPÖ hätte dann die Rolle, die diese zwischendurch immer wieder spielt, nämlich die Opposition, auch wirklich wahrhaben können. Die FPÖ ist auf der einen Seite in der Regierung, aber nur mit der Hälfte, und auf der anderen Seite ist diese Opposition. Das passt ihrer Meinung nicht zusammen. Diese Sachen hat man ununterbrochen gespürt. Das ist die eine Sache, die sie zu diesem Punkt „Referatsentzug“ oder Regierung usw. sagen wollte.

Die zweite Sache ist die, dass sie von Anfang gefunden hat, dass die Referate nicht nur ungleich, sondern auch unklug aufgeteilt waren. Denn wenn man sich mit jemandem sehr gut verträgt ist es gut, aber das weiß man vorher eben nicht. Sie meint aber, dass es in diesem Fall von vornherein abzusehen war, dass man sich nicht so gut verträgt. Wenn man gemeinschaftlich arbeitet, hat der eine das eine Spitzenreferat und der andere hat das andere Spitzenreferat und man arbeitet zusammen. Wenn aber abzusehen ist, was schon nach der Wahl abzusehen war, dass diese zwei Gruppen nicht gut harmonieren, dann wäre es von Anfang besser gewesen, zum Beispiel Planung und Bau zusammenzutun und ganz andere Referate den anderen Referenten oder Gruppen zu geben. Natürlich ist das vorprogrammiert, dass da ein Stau bei der Arbeit entsteht und dass da ständig eine Reiberei ist. Eigentlich ist man aber da, um zu arbeiten. Die Gemeinderäte und der Stadtsenat sind vom Volk gewählt, um zu arbeiten und nicht um zu streiten. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die SPÖ vom Wähler die Mehrheit der Stimmen erhalten hat und es wäre ihrer Ansicht nach von Anfang an besser gewesen, wenn man gesagt hätte, dass man die Arbeit so teilt, dass die SPÖ die meiste Verantwortung trägt und die Regierung macht und die anderen die Opposition stellen. Wenn die SPÖ es zulässt, kann man noch sagen, dass man auch die anderen arbeiten lässt und man kann den anderen auch ein Referat geben. Es war immer davon geprägt, dass die FPÖ arbeiten durfte, wenn es die SPÖ zugelassen hat und wenn nicht, dann nicht. Das ist so. Ihrer Meinung nach war auch die FPÖ nicht schlau, denn diese hätte von Anfang an sagen können, dass diese sich auf das nicht einlässt. So hat sich aber die FPÖ schön hin und her treiben lassen – einmal hat diese gearbeitet, dann hat diese wieder nicht arbeiten dürfen. Für sie ist das alles ein Machtspiel, welches von Anfang an schlecht eingeteilt war. Sie wiederholt, dass der Gemeinderat da ist um zu arbeiten und nicht um zu streiten. Sie meint, dass man sich auf das besinnen soll, was man ist, und zwar Kommunalpolitiker und man soll für die Kommune arbeiten und nicht nur streiten.

Frau Gemeinderätin Möstl möchte dazu sagen, dass Vizebürgermeister Lang mit einem Spruch dessen Rede begonnen hat. Wenn man jemanden nicht will, dann lobt man diesen hinaus – so hat dieser sinn gemäß gelautet. Sie hält fest, dass es aber auch den folgenden Spruch gibt:

„Wenn jemand etwas zu verbergen hat, dann verteidigt sich dieser.“ Sie würde sagen, dass Vizebürgermeister Lang mit dem, was dieser heute geredet hat, bei jedem Redewettbewerb den ersten Preis machen würde, so schnell ist das über die Bühne gegangen. Wenn Vizebürgermeister Lang alle Sachen, die er heute erzählt hat, auch umgesetzt hätte ...

Aus dem Plenum kommt ein Zwischenruf, dass Vizebürgermeister Lang das auch gemacht hat.

Frau Gemeinderätin Möstl antwortet, dass dieser das nicht gemacht hat, denn sonst würde die SPÖ heute nicht hier stehen und das diskutieren. Sie erklärt, dass Vizebürgermeister Lang mehr für Villach arbeiten hätte sollen, denn dann würde man über diesen nicht reden. Von den Bürgern der Stadt Villach die Gage zu kassieren und für Klagenfurt zu arbeiten, das geht ihrer Ansicht nach wirklich nicht.

Frau Gemeinderätin Tilly bemerkt an Bürgermeister Manzenreiter gerichtet, dass Hass und Missgunst die Villacher Kommunalpolitik in den letzten drei Jahren von dessen Seite aus gegen die Freiheitlichen geprägt haben. Diese politische Unkultur gipfelt ihrer Ansicht nach nun im Referatsentzug von Vizebürgermeister Lang. Anscheinend kann oder will Bürgermeister Manzenreiter Erfolge der politischen Gegner nicht wahrnehmen. Auf ihre Person bezogen, konnten in Landskron mit Vizebürgermeister Lang so manche Probleme gelöst werden, vieles wurde jedoch durch die Mehrheitsfraktion von Bürgermeister Manzenreiter verhindert. Bezeichnend dafür ist auch, dass die vielen Anträge der Freiheitlichen, die nicht als Jux und Tollerei, sondern bezogen auf die Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung eingebracht wurden, von Bürgermeister Manzenreiters Mehrheitsfraktion zu 99,9 % abgelehnt wurden. Sie meint, dass das die Bevölkerung auch einmal wissen sollte.

Sie ist der Ansicht, dass das Verhalten von Bürgermeister Manzenreiter bei der Veranstaltung „Ein Herz für die City“ den Höhepunkt erreicht hat, wo dieser bei dessen Abgang, ohne die Bürgerinnen und Bürger anzuhören, wahrlich dessen große Bürgernähe bewiesen hat. Das ist auch treffend in der Kronen Zeitung vom 20.6.2001 nachzulesen. Sie hält weiters fest, dass Bürgermeister Manzenreiter dessen großes Herz auch bewiesen hat, indem dieser nicht in der Lage war, trotz Bitten und Vorsprechen der Eltern, für die schwerstbehinderten Menschen, die noch immer am Rande der Gesellschaft stehen, der Tagesstätte „Vier Jahreszeiten“ in Villach eine neue Bleibe zu ermöglichen. Diese musste nach Wernberg ausweichen, wo diese vom Bürgermeister von Wernberg herzlich aufgenommen wurde. Zur Information teilt sie mit, dass die Tagesstätte in Wernberg heute eine Herzeigeeinrichtung ist.

Abschließend stellt sie an Bürgermeister Manzenreiter die Frage, ob so eine gute Zusammenarbeit zugunsten der Villacher Bürgerinnen und Bürger aussieht, indem nur dieser mit dessen Mehrheitsfraktion die totale Macht ausübt. Sie meint, dass dieser ja nicht glauben soll, dass die Villacher Bürgerinnen und Bürger dessen derzeitige Vorgangsweise gut heißen.

Gemeinderat Dr. Lausegger erklärt, dass er in seinem Leben ein zunehmendes Harmoniebedürfnis verspürt. Vielleicht kann man das auch schon mit beginnender Altersgüte beschreiben. Das, was hier aufgeführt wird, ist ihm zunehmend widerlich. Man muss auch versuchen, diese Themen sachlich zu bearbeiten. Er erklärt, dass man dazu da ist, um die Interessen der Gemeindebürger zu bearbeiten und diesen zu dienen und nicht um hier widerliche Spiegelfechtereien zu betreiben und Auftritte nach Art der Löwinger-Bühne zu erleben. Es ist nicht notwendig, auf Vizebürgermeister Lang eine Laudatio zu halten. Dieser hat in dieser Periode mehr Sachen durchgeführt als in vorigen Perioden gemacht wurde. Er zählt die Gewerbeaufschließungsvariante auf, die jahrelang von Bürgermeister Manzenreiter verschlafen wurde. Früher hieß diese noch Süd-Ost-Tangente. Er teilt mit, dass er Zeuge war, als er noch Sozialdemokrat war, wie Bürgermeister Manzenreiter sagte, dass man mit dieser Süd-Ost-Tangente sehr vorsichtig umgehen muss, da die Perauer Parteigenossen diese nicht wollen. Bürgermeister Manzenreiter hat das also jahrelang verschlafen und erst Vizebürgermeister Lang hat es gemeinsam mit der Landes- und der Bundesregierung möglich gemacht, dass diese unbedingt notwendige GAV zur Realisierung kommt.

Er informiert, dass im Krankenhaus Villach jährlich 25.000 Verletzte versorgt werden, auch wenn Vizebürgermeister Pfeiler sagt, dass es nur ein paar Hand voll Verletzte wären. Ein Teil dieser Verletzungen passiert auf den Villacher Straßen und auf den Kreuzungen. Diesbezüglich hält er fest, dass die Freiheitlichen schon seit Jahren Kreisverkehre fordern, die von den Sozialisten abgelehnt wurden. Kreuzungen sind neuralgische Punkte in dieser Stadt und an diesen Kreuzungen passieren die Verletzungen.

Weiters berichtet er, dass die Freiheitlichen auf die Problematik bei der Ortsdurchfahrt in St. Martin hingewiesen haben. Auch die Erweiterung dieser Ortsdurchfahrt hat das Problem nicht gelöst. Es wurde leider in den vergangenen Jahrzehnten verabsäumt, die Untere Fellach und die Neue Fellach an die Westtangente anzubinden. Er denkt, dass es jetzt wahrscheinlich nicht mehr möglich ist, weil man nun eine sicher zu kleine Fußgängerbrücke gebaut hat. Er meint, dass man schon vor Jahrzehnten daran denken hätte müssen, die Untere Fellach an das Ortszentrum anzubinden. Er denkt, dass dort die Baumaschinen rasseln werden, wenn Herr Peter Löscher einmal die Augen zumachen wird. Es werden Wohnblöcke entstehen und es wird noch viel problematischer werden. Die Ortsdurchfahrt in St. Martin wird problematisch werden.

Er informiert, dass Vizebürgermeister Lang gemeinsam mit der FPÖ-Fraktion zweimal den Ausbau der Unter- und Oberwollaniger Straße gefordert hat, die sich in einem erbärmlichen Zustand befindet. Das wurde auch abgelehnt.

Frau Gemeinderätin Schaumberger wirft in einem Zwischenruf ein, dass Gemeinderat Dr. Lausegger dessen Straße eh durch eine Verfügung gemäß § 74 Villacher Stadtrecht bekommen hat.

Gemeinderat Dr. Lausegger meint an Frau Gemeinderätin Schaumberger gerichtet, dass sich diese immer als Bürgermeisterin von Wollanig gebärdet und nicht einmal das durchgegangen ist. Er erklärt, dass er weiterhin auf Vizebürgermeister Lang vertraut und diesem sein Vertrauen gibt.

Vizebürgermeister Pfeiler möchte nur noch ein persönliches Anliegen hinzufügen. Er erklärt, dass er sich sehr erschreckt hat, als er einen Autofahrer die VEZ-Kreuzung passieren sah, wo ein Kanalrohr zwei Meter in den Fußgängerraum hineingestanden ist und er glaubt, dass das Gemeinderat Dr. Lausegger war. Er möchte daher diesen bitten, diese tatsächliche Gefährdung von Fußgängern in Zukunft zu unterlassen.

Gemeinderat Baumann spricht Bürgermeister Manzenreiter an, weil dieser in dessen Rede vom Beliebtheitsgrad gesprochen hat. Er denkt, dass dessen Beliebtheitsgrad von Tag zu Tag sinkt und Bürgermeister Manzenreiter deshalb so reagiert. Er meint, dass Bürgermeister Manzenreiter und die Mehrheitsfraktion immer noch denken, dass diese mit 51 % immer 100 % Macht ausüben werden.

Um auf Vizebürgermeister Lang zu kommen, stellt er einige Fragen an die SPÖ. Wo war die SPÖ früher in Bezug auf die GAV? Wo waren die Leute der SPÖ, die bei Bund und Land waren? Warum sind da keine Mittel geflossen?

Er meint, dass die SPÖ auch in der Ossiacher Zeile schon lang die Möglichkeit gehabt hätte, das zu verwirklichen, aber das hat Vizebürgermeister Lang gemacht.

Zum Verkehr in der Innenstadt stellt er die Frage, warum die SPÖ den Antrag der FPÖ betreffend City-Bus 2 nicht genehmigt hat. Damit hätte man auch eine Entlastung und die Leute wären in der Innenstadt.

Aus dem Plenum wird die Frage gestellt wer das bezahlen soll.

Gemeinderat Baumann bemerkt, dass es keiner der Gemeinderäte oder Gemeinderätinnen sein wird.

Zum Markt stellt er fest, dass das ein leidiges Thema ist. Er stellt die Frage, wo Vizebürgermeister Pfeiler war, wie dieser damals dafür verantwortlich war. Er bemerkt, dass da auch nichts passiert ist. Auch der Kaiser-Josef-Platz ist ein leidiges Thema. Dieser ist ein gestorbener Platz.

Auf einen Zwischenruf von Frau Gemeinderätin Möstl bemerkt er, dass man mit einer Bücherei nicht viel erreichen wird.

Zur Aussage, dass zwei Parteien eine breitere Basis sind, bemerkt er, dass bei der SPÖ wahrscheinlich die zweite Basis immer die lächerliche ist.

Frau Gemeinderätin Schaumberger bemerkt in einem Zwischenruf, dass sie das nicht aushält.

Gemeinderat Baumann erklärt an Frau Gemeinderätin Schaumberger gerichtet, dass diese sowieso nie etwas aushält. Weiters hat er sich den Punkt „VIP-Kaufmannschaft“ aufgeschrieben, weil Bürgermeister Manzenreiter gesagt hat, dass mit dieser jetzt auf einmal ein Termin ist. Er stellt die Frage, wo die VIP-Kaufmannschaft die ganzen Jahre war. Einmal waren diese dort, wo diese was holen konnten und jetzt auf einmal kommen diese wieder zu den Sozialisten bzw. zur sozialdemokratischen Partei. Er stellt wiederum zwei Fragen. Wo waren die Sozialdemokraten wie das Chaos war und wie die Geschäfte zugesperrt haben? Wo haben sich diese für die Kaufmannschaft eingesetzt? Er bemerkt, dass jetzt auf einmal die Sozialdemokraten wieder munter werden.

Nun, eineinhalb Jahre bevor die Periode ausläuft, will die SPÖ Vizebürgermeister Lang die Leistungen aberkennen und diese zu sich hinüberholen, damit diese bei der Bevölkerung, bei der die SPÖ derzeit sehr schlecht aussieht, vielleicht noch ein paar Prozente aufholt. Aber er denkt, dass das der SPÖ nicht gelingen wird und er erklärt, dass die FPÖ trotzdem weiterarbeiten wird.

Frau Gemeinderätin Schmoller teilt mit, dass Bürgermeister Manzenreiter Vizebürgermeister Lang in der Kleinen Zeitung vom 30.5.2001 als Abstauber ohne eigene Ideen bezeichnet. Bürgermeister Manzenreiter wirft Vizebürgermeister Lang auch öffentlich vor, sich die Leistungen anderer an dessen Fahnen zu heften. Sie ist erstaunt darüber, dass sich Bürgermeister Manzenreiter nicht geniert so etwas Unverfrorenes kundzutun. Sie bemerkt, dass man heute schon anhand von vielen Beispielen gehört hat, dass es Bürgermeister Manzenreiter ist, der sich die freiheitlichen Ideen unter den Nagel reißt und als eigene hinstellt. Tatsache ist, dass Vizebürgermeister

Lang alle Vorarbeiten erledigt hat und Bürgermeister Manzenreiter, wenn es diesem gerade passt, bei Fertigstellung damit hausieren geht und sich feiern lässt. Sie denkt, dass Bürgermeister Manzenreiter es auch vergessen oder verdrängt hat, dass es Vizebürgermeister Lang war, der als erster die Ehrenamtlichkeit angesprochen und gemeint hat, dass man diesen einmal Danke sagen könnte. Nach Wochen bzw. Monaten hat Bürgermeister Manzenreiter zu einer Veranstaltung geladen, weil diesem diese Idee gut gefallen hat und weil es höchste Zeit war, an diese Menschen, die Unglaubliches leisten, zu denken. Tatsache ist, dass Bürgermeister Manzenreiter von sich aus ohne diesen Anstoß der Freiheitlichen nie in diese Richtung tätig geworden wäre. Sie hält fest, dass so Gott sei Dank auch die freiheitlichen Ideen schön langsam aber doch zum Wohle der Stadt Villach umgesetzt werden.

Frau Gemeinderätin Lukan bemerkt, dass es schon erstaunlich ist, wie die SPÖ mit Mandataren einer anderen Fraktion umgeht. Wenn einer in dessen Arbeit gut ist, dann wird dieser blockiert und behindert. Ist dieser hervorragend, so wie Vizebürgermeister Lang, dann wird diesem einfach das Referat entzogen. Anscheinend ist das auch eine Art von Demokratie, die aber nicht dem freiheitlichen Gedankengut entspricht. Für sie sind das Anzeichen einer Diktatur.

Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner möchte einige Betrachtungen ziehen, wie es zu diesen Entwicklungen kommt. Er bemerkt, dass die ÖVP und die Grünen vom Gemeinderat her eine Beobachterfunktion haben, wo diese feststellen können, dass es in den letzten Jahren, das ist nicht neu, zu einem Spannungsfeld zwischen FPÖ und SPÖ gekommen ist. Er ist sich nicht immer ganz sicher, ob das tatsächlich zum Wohl der Villacherinnen und Villacher passiert ist. Er stellt das deshalb fest, weil sich dieses Spannungsfeld des Stadtsenates in vielen Gemeinderatssitzungen widergespiegelt hat. Er erklärt hierzu, dass es schon richtig ist, dass man das differenziert beurteilen kann. Einerseits ist da die rechtliche Seite und wenn er sich diesbezüglich den § 65 des Villacher Stadtrechtes ansieht, hat er eine Frage an Herrn Magistratsdirektor Dr. Mainhart, und zwar, inwieweit diese Veränderung des Stadtsenates nach den gesetzlichen Richtigkeiten passiert. Wenn nämlich alles nach den gesetzlichen Richtigkeiten passiert, ist seiner Ansicht nach jener Punkt, den die freiheitliche Partei anführt, und zwar, dass diese den Verfassungsdienst anzurufen hat, überflüssig. Er denkt, dass hier vordergründig sozusagen die rechtliche Beurteilung durch den höchsten Beamten der Stadt Villach gefordert ist, um diesen Punkt aufzuklären. Sollte das nämlich der Fall sein, würde man sich die Diskussion über weitere Verfahren sparen. Die zweite Seite ist organisatorisch. Er hält fest, dass es richtig ist, dies wurde auch von Seiten der FPÖ und der ÖVP angedeutet, dass es Zeiten gegeben hat, in welchen jene Bereiche, die zusammenarbeiten müssen, damit es zu keinen Reibungsverlusten kommt, in einer Hand waren. Er erinnert insbeson-

dere an Planung und Bau. Was sich hier in diesem Wechselspiel von SPÖ und FPÖ abgespielt hat, ist diese wirklich nicht nur hier für die Anwesenden im Gemeinderat, sondern auch für die Bevölkerung spürbare Eskalation. Er sagt das deshalb so deutlich, weil es damit verbunden natürlich bei Entscheidungen auch immer wieder Reibungsverluste und Spannungen gibt.

Er teilt mit, dass er auch in der letzten Gemeinderatssitzung ganz deutlich gesagt hat, dass Vizebürgermeister Lang durchaus einiges an Leistungen erbracht hat, dass es aber in manchen Dingen, die für die Stadt Villach so wichtig waren, durchaus so war, dass es in der Frage Kaiser-Josef-Platz oder Postverteilerzentrum doch zu Entscheidungen gekommen ist, die nicht unbedingt rasch in der politischen Umsetzung und im Sinne der Villacherinnen und Villacher passiert sind. Dieses politische Agieren mag der Auftrag der Gesamtgruppe von Vizebürgermeister Lang gewesen sein oder dessen persönliche Entscheidung, aber das wagt er nicht, hier zu beurteilen oder zu bewerten.

Er bemerkt, dass das ein Spiel jener in der Stadt ist, die Regierungsfunktion ausüben. Es wurde heute auch schon von Frau Gemeinderätin Zimmermann deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es eben sehr schwierig für eine Partei wie die FPÖ ist, einerseits in gewohnter Weise Oppositionspolitik zu machen und andererseits im Gleichklang mit den anderen gemeinsame Regierungsentcheidung zu treffen. Er informiert, dass das die ÖVP veranlasst, sich hier bei der Abstimmung im Zuge der Enthaltung aus dem Bereich Planung nicht einzubringen und sich der Stimme zu enthalten.

Vizebürgermeister Pfeiler möchte festhalten - und das bezieht sich nicht auf die letzte Wortmeldung, welche sozusagen die offizielle Stellungnahme einer Gemeinderatsfraktion war, sondern auf die Wortmeldungen davor – dass sich die Sozialdemokraten an einer derartig niveaulos geführten Diskussion nicht beteiligen wollen, wo mit Unterstellungen und Unwahrheiten gearbeitet wird. Das ist nicht der Stil der Sozialdemokraten.

Frau Gemeinderätin Rettl begrüßt den hohen Gemeinderat und bemerkt, dass es ihr heute schwer fällt „hoher Gemeinderat“ zu sagen, weil sie sich oft, wenn es um das Herfallen über ein Stadtsenatsmitglied geht, welches nicht der sozialistischen Fraktion angehört, ...

Aus dem Plenum wird Frau Gemeinderätin Rettl durch einen Zwischenruf darauf aufmerksam gemacht, dass das sozialdemokratische Fraktion heißt.

Frau Gemeinderätin Rettl bemerkt auf diesen Zwischenruf, dass die SPÖ das Wort demokratisch aus deren Namen streichen sollte, weil das gesünder und ehrlicher wäre.

Sie setzt ihren angefangenen Satz fort und beendet diesen, indem sie mitteilt, dass sie oft denkt, dass sie nicht im Gemeinderat, sondern in der Muppet-Show ist.

Es ist sehr peinlich was hier passiert und sie bemerkt, dass dieser Gemeinderat heute Gott sei Dank in Landskron und nicht in der Stadt stattfindet, wo mehrere Zuhörer da wären. Sie schämt sich für die SPÖ und deren Demokratieverständnis, welches diese gänzlich verloren hat. Sie teilt mit, dass sie ihren Vorrednern eigentlich nichts mehr hinzuzufügen hat, weil die guten Taten von Vizebürgermeister Lang in der ganzen Stadt sichtbar sind, auch wenn die SPÖ ständig versucht hat, diese zu verhindern. Die SPÖ hat diese Leistungen zwar mit deren Mehrheit verzögert, indem Beistriche und Punkte verändert wurden, aber letzten Endes musste die SPÖ zustimmen, weil es sonst doch zu lange gedauert hätte.

Sie hat eine Reihe von Mitteilungsblättern seit dem Jahr 1988 mit, in welchen man zum Beispiel den verzweiferten Versuch, eine Tangente zusammenzubringen, nachlesen kann. Sie stellt fest, dass weder ein Stadtrat Truppe noch ein Stadtrat Ertl diese Tangente zusammengebracht hat und sie weiß sehr wohl, warum die SPÖ dieses schwierige Referat nie haben wollte, und zwar deshalb, weil es diesen einfach zu lästig und zu viel Arbeit war. Sie bemerkt, dass Vizebürgermeister Pfeiler in dessen Referaten anscheinend nicht ausgelastet ist und dieser deshalb ein bisschen etwas zu tun braucht. Es wird im Moment nur mehr ein bisschen sein, weil die Vorarbeit bereits von Vizebürgermeister Lang geleistet wurde. Damit Vizebürgermeister Pfeiler bei der Eröffnung richtig dasteht, möchte sie diesem die fremden Federn, mit welchen dieser sich schmücken wird, jetzt überreichen.

Sie übergibt auch an Frau Stadträtin Mag. Sandriesser eine Feder für das „Sozialwerk“.

Gemeinderat Zussner bemerkt, dass es das Spiel der Sozialdemokraten ist, Unruhe bei den anderen Fraktionen hervorzurufen und er erklärt diesbezüglich, dass die FPÖ aber darauf nicht hineinfällt.

Wenn Bürgermeister Manzenreiter heute sehr weinerlich darüber gesprochen hat, wie dieser unter einem Vizebürgermeister Lang gelitten hat, so stimmt er diesem nicht zu. Er denkt, dass Vizebürgermeister Lang Bürgermeister Manzenreiter etwas gefährlich geworden ist.

Er möchte aber auch zu seinen Vorrednern ein paar Worte abgeben. Zuerst zu Landtagsabgeordneten Gemeinderat Hinterleitner. Er meint, dass das, was Gemeinderat Hinterleitner heute hier vorgeführt hat, schrecklich ist. Die

ÖVP-Villach zeigt seiner Ansicht nach seit vielen Jahren kein politisches Rückgrad mehr und er denkt, dass durch die Vorsitzführung von Gemeinderat Hinterleitner mit der ÖVP-Villach in Zukunft wahrscheinlich überhaupt nicht mehr zu rechnen ist. Er macht Gemeinderat Hinterleitner darauf aufmerksam, dass Bürgermeister Manzenreiter heute bei dessen Eingangsstatement unter anderem auch Landesrat Wurmitzer und Bundeskanzler Schüssel schwerstens beleidigt hat und er bemerkt, dass darauf die ÖVP schweigt und das auch in der Thematik betreffend dem Referatsentzug von Vizebürgermeister Lang tut.

Er stellt die Frage, warum Vizebürgermeister Lang das Referat entzogen wird. Er ist der Meinung, dass das klar ist, und zwar, weil dieser ein erfolgreicher Kommunalpolitiker gewesen ist und in Zukunft auch sein wird. An Gemeinderat Maurer gerichtet bemerkt er, dass das einzige was dieser kann das ist, dort hinten zu lachen, denn herausgehen traut sich dieser eh nicht. Wenn heute über die Verantwortung für diese Stadt gesprochen worden ist, so meint er, dass diese Verantwortung Vizebürgermeister Lang und die FPÖ in Villach sehr wohl wahrgenommen haben.

Er stellt fest, dass die ÖVP-Villach heute zweimal bei einer Entscheidung umgefallen ist. Er berichtet, dass Bürgermeister Manzenreiter darüber gesprochen hat, dass dieser eine Strategie für die Stadt Villach entwickeln muss und er stellt diesbezüglich die Frage, warum dieser das tun muss. Seiner Meinung nach muss dieser das tun, weil Vizebürgermeister Lang diesem gefährlich geworden ist. Im Hinblick auf die kommende Gemeinderatswahl 2003 wird sich Bürgermeister Manzenreiter, wie es heute schon von Frau Gemeinderätin Rettl gesagt wurde, mit fremden Federn schmücken. Er hält fest, dass es in der sozialdemokratischen Partei so ist, dass andere säen und Bürgermeister Manzenreiter dann mit dessen Crew ernten will. An Bürgermeister Manzenreiter gerichtet erklärt er, dass sich die Villacher Bevölkerung das merken wird und dass dieser bei der Gemeinderatswahl 2003 nicht mehr diese 51 % bekommen wird um wieder 100 % Macht ausüben zu können. Er denkt, dass Bürgermeister Manzenreiter bei der Gemeinderatswahl 2003 diese 8.000 Unterschriften für die Villacher City zu spüren bekommen wird.

Er teilt weiters mit, dass Bürgermeister Manzenreiter auch über Vizebürgermeister Lang gesagt hat, dass dieser für diese Stadt gefährlich ist – das hat er sich mitgeschrieben. Er denkt sich, dass für diese Stadt einzig und allein Bürgermeister Manzenreiter gefährlich wird und er bemerkt, dass man heute dieses Schauspiel miterlebt hat. Er wiederholt, dass Bürgermeister Manzenreiter für die Innenstadt ein gefährlicher Bürgermeister ist und dass die Innenstadtkaufleute heute ja gesehen haben, für wen dessen Herz schlägt. Er denkt sich, dass in Zukunft unter dieser Amtsführung der Kaiser-Josef-Platz, dieser rote tote Platz, auf die gesamte Innenstadt weiter ausgedehnt wird und das hat Bürgermeister Manzenreiter zu verantworten.

Gemeinderat Helmut Treiber nimmt an der Sitzung teil;
Frau Gemeinderätin Edeltraud Pacher verlässt die Sitzung.

Gemeinderat Stefan ersucht die Anwesenden um etwas Aufmerksamkeit. Speziell an die erste Reihe gerichtet, weil dort immer so herzlich gelacht wird, möchte er vorweg festhalten, dass man am Lachen den echten Narren erkennt.

Er ist der Meinung, dass die Rechtfertigung, die Bürgermeister Manzenreiter zu dessen Show, die dieser am Rathausplatz bei der VIP-Kaufmannschaftsveranstaltung abgezogen hat, gebracht hat etwas zu spät kommt und für ihn den Eindruck einer späten Entschuldigung gemacht hat. Er kann aber Bürgermeister Manzenreiter für dessen weiteren holprigen Weg mitgeben, dass Rechtfertigungen nur dessen Grenzen markieren.

Nun kommt er aber zum Wesentlichen. Er berichtet, dass er mit großer Betroffenheit aus der Zeitung entnehmen musste, dass Bürgermeister Manzenreiter wieder einmal ein Zeichen von Schwäche und Inkompetenz setzt. Es zeigt sehr viel Schwäche und Hohnsichtigkeit, wenn man als Bürgermeister nicht akzeptiert, dass es jemanden gibt, der offenbar besser, schneller und beliebter ist als man selbst. Er erklärt, dass Vizebürgermeister Walter Lang mehrfach bewiesen hat, dass dieser mit Kompetenz, Zielstrebigkeit und Durchsetzungskraft ausgestattet ist und dadurch in den letzten Jahren für Villach unzählige Dinge umgesetzt hat. Dieser hat Großprojekte, von welchen man heute schon gehört hat, aber auch kleinere Anliegen und Projekte umgesetzt, die Bürgermeister Manzenreiter mit dessen Mehrheit seit 15 Jahren nicht geschafft hat. Er denkt dabei nur an das gerade laufende Projekt „Ortsdurchfahrt St. Martin“. Das ist ein Projekt, auf das die Bürger schon jahrelang warten und er informiert, dass es Vizebürgermeister Lang war, der hier federführend die Anliegen der Bevölkerung umgesetzt hat. Während Bürgermeister Manzenreiter noch immer untätig war, hat Vizebürgermeister Lang dessen Arbeit perfekt verrichtet und abschließend die Bevölkerung eingeladen, um diese zu informieren. Er teilt mit, dass es Bürgermeister Manzenreiter war, der damals eine ohne Beispiel noch nie da gewesene Zensur vornahm und nicht akzeptieren konnte, dass es in Villach jemanden gibt, der neue Wege der Zusammenarbeit mit den Bürgern gefunden hat. Bürgermeister Manzenreiter hat sich wie ein beleidigter Kobold benommen und die Beamten, welche wochenlang an diesem Projekt gearbeitet haben, zurückbeordert. Die Beamten durften den informationshungrigen Bürgern keine Auskunft geben und die Veranstaltung nicht einmal besuchen. Er ist der Meinung, dass man dieses Verhalten vielleicht von Kleinkindern akzeptieren könnte, aber von einem

Bürgermeister sicher nicht. Er teilt mit, dass das ein kleines Beispiel ist, das Charakter, Arbeitsweise und das Langtrauma von Bürgermeister Manzenreiter widerspiegelt. Traurig ist es seiner Ansicht nur, dass wieder einmal die Villacher die Leidtragenden sind. Leidtragend aus dem Grund, weil diese nicht nur einen hervorragenden Planungsreferenten verlieren, sondern weil der neue Referent ohnedies schon jetzt maßlos überfordert ist. Er erklärt, dass Bürgermeister Manzenreiter eine demokratiebedenkliche Aktion in diktatorischer Manier durchgesetzt hat und teilt mit, dass die FPÖ für solche Machtspiele nicht zu haben ist. Er fordert Bürgermeister Manzenreiter und dessen Fraktionskollegen auf, sich ein Beispiel an der Person Walter Lang zu nehmen, der mit dessen Ehrlichkeit, Anständigkeit und sozialer Kompetenz sowie durch professionelle Arbeit eine Schlüsselfigur in der Villacher Politszene ist und auch bleiben wird. Abschließend möchte er festhalten, dass jemand, der so innenstadtfeindlich ist, so ein Personalmobbing betreibt, überheblich ist und so eine Arroganz aufweist, einfach zuviel ist und aus diesem Grund erlaubt er sich, Bürgermeister Manzenreiter als Vorsitzenden stellvertretend für dessen Fraktion den Schwarzen Peter zu überreichen.

Frau. Gemeinderätin LAbg Steinkellner möchte eingangs Bürgermeister Manzenreiter sagen, dass dieser heute etwas gesagt hat, was nicht stimmt. Dieser hat behauptet, und das ist richtig, dass in Villach die SPÖ mit 51 % regiert. Dieser hat aber auch gesagt, dass in Kärnten die Mehrheit 42 % beträgt und dass diese dort regiert – das stimmt nicht. Sie erklärt, dass sich die FPÖ für alle Entscheidungen eine Mehrheit im Landes zu suchen hat. Diese hat zum Beispiel das vorletzte Budget gemeinsam mit der SPÖ beschlossen und das letzte Budget wurde gemeinsam mit der ÖVP beschlossen. Weiters informiert sie die Mitglieder der SPÖ-Fraktion, dass der Neubau des LKH-Klagenfurt wieder mit der SPÖ beschlossen wird. Man sieht, dass das das freie Spiel der Kräfte ist, welches dort notwendig ist und sie hält nochmals fest, dass es nicht stimmt, dass in Klagenfurt eine Mehrheit mit 42 % regiert bzw. regieren kann.

Sie bemerkt weiters an die SPÖ-Fraktion gerichtet, dass es eine Tatsache ist, dass das Budget 2001 in Klagenfurt von der SPÖ ganz gerne mitbeschlossen worden wäre. Abgeordnete der SPÖ – an Gemeinderat Sobe gerichtet bemerkt sie, dass dieser nicht lachen soll – haben gegenüber der FPÖ im Rahmen der Budget-Debatte zugegeben, dass das so ist und dass diese nicht zustimmen durften. Das wurde wortwörtlich erklärt. Diese durften nicht, weil es Anweisungen aus Wien gegeben hat. Sie bemerkt, dass das legitim ist, aber dass es nun einmal so ist.

An die Damen und Herren der ÖVP bemerkt sie, dass ihr Kollege, Herr Landtagsabgeordneter Gemeinderat Hinterleitner, behauptet hat, dass die ÖVP nicht für die Absetzung stimmen wird bzw. dass sich diese überhaupt nicht

dazu äußern wird. Für sie ist es klar, das ist im Gemeinderat so festgehalten, dass das eigentlich ein Nein zur Absetzung von Vizebürgermeister Lang bedeutet. Das ist so. Sie erklärt, dass sie sich eigentlich von der ÖVP schon erwartet hätte, dass diese hier klarer Stellung bezieht, wenn sich diese aus deren Langzeitgedächtnis die Situation von Stadtrat Pacher in Erinnerung gerufen hätte und wie es diesem und der ÖVP damals gegangen ist. Sie denkt, dass es aber in der Mentalität der ÖVP liegt, dass man sich am liebsten aus allem heraushält. Sie bemerkt, dass diese gezielte Diffamierung ohne wirklich sachliche Argumente und damit der Versuch von Bürgermeister Manzenreiter, einen politischen Mitbewerber schlecht zu machen, diesem sicherlich noch auf den Kopf fallen wird. Sie hält fest, dass die SPÖ die Bürger der Stadt Villach nicht für blind und dumm verkaufen kann und dass diese einer konstruktiven Zusammenarbeit und nicht diktatorischen Machthabensgelüsten das Ohr geben wollen.

Auf Zwischenrufe aus dem Plenum bemerkt sie an Frau Gemeinderätin Möstl gerichtet, dass es die FPÖ sehr ehrt, dass diese immer Landeshauptmann Dr. Haider ins Spiel bringt. Sie bemerkt, dass diese anscheinend ein Syndrom hat. Weiters erklärt sie, dass es einfach so ist, dass die Umfragen in ganz Kärnten eben ergeben, wie gut Landeshauptmann Dr. Haider und die Freiheitlichen stehen und sie bemerkt, dass das der SPÖ eben verdammt weh tut.

An Bürgermeister Manzenreiter gerichtet bemerkt sie, dass dieser heute einen demokratiepolitisch äußerst bedenklichen Akt setzt. Zu dem, was ihre Kollegen vorher schon angeführt haben, möchte sie noch ein ganz kleines Mosaiksteinchen dazufügen, und zwar dazu, dass immer wieder alle freiheitlichen Anträge hier in diesem Gemeinderat abgelehnt werden. Es betrifft den Ortsteil Völkendorf, wo sie und ihr Kollege Gemeinderat Ing. Andronik beheimatet sind.

Aus dem Plenum wird die Frage gestellt, wo Gemeinderat Ing. Andronik heute ist.

Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner antwortet, dass dieser heute entschuldigt ist und dass sie glaubt, dass dieser dem Fragesteller keine Rechenschaft schuldig ist. Sie bemerkt, dass sie auch nicht an die SPÖ die Frage stellt, warum deren Kollege Gemeinderat Leeb nicht da ist – das liegt ihr fern.

Sie berichtet, dass Gemeinderat Ing. Andronik und sie als Bewohner des Ortsteiles Völkendorf gemeinsam mit der FPÖ-Fraktion in der letzten Gemeinderatsperiode einen Antrag eingebracht haben, die Othmar-Crusiz-Straße in eine 30 km/h-Zone umzuwandeln und sie stellt die Frage, was dann gekommen ist.

Sie teilt mit, dass von der SPÖ dazu ein klares Nein gekommen ist. Etwas später ist dann Gemeinderat Kofler gekommen und hat auch diesen Antrag gestellt und sie informiert, dass heute die Othmar-Crusiz-Straße eine 30 km/h-Zone ist, weil es die SPÖ eingebracht hat. Das ist die Wahrheit.

An Gemeinderat Kofler gerichtet bemerkt sie, dass dieser weiß, dass sie damals auch die anderen Straßen miteinbezogen hat, die in der Zwischenzeit auch 30 km/h-Zonen sind. So ist es. Sie stellt fest, dass es Faktum ist, dass der Antrag von der FPÖ abgelehnt wurde.

An Frau Gemeinderätin Schaumberger gerichtet bemerkt sie, dass es nichts macht, wenn sich diese schon etwas langweilt. Sie möchte aber den Damen und Herren der sozialdemokratischen Fraktion in Villach nur eines sagen, und zwar, dass man noch ein bisschen warten soll, weil es nicht mehr lange dauert und man im Jahre 2003 Gemeinderatswahlen in Villach hat. Sie denkt, dass das Verhalten, das die SPÖ nun an den Tag legt und dieses machtpolitische Gehabe des Bürgermeisters und dessen Vizebürgermeisters diesen sicherlich auf den Kopf fallen wird, da von diesen eine Zusammenarbeit in keinsten Weise gewünscht wird.

Vizebürgermeister Pfeiler möchte für die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion nochmals festhalten, dass man sich an dieser wie erwartet unappetitlichen Diskussion nicht beteiligen will. Diese Diskussion war nicht nur unappetitlich, sondern hat auch von Widersprüchen nur so gestrotzt. Es wurde einerseits eine lange Erfolgsliste über Vizebürgermeister Langs Tätigkeit vorgelegt, für die dieser relativ wenig kann, und gleichzeitig haben einige Gemeinderäte auch gesagt, dass man Vizebürgermeister Lang nicht arbeiten ließ. Das ist für ihn ein großer Widerspruch, der sich auch noch vertieft hat. Zum Beispiel wurde der Ausbau der St. Martiners Ortsdurchfahrt von Gemeinderat Dr. Lausegger kritisiert und der nächste Gemeinderat hat das als Erfolg von Vizebürgermeister Lang präsentiert. Er ersucht, dass man sich vielleicht einmal innerhalb der FPÖ-Fraktion einig wird, was man selbst tut und was tatsächlich ein Erfolg ist.

Er möchte auch noch festhalten, dass Frau Gemeinderätin Retzl gesagt hat, dass hier über eine Person hergefallen wird. Diesbezüglich stellt er fest, dass in den ganzen Wortmeldungen, die man bis jetzt gehabt hat, nur über eine Person hergefallen worden ist und das war Bürgermeister Manzenreiter. Über diesen wurde hier in übelster Art und Weise ohne irgendwelche sachlichen Begründungen gesprochen. Als Beispiel führt er an, dass Gemeinderat Stefan diesem Personalmobbing vorgeworfen hat und er bemerkt, dass das ein rechtlicher Tatbestand ist und man diese Aussage noch überprüfen wird. Dies ist eine üble Unterstellung, weil Gemeinderat Stefan in dessen Wortmeldung jede Begründung schuldig geblieben ist. Er erklärt, dass er das mit „unappetit-

lich“ gemeint hat. Weiters teilt er mit, dass er mit „unappetitlich“ auch das meint, dass Vizebürgermeister Lang heute am Beginn auf einen Zwischenruf mit folgenden Worten geantwortet hat: „halt den Mund, wenn ich rede“. Das ist für ihn nicht gar so appetitlich und so eine Diskussion liebt die SPÖ nicht und so eine Diskussion will man nicht führen. Er berichtet, dass Bürgermeister Manzenreiter am Beginn einen sachlich begründeten Antrag eingebracht hat, zu dem man politisch anderer Meinung sein kann. Dieser Antrag ist schriftlich festgehalten und es gibt dazu ein Dokument, in dem die Argumente, die reiflich überlegt und fundiert wurden, entsprechend angeführt sind. In diesem Dokument sind keine Beschimpfungen enthalten und er hält für seine Fraktion fest, dass die SPÖ in dieser Form nicht diskutieren wird und dass man sich auf diese Ebene nicht hinunterbegibt.

Stadtrat Ladstätter glaubt, unappetitlich hin oder her, dass man sich gegenseitig nichts schuldig geblieben ist, wenn man die Entwicklung im Villacher Gemeinderat in den letzten zehn Jahren Revue passieren lässt. Einmal rechnet die eine Seite ab und dann wieder die andere. Wenn er die Hitliste jener zitieren darf, die gewaltig über die Strenge geschlagen haben, dann sind diese sicherlich nicht bei seiner Fraktion angesiedelt.

Zu seiner Fraktion möchte er festhalten, dass diese heute Korpsgeist bewiesen hat und er hält fest, dass sich die Gemeinderäte in deren autonomen Wortmeldungen das von der Seele gesprochen haben, was jeder von der FPÖ hier im Saal als Machtdemonstration des Bürgermeisters empfindet. Er berichtet, dass er Vizebürgermeister Lang in einem Gespräch erklärt hat, dass dieser die Situation so hinnehmen muss wie diese ist und er informiert, dass auch er einen Referatswechsel hinter sich hat. Dieser Wechsel fand im Jahr 1992 mit Stadtrat Pacher statt und er stellt fest, dass die Gründe dafür bekannt sind und er diese heute nicht mehr aufzeigen möchte.

Er möchte aber im Telegrammstil auf einige seiner Vorrednerinnen und Vorredner eingehen und er beginnt mit Frau Gemeinderätin Susanne Zimmermann. Es ist im klar, dass es hier deren Thema ist, dass diese sagt, dass man den Proporz abschaffen soll. An diese gerichtet bemerkt er, dass diese genau so realistisch ist, wenn diese weiß, dass hier gewisse Sachen geändert werden müssten. Mit der absoluten Macht der SPÖ kann die FPÖ in Villach insofern leben, als man weiß, dass, wenn man gut gemeinte Anträge einbringt, diese nicht die Zustimmung bekommen. Dazu gibt es unzählige Beispiele. Er bemerkt, dass der SOMA-Markt heute schon angesprochen wurde, worüber sich Vizebürgermeister Lang mit Bezug auf Frau Stadträtin Mag. Sandriesser bereits geäußert hat. Ihm ist ein Beispiel bestens in Erinnerung und das deshalb, weil Gemeinderat Oberarzt Dr. Wolfgang Lausegger heute sehr emotional zum Thema Unter- und Oberwollaniger Straße agiert hat. Auf das diesbezügliche Spektakel möchte er heute ebenfalls nicht mehr weiter eingehen.

Er teilt mit, dass die Situation in diesem Gemeinderat auch so ist, dass sehr viele Beschlüsse, er schätzt rund 92 oder 95 %, einstimmig gefasst werden. Wenn es dann die FPÖ politisch wagt und Kritik übt, ob diese etwas stärker oder weniger stark ist, ist es so, dass diese politische Entscheidungen, welche von der FPÖ nicht mitgetragen werden, nur dann mediales Echo haben, wenn diese mediale Begleitung bekommen.

Aufgrund der Unruhe im Saal bemerkt er an Bürgermeister Manzenreiter gerichtet, dass er weiß, dass im Anschluss eine Podiumsdiskussion stattfindet. Er denkt aber, dass Bürgermeister Manzenreiter zu dieser nicht rechtzeitig kommen wird.

An Frau Gemeinderätin Zimmermann gerichtet bemerkt er, dass er etwas nicht zur Kenntnis nimmt. Er hält fest, dass die Referenten keinen Arbeitsstau haben. Diesbezüglich schließt er keinen einzigen aus, auch nicht die SPÖ-Mitglieder. Das kann er sagen, weil er das sehr gut weiß, da alle Akte bei ihm zusammenlaufen und daher wirklich der Überblick gegeben ist. Er bemerkt, dass gewisse Sachen nicht erledigt werden können, weil gewisse sachliche Hindernisse dagegen sprechen. Er wiederholt, dass man keinen Arbeitsstau hat, auch wenn es nur fünf Stadtsenatsmitglieder gibt. Er ersucht Frau Gemeinderätin Zimmermann, das so zur Kenntnis zu nehmen. Das war das, was er dieser persönlich sagen wollte.

Zu Herrn Landtagsabgeordneten Gemeinderat Hinterleitner möchte er auch etwas sagen und er bemerkt, dass ihn die politische Willensbildung, die heute von der ÖVP an den Tag gelegt wurde, an und für sich nicht überrascht. Das deshalb, weil das politische Spiel nicht immer klar durchschaubar ist. Er hat heute die Mittagsnachrichten gehört, in welchen dem ÖVP-Landeschef gesagt wurde, dass dieser eben relativ oft in dessen politischen Entscheidungen wankelmütig ist. Da sich die ÖVP heute in die Abstimmung nicht einbringen wird, wie es gesagt wurde, bzw. sich der Stimme enthalten wird, ist für ihn das Faktum ganz klar, dass die ÖVP in Villach mutlos ist, denn er ist der Meinung, dass man zu einer Entscheidung Mut haben muss.

Er möchte auch auf die Situation der Stadtsenatsmitglieder eingehen und hält fest, dass es nicht die FPÖ war, die dieses Politspektakel, bei dem man versucht hat tagespolitisches Kleingeld zu sammeln, inszeniert hat. Es war die ÖVP, die die Forderung auf Reduktion der Stadtsenatsmitglieder von neun auf sieben erhoben hat. Er berichtet, dass man heute aufgrund einer demokratischen Abstimmung in der glücklichen Lage ist, dass es fünf Stadtsenatsmitglieder gibt, die diese Funktion quasi hauptberuflich ausüben. Eine interessante Entwicklung war seiner Ansicht nach das Szenario, wie es zur Abstimmung, ob neun, sieben oder fünf Stadtsenatsmitglieder, gekommen ist. Er

stellt fest, dass das ganz klar war. Das war der einzige Abänderungsantrag, dem die SPÖ in diesem Haus – es war im Paracelsussaal – die Zustimmung gegeben hat. Er bemerkt, dass mit dieser Entscheidung die ÖVP weg war und dass Faktum ist, dass sich diese nun bei der SPÖ anbiedert.

Er teilt mit, dass er auch auf die rechtliche Beurteilung von Herrn Landtagsabgeordneten Gemeinderat Hinterleitner wenig wert legt, weil sich die FPÖ das Stadtrecht angesehen und gelesen hat und dass § 65 bekannt ist. Er stellt fest, dass die politische Komponente so ist, dass Bürgermeister Manzenreiter mit dessen politischen Stärke heute den Referatsentzug vornehmen kann. Das ist die politische Entscheidung und er bemerkt, dass der Gemeinderat erst darüber abstimmen wird. Nun ist aber seiner Ansicht nach auch die rechtliche Situation von Bedeutung und diese ist äußerst bedenklich. Er berichtet, dass der vorliegende Amtsvortrag nur von zwei Personen unterschrieben ist. Zum einen vom politischen Referenten und zum anderen vom höchsten Beamten der Stadt Villach. Ob diese Unterschrift rechtlich hält, wird die FPÖ prüfen lassen.

Er kommt nun zu Bürgermeister Manzenreiter. Dieser hat in dessen Erläuterung zum Amtsvortrag sinngemäß gemeint, dass in dieser Stadt zwischen SPÖ und ÖVP Lösungen getroffen wurden, mit welchen beide leben konnten. Er bemerkt, dass das schon richtig ist, leben kann im Endeffekt immer der Bürgermeister, weil dieser nach außen hin die Stadt vertritt und wie immer diesem ein Referent zuarbeitet, ist es der Bürgermeister, der den Erfolg de facto einführt. Wenn hier von Unappetitlichkeit gesprochen wurde, muss er festhalten, dass es auch nicht die feine englische Art war, Vizebürgermeister Lang dessen Alter vorzuwerfen. Er möchte sagen, dass Vizebürgermeister Lang trotz fortgeschrittenen Alters einen sehr jugendlichen und vitalen Eindruck macht. Diesen jugendlichen und vitalen Eindruck trägt dieser nicht nur äußerlich zur Schau, sondern dieser ist auch innerlich im Herzen jung. Er erklärt, dass so ein Referatsentzug – diesbezüglich bemerkt er, dass er weiß, dass sicherlich wieder das Wort „Änderung“ statt „Entzug“ kommen wird – für den Betroffenen nicht unbedingt leicht hinzunehmen ist. Er informiert aber, dass man die erste Schrecksekunde bestens überstanden hat.

Weiters hält er fest, dass auch das Wort „Fundamentalopposition“ angeklungen ist. Er bemerkt, dass das ein Wort ist, welches man sehr gerne in Anspruch nimmt, und zwar immer dann, wenn es politisch dem Stärkeren nicht ins Gehege passt. Sonst heißt es, dass die FPÖ in der Regierung ist. Er erklärt, dass sich vor allem die Mehrheitspartei um seinen Kollegen Vizebürgermeister Walter Lang und um ihn keine Sorgen zu machen braucht. Er möchte den Anwesenden mitteilen, dass das erfolgreiche Villacher Modell auch in Klagenfurt umgesetzt wird.

Er teilt mit, dass die Freiheitlichen der Referatsänderung in vorgelegtem Amtsvortrag selbstverständlich nicht die Zustimmung geben werden. Die Freiheitlichen werden mit aller politischer Kraft gegen diesen Machtausbruch von Bürgermeister Manzenreiter und gegen die Entscheidung, die heute hier im Gemeinderat gegen Vizebürgermeister Lang gefällt wird, protestieren.

Zum Schluss kommend möchte er kurz auf die Person Vizebürgermeister und Stadtparteiobmann Walter Lang eingehen. Er stellt fest, dass Villach unter der Referatsarbeit von Vizebürgermeister Walter Lang aufblüht, genauso wie Kärnten unter der freiheitlichen Regierung aufblüht. Vizebürgermeister Lang hat viel umgesetzt, was Referenten vor diesem nicht geschafft haben. Diesbezüglich möchte er durchaus auch den Zeitfaktor berücksichtigen, denn auch die Referenten vor Vizebürgermeister Lang mussten Vorarbeit leisten und gewisse Sachen konnte eben dann Vizebürgermeister Lang umsetzen. Die Referenten vor Vizebürgermeister Lang waren Stadtrat Truppe und Stadtrat Ertl. Er bemerkt aber, dass Vizebürgermeister Lang aus dem Planungsreferat sehr viel gemacht hat und dass das Planungsreferat unter den Referenten Truppe und Ertl vielleicht nicht so öffentlich wirksam war. Das könnte seiner Ansicht nach durchaus der Grund sein, dass es heute zu dieser Veränderung kommt. Er informiert, dass Vizebürgermeister Lang die GAV in die entscheidende Aufbereitungsphase gebracht hat, dass Vizebürgermeister Lang die Marksituation gelöst hat, dass Vizebürgermeister Lang Lärmschutzakzente gesetzt hat, dass Vizebürgermeister Lang sehr viel Sozialkompetenz an den Tag gelegt hat, dass Vizebürgermeister Lang viele kleine Verkehrssituationen gelöst hat, die den Bürgern schon längere Jahre unter den Fingernägel gebrannt haben und dass Vizebürgermeister Lang die entsprechenden Weichenstellungen getätigt hat, damit man in Villach endlich mehrere Kreisverkehre bekommen wird.

Zum Schluss kommend möchte er Vizebürgermeister Lang namens seiner Fraktion zu dessen hervorragender Arbeit recht herzlich gratulieren. Er möchte auch noch sagen, dass es Vizebürgermeister Lang war, der in Zusammenarbeit mit dem damaligen Landesstraßenbaureferenten der wesentliche Motor war, dass man nun in St. Niklas einen Kreisverkehr hat, der auch sichtbar ist und von der Bevölkerung äußerst positiv angenommen wird. Er erklärt, dass die FPÖ heute unter schärfstem politischen Protest die Referatsänderung nicht zur Kenntnis nimmt.

Bürgermeister Manzenreiter hält fest, dass eine Gemeinderätin gesagt hat, dass er heute einen demokratiepolitisch bedenklichen Akt setzt. Er informiert, dass er früher mit einigen Gemeinderäten, die vor einigen Jahren in der Stadt Villach Verantwortung getragen haben, gesprochen hat. Diese waren aufs Äußerste erstaunt, dass am Beispiel Interspar der Referent, der im Gemeinderat keine Mehrheit hat, einen Amtsvortrag vorlegt, bei wel-

chem dieser nicht versucht hat, mit der Mehrheit zu reden, ob das möglich ist. Diesbezüglich bemerkt er, dass es das Ziel sein muss, eine Mehrheit zu finden, denn sonst ist alles umsonst. Er ist der Meinung, dass es genau das ist. Das ist im Grunde genommen die Herausforderung, bei der man ganz klar feststellen kann, dass es nicht darum geht, etwas zu lösen, sondern dass es darum geht, Rabatz zu machen bzw. Auseinandersetzungen zu haben. Das ist seiner Ansicht nach die entscheidende Frage und daher muss er sagen, dass der Akt vorher gesetzt worden ist. Er meint, dass man eine Mehrheit nicht permanent vor vollendete Tatsachen stellen kann und er bemerkt, dass hier der Schwanz mit dem Hund wedelt. Das geht eine Zeit lang, wenn man aber permanent der Mehrheit sagt, dass diese zur Kenntnis nehmen soll oder ansonsten dagegen stimmen muss, dann funktioniert etwas nicht. Er teilt mit, dass er am Anfang versucht hat zu erklären, wie das in der Periode 91 - 97 gegangen ist. Man hat sich zusammengestritten, dann ist etwas herausgekommen und dann hat es einen Amtsvortrag gegeben, der eine Mehrheit gehabt hat. Einmal hat die SPÖ ein bisschen mehr Recht gehabt und das andere Mal die anderen. Nun werden Amtsvorträge vorgelegt, mit welchen die Mehrheit vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Er stellt fest, dass die SPÖ Gott sei Dank demokratiepolitisch ganz andere Vorstellungen hat als die FPÖ. Diesbezüglich trennt die beiden Fraktionen sehr viel. Die SPÖ kann in deren Geschichte immer darauf hinweisen, dass diese auf der richtigen Seite gestanden ist. Wenn die FPÖ heute von Machtausbruch spricht, wenn jemandem Kompetenz entzogen wird und diese woanders hinverlagert wird, dann muss er sagen, dass es auch ein Machtausbruch war, wie dieser diese Kompetenz bekommen hat, denn das hat auch die Mehrheit beschlossen und er erklärt, dass man es gut gemeint hat.

In einem Zwischenruf wird bemerkt, dass Vizebürgermeister Lang es auch gut gemacht hat.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, dass dieser Versuch gescheitert ist und dass er auf das „gut gemacht“ nicht sehr stark eingehen wird, weil er das für einen Blödsinn hält. Jeder kann vor die Leute hintreten und sagen, dass man es selber gemacht hat, er stellt aber fest, dass das nicht glaubwürdig ist.

Er möchte weiters festhalten, dass die FPÖ fast auf den Tag genau vor sechs Jahren eine Kampagne gestartet hat, wo diese immer vom „Noch-Bürgermeister“ gesprochen hat und wo diese zu ihm gesagt hat, dass es nur mehr ganz kurz dauern wird und er dann eh nicht mehr Bürgermeister sein wird. Er teilt mit, dass er es vor vier Jahren zur Kenntnis nehmen hätte müssen, wenn es der Wähler so gewollt hätte und dass er es auch das nächste Mal zur Kenntnis nehmen wird müssen, wenn es der Wähler so entscheidet. Nur was die Damen und Herren der FPÖ so sicher macht, das weiß er nicht. Er

bemerkt, dass sich deren Parteiobmann noch vor wenigen Stunden sehr sicher war, dass das, was heute passiert, rechtlich nicht in Ordnung ist. Deren Klubobmann hat das schon relativiert und beruft sich auf einen Formalakt, denn rechtlich ist hier überhaupt nichts drinnen. Er bemerkt, dass aber auch der Klubobmann der FPÖ nur mehr von einem Formalakt wegen einer Unterschrift gesprochen hat. Er möchte mitteilen, dass auf einem Amtsvortrag, wie man es heute schon gesehen hat, eine Unterschrift ausreicht und das ist die des Referenten. Weiters informiert er, dass für einen selbständigen Antrag sogar die Unterschrift von nur einem Gemeinderat ausreicht. Das sind daher seiner Ansicht nach Ausflüchte, die relativ wenig Chance auf Erfolg haben.

Er berichtet, dass er Vizebürgermeister Pfeiler gebeten hat, dass ihm dieser eine Feder, die dieser von Frau Gemeinderätin Retzl erhalten hat, schenkt, denn er möchte diese weiterschenken. Er stellt fest, dass Vizebürgermeister Lang gesagt hat, dass dieser die GAV gemacht hat. Diesbezüglich informiert er, dass Vizebürgermeister Lang im April 1997 Referent geworden ist und dass die GAV im Juni 1997 im Gemeinderat beschlossen worden ist. Er stellt die Frage, ob die Anwesenden wissen, was dieser gemacht hat. Zur Ehrenrettung von Stadtrat Truppe, Stadtrat Ertl und ihm möchte er sagen, dass man nur mehr die Unterschriften auf dem fertigen Amtsvortrag ausgetauscht hat. Das war die Leistung von Vizebürgermeister Lang und er stellt fest, dass das die Situation ist. Daher übergibt er die Feder an Vizebürgermeister Lang. Er teilt mit, dass Stadtrat Truppe, Stadtrat Ertl und auch er zig Gespräche mit den Bürgerinitiativen geführt haben und dass diese den ganzen Schutt weggeräumt haben, der dort gelegen ist. Er wiederholt, dass es die Wahrheit ist, dass am Amtsvortrag der Name Ertl herausgestrichen und Lang hineingesetzt worden ist. Er meint, dass das auch die Erfolgsbilanz relativiert, die Vizebürgermeister Lang heute vorgelegt hat.

Er stellt fest, dass die SPÖ nun nachweislich die Partei für den kleinen Mann ist, denn inzwischen hat sich herausgestellt, dass das alles Fiktion war, was die FPÖ versucht hat, da diese ja für ganz etwas anderes ist. Er möchte ein bisschen so locker vom Hocker sprechen und bemerkt, dass er sich ein paar Mal schon fürchterlich amüsiert hat, vor allem wie Vizebürgermeister Lang davon gesprochen hat, dass dieser für eine weitere Brücke nach Magdalen ist und der Bürgermeister auch. Er erklärt, dass hinten die Herren sitzen, die Gas gegeben haben und die versucht haben, das weiter zu bringen und er denkt, dass diese sich noch mehr amüsiert haben als er es getan hat. Er informiert, dass es sich nicht um eine Brücke nach Magdalen, sondern nur in den Technologiepark handelt und er stellt fest, dass das Vizebürgermeister Lang noch nicht gemerkt hat. Er möchte nur am Beispiel GAV darauf hinweisen, dass nur mehr die Unterschriften ausgetauscht wurden. Auch die Verhandlungen über die Finanzierung war schon relativ weit, nur haben die Österreicher

dann anders entschieden - manche bereuen es eh schon - und es ist eine andere Regierung gekommen, die es dann machen musste.

Auf Zwischenrufe aus dem Plenum antwortet er, dass Bundeskanzler Klima nicht mehr konnte, weil dieser nicht mehr in der dafür vorgesehenen Position war.

Er bemerkt, dass es auch bei den Lärmschutzwänden und beim STEK so war, denn im Grunde genommen muss man wirklich sagen, dass das alles die Wertigkeit der GAV und des Austausches von Unterschriften hat – viel mehr ist das nicht.

Was wirklich schlimm ist und wo die FPÖ mit dieser Stadt wirklich grauslich umgeht, ist der Versuch, schon wieder jemanden, der sich für die Stadt zur Verfügung stellt, mies zu machen. Das ist etwas, was seiner Ansicht nach wirklich schlimm ist. Die FPÖ behauptet Summen, die nicht stimmen und verschiedenes mehr. Er erinnert sich, wie die FPÖ damals Heinz Kuttin, der dessen aktive Laufbahn äußerst erfolgreich beendet hat und der dann vom Skiverband eine tolle Ausbildung bekommen hat, um Manager des Villacher Stadions, Nachwuchsbetreuer und Trainer zu werden, in der Öffentlichkeit zerfledert hat. Die FPÖ hat behauptet, dass dieser Unsummen verdient usw.. Das hat die FPÖ mit Heinz Kuttin gemacht, der in Kärnten wirklich einer der besten Sportler war. Das ist damals passiert.

Vizebürgermeister Lang wirft in einem Zwischenruf ein, dass die FPÖ heute den Christian Mayer gelobt hat.

Bürgermeister Manzenreiter bemerkt an Vizebürgermeister Lang, dass dieser immer eine Antwort hat, mit der dieser gut aussteigt. Das ist keine Frage und er bemerkt, dass Vizebürgermeister Lang zu nichts steht. Er hält fest, dass die FPÖ damals Heinz Kuttin kaputt machen wollte und er informiert, dass heute die Skiläufervereinigung mit Heinz Kuttin als Trainer und Leiter der Alpenarena innerhalb des Österreichischen Skiverbandes österreichweit die Auszeichnung für die beste Nachwuchsarbeit erhalten hat. Er macht darauf aufmerksam, dass diese Auszeichnung nicht die Tiroler, Salzburger oder Vorarlberger erhalten haben, sondern das Nordische Zentrum in Villach mit Heinz Kuttin. Er denkt, dass es von der FPÖ gescheit wäre, wenn sich diese einmal bei Heinz Kuttin entschuldigen würde, weil es seiner Ansicht nach ein Witz war, was die FPÖ damals gemacht hat. Und nun versucht man das mit Steffi Graf auch über das Geld. An Vizebürgermeister Lang gerichtet erklärt er, dass dessen angeführten Summen nicht stimmen. Er informiert, dass demnächst ein Antrag in den Gemeinderat kommen wird, mit welchem das alles beschlossen wird, da kein Schilling ohne Beschluss hinausgeht.

Auf Zwischenrufe von Vizebürgermeister Lang über den Vertrag von Steffi Graf bemerkt er, dass dieser vorher etwas ganz anderes gesagt hat. Er informiert, dass Steffi Graf heute ...

Auf weitere Zwischenrufe von Vizebürgermeister Lang bemerkt Bürgermeister Manzenreiter, dass er sonst vom VSV zu reden beginnt und dessen Ära beim VSV. Er möchte das ganz offen sagen, aber er möchte es diesem ersparen. Er teilt mit, dass Steffi Graf am freien Markt für eine Autogrammstunde ATS 120.000,-- bekommt. Weiters hat ihm ein leitender Redakteur der Kleinen Zeitung, der im Sport sehr zu Hause ist, gesagt, dass mit Steffi Graf eine gute Wahl getroffen worden ist, da in den nächsten drei Jahren eine ganz große Chance besteht, dass Steffi Graf die Sportpersönlichkeit in Österreich wird. Das deshalb, weil diese eine Alleinstellung im Leichtathletikbereich hat, wogegen es beim Skifahren sehr viele gibt. Im Leichtathletikbereich gibt es zur Zeit nicht viele andere. Weiters informiert er, dass Steffi Graf vom Land Kärnten auch ein Vielfaches dessen bekommen würde, was diese von Villach bekommt. Er ersucht die FPÖ, das nicht weiter zu tun, denn das muss nicht sein, das tut weh. Man kann es als ungerecht empfinden, aber man muss das nicht tun.

Vizebürgermeister Lang bemerkt in einem Zwischenruf, dass er nur darauf aufmerksam gemacht hat, dass man Christian Mayer auch nehmen hätte können.

Bürgermeister Manzenreiter antwortet, dass er schon versucht hat zu erklären, dass Steffi Graf eine Alleinstellung hat und erfolgreich ist. Man wünscht sich natürlich auch, dass Christian Mayer wieder erfolgreich wird. Dass aber gleich von Millionenbeträgen gesprochen wird, findet er einfach skandalös.

Betreffend das CCV bemerkt er, dass man sich in anderen Städten unheimlich um ein Kongress-Zentrum bemüht. Weiters stellt er fest, dass Vizebürgermeister Lang Betriebsabgang mit Finanzierungskosten verwechselt. Weil Vizebürgermeister Lang immer so erfolgreich in Finanzierungsfragen ist - diesbezüglich bemerkt er, dass dieser nicht erfolgreich ist, sondern alles immer nur auf dessen Fahnen heftet – bemerkt er, dass es schön wäre, wenn man auch ein bisschen von dem bekommen würde, was andern versprochen worden ist. Speziell im Bereich der Garagensituation ist das der Fall, wo Vizebürgermeister Lang keinen Finger gerührt hat und wo jemand Landesrat Pfeifenberger informiert haben muss, so dass dieser der Meinung ist, dass man in Villach eine hervorragende Parksituation beim Kongress-Zentrum hat. So hat es dieser in einem Brief an ihn geschrieben.

Frau Gemeinderätin LAbg. Steinkellner erklärt in einem Zwischenruf, dass das in Klagenfurt noch nicht beschlossen wurde.

Bürgermeister Manzenreiter bemerkt darauf, dass er die Regierungsvorlage gesehen hat, die beschlossen worden ist. Er informiert, dass es einen Schriftverkehr gibt, in dem festgehalten ist, dass es für Villach nichts gibt, denn ansonsten würde die Finanzierung auch etwas anders aussehen. Er möchte Vizebürgermeister Lang sagen, dass es nicht richtig ist, Wels mit Villach zu vergleichen, weil es dort eine andere Situation im Stadtmarketing gibt. Das hat aber nichts mit Innenstadtförderung zu tun und er erklärt, dass die SPÖ das Stadtmarketing will. Das ist keine Frage.

An Frau Gemeinderätin Zimmermann gerichtet erklärt er, dass eine Alleinregierung nach der Verfassung nicht geht. Wenn die FPÖ überhaupt keine Agenden hätte, hätte Vizebürgermeister Lang die Möglichkeit, den heutigen Referatstausch anzufechten. Eine Alleinregierung ist also nicht möglich. Er glaubt auch nicht, dass es auf der kommunalen Ebene gescheit ist, das Prinzip der Zusammenarbeit der Parteien aufzugeben, weil eine Partei derzeit kein Interesse daran hat. In der Geschichte wird das eine kurze Zeit sein und daher sollte man es seiner Ansicht nach nicht aufgeben.

Zum Schluss stellt er fest, dass so viel gesagt wurde, dass er gar nicht auf alles eingehen kann. Er möchte nur soviel sagen, und zwar, dass die FPÖ heute den Eindruck vermittelt hat, dass diese doch in einer Scheinwelt lebt, wenn diese behauptet, dass sich sozusagen alle immer an die Freiheitlichen wenden. Folgendes hat ihm gezeigt, dass das nicht so ist. Er informiert, dass gestern der Marktbobmann Hermann Hartl, welcher auch nicht im Verdacht steht, Sozialdemokrat zu sein, da dieser auf der Liste der FPÖ steht, bei ihm um einen Termin ersucht hat.

Aus dem Plenum wird festgestellt, was Bürgermeister Manzenreiter alles weiß.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, dass bei der Kammerwahl alles öffentlich ist und Herr Hartl als freiheitlicher Kammerrat kandidiert hat. Er setzt seine Rede fort und teilt mit, dass Herr Hartl ihn mit einem Hilferuf, den Markt betreffend, kontaktiert hat. Diesbezüglich bemerkt er auch noch, dass Vizebürgermeister Lang dieses Referat nicht entzogen worden ist. Er meint, dass es um die FPÖ nicht so gut bestellt sein kann, da es einen zuständigen Referenten gibt und dann ein Hilferuf eines FPÖ-Funktionärs an den Bürgermeister kommt.

Vizebürgermeister Lang bemerkt in einem Zwischenruf, dass er schon weiß, was Herr Hartl sagen wird und er stellt die Frage, ob es verboten ist, dass dieser zu Bürgermeister Manzenreiter geht.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, dass Herr Hartl zwar zu ihm kommt und morgen einen Termin bekommt, aber dass dieser nicht mehr zur FPÖ kommen wird. Er stellt an Vizebürgermeister Lang die Frage, warum Herr Hartl nicht zu diesem geht, obwohl dieser der zuständige Referent ist.

Er glaubt, dass im Grunde genommen das heutige Zusammenfallen der beiden Tagesordnungspunkte 18.) und 3.) bestätigt, dass der Schritt, der heute hier gesetzt wird, richtig ist. Er ist davon überzeugt, dass die Zusammenführung von Bau- und Planungsreferat, welche bis 1991 ein Referat waren, weder zu einer Überforderung von Vizebürgermeister Pfeiler, weil dieser arbeiten kann, noch zu einer Einschränkung der Leistungsfähigkeit des Gemeinderates führen wird. Er glaubt eher, dass es nun besser gehen wird und er ersucht in diesem Sinne um Zustimmung.

Die **ÖVP-Fraktion** verlässt geschlossen den Sitzungssaal.

Die Vertreterin der **VIG-Fraktion** verlässt ebenfalls den Sitzungssaal.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion):

Gemäß § 63 Abs. 1 des Villacher Stadtrechtes wird die Geschäftsverteilung des Villacher Gemeinderates in der geltenden Fassung geändert wie folgt:

Bürgermeister Helmut Manzenreiter:

Aufgaben der Magistratsdirektion (MD);

der Geschäftsgruppenleitung der Geschäftsgruppe 1 – Behördenverwaltung, ausgenommen die Bereiche Land- und Forstwirtschaft sowie Straßenrecht;

der Geschäftsgruppenleitung der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft (GG 3), ausgenommen bezogen auf die Abteilung Tourismus (3/T);

der Geschäftsgruppenleitung der Geschäftsgruppe 4 – Soziales, Bildung, Kultur;
 der Geschäftsgruppenleitung der Geschäftsgruppe 5 – Organisation, Personal, Controlling (GG 5);
 des Kontrollamtes (KA);
 der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten der Stadt Villach (KFA);
der Stadtentwicklung (GG 2);
 des Feuerwehrwesens (2/BFK);
 der Abgabenverwaltung (3/A);
 der Bezugsverrechnung (3/B);
 der Buchhaltung und Einhebung (3/BE);
 des Congress Center Villach (4/CCV);
 des Wahl- und Standesamtes (4/WS);
 des Büros des Bürgermeisters (5/B);
 des Hauptbüros (5/H);
 der Informationstechnologie (5/I);
 des Personalwesens (5/P);
 der Pressestelle (5/PS);

sowie alle Angelegenheiten, die nicht ausdrücklich einem anderen Mitglied des Stadtsenates zugeteilt sind.

Erster Vizebürgermeister Richard Pfeiler:

Aufgaben der Geschäftsgruppenleitung der Geschäftsgruppe 2 – Bau (GG 2)
 ausgenommen bezogen auf die Bereiche Energiekoordination, Stadtentwicklungskonzept, Klimabündnis, Sachverständigentätigkeit für Nachbarschaftsschutz, Bauakustik, Brand- und Strahlenschutz, der Umwelt- und Sicherheitstechnik, Aufbau der Messtechnik, Durchführung von Messungen, Lärmkataster und Luftmessungen, Förderung von Lärmschutzmaßnahmen an Gemeindestraßen, Warn- und Alarmdienst im Krisen- und Katastrophenfall, Einsatzplanung nach dem Krisenmanagement und dem Katastrophenplan, Organisation des Zivilschutzes, Stellung des Flüchtlingsbeauftragten nach dem Flüchtlingsplan und der Strahlenfachbeamten nach dem Strahlenalarmplan und Feuerwehrwesen (2/BFK);
 der Geschäftsgruppenleitung der Geschäftsgruppe 6 – Service (GG 6) bezogen auf die Abteilungen Entsorgung (6/E), Stadtgarten (6/S) und Wirtschaftshof (6/W);
 der Bau- und Feuerpolizei (1/BF);
 des Hochbaues (2/H);
 der Liegenschaften und Wohnungen (2/LW);
der Stadt- und Verkehrsplanung (2/SV);

des Tiefbaues (2/T);
 der Vermessung (2/V);
 des Sportes und der Freizeitanlagen (4/SF);
 der Entsorgung (6/E);
 des Stadtgartens (6/S);
 des Wirtschaftshofes (6/W).

Zweiter Vizebürgermeister Walter Lang:

Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft und des Straßenrechtes aus dem Bereich der Geschäftsgruppenleitung der Geschäftsgruppe 1 – Behördenverwaltung (GG 1);
 der Energiekoordination, des Klimabündnisses, der Sachverständigentätigkeit für Nachbarschaftsschutz, Bauakustik, Brand- und Strahlenschutz, der Umwelt- und Sicherheitstechnik, des Aufbaues der Messtechnik, der Durchführung von Messungen, betreffend Lärmkataster und Luftmessungen, der Förderung von Lärmschutzmaßnahmen an Gemeindestraßen, des Warn- und Alarmdienstes im Krisen- und Katastrophenfall, der Einsatzplanung nach dem Krisenmanagement und dem Katastrophenplan, der Organisation des Zivilschutzes, der Stellung des Flüchtlingsbeauftragten nach dem Flüchtlingsplan und der Strahlenfachbeamten nach dem Strahlenalarmplan aus der Geschäftsgruppenleitung der Geschäftsgruppe 2 – Bau (GG 2);
 des Gesundheitswesens (1/G);
 des Gewerbes und der Veranstaltungen (1/GV);
 der Lebensmittel- und Veterinärpolizei (1/LV);
 des Natur- und Umweltschutzes (1/NU);
 des Strafamtes (1/S).

Diese Änderung der Geschäftsverteilung tritt mit 27.06.2001 in Kraft.

Die gesamte **ÖVP-Fraktion** und die Vertreterin der **VIG-Fraktion** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Pkt. 4.) Vertretung der Stadt in Verbänden

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 29.05.2001, Zl.: MD 20v/01/10/Dr.M/Le.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

An Stelle von Werner Lippitz wird **Herr Gemeinderat DI Günther Geretschläger** als Rechnungsprüfer in den Abwasserverband Faaker See und als Ersatzmitglied in die Mitgliederversammlung des Wasserversorgungsverbandes Faaker See-Gebiet entsandt.

Pkt. 5.) Aktion „Schulen ans Netz“ - Resolution

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom 01.06.2001, Zl.: 5/B-10c-schulen/01 Kö-Km.

Er teilt mit, dass vom Schulreferenten des Landes Kärnten eine Aktion „Schulen ans Netz“ angekündigt wurde und dass damals relativ hohe Zuschüsse durch das Land Kärnten versprochen wurden. Nun hat die Schulverwaltung der Stadt Villach dieses Konzept durchgerechnet und festgestellt, dass der Landesanteil bei einer vierjährigen Laufzeit lediglich 11 % und bei einer zehnjährigen Laufzeit 5 % wäre. Man sieht also, dass hier Ankündiger und Zahler in unterschiedlichen Positionen sind. Man will auf diesem Gebiet nicht schuldig werden, er erklärt aber, dass sich die Stadt das nicht leisten kann. Daher fordert man, dass das Land Kärnten jene Mittel, die am Beginn der Aktion versprochen wurden, auch entsprechend bereitstellt.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g,

nachstehender Resolution an das Land Kärnten die Zustimmung zu erteilen:

„Der Villacher Gemeinderat ersucht die Kärntner Landesregierung, die für das Projekt ‚Schulen ans Netz‘ ursprünglich zugesagten Investitionskosten bereitzustellen.“

Frau Gemeinderätin Hilde Schaumberger verlässt die Sitzung; an ihrer Stelle nimmt Frau Gemeinderätin Edeltraud Pacher an der Sitzung teil.

Pkt. 6.) Finanzausgleich im Land Kärnten - Resolution

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom 01.06.2001, Zl.: 5/B-10c-finanzausgleich/01 Kö-Km.

Er teilt mit, dass der Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden nicht zustande gekommen ist, weil das Land die entsprechenden Schritte, die zugesagt waren, nicht eingehalten hat.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g,

nachstehender Resolution an das Land Kärnten die Zustimmung zu erteilen:

„Der Villacher Gemeinderat fordert die Kärntner Landesregierung auf, die Verhandlungen zur Lösung der Fragen des Finanzausgleichs, die zu einer finanziellen Entlastung der kommunalen Haushalte führen sollen, beispielsweise durch Reduktion der Kostenanteile der Kommunen von bisher 60 % auf 50 %, Bindung der jährlichen Kostenbeiträge an die Entwicklung der Gemeindeertragsanteile und Abschaffung bzw. Ersatz der Landesumlage fortzusetzen und darüber hinaus die vereinbarte Deckelung des Gemeindeanteils zur Finanzierung des Abgangs bei den Krankenanstalten ehestmöglich gesetzlich abzusichern.“

Pkt. 7.) Private-Public-Partnership der Entsorgung der
Stadt Villach

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 6 – Service vom 10.06.2001, Zl.: 6/01/6E-PPP/Mag.Eg.

Wenn man die Internetseite des Österreichischen Städtebundes aufschlägt, wird man lesen, dass die Europäische Union Wettbewerbsbestimmungen für kommunale, privatwirtschaftlich erbrachte Leistungen einführen will. Er informiert, dass diese Diskussion weit fortgeschritten ist und auch Thema des Städtetages hier in Villach war. Das heißt, dass es einen Ausschreibungszwang für verschiedene Produkte, die derzeit die Gemeinden erbringen, geben wird. Er teilt mit, dass dieser Hinweis, der auch durch die Bürgermeister größerer Städte ganz heftig untermauert wurde, in Villach dazu geführt hat, dass man darüber nachgedacht hat, wie man dieser Situation, nämlich einem drohenden Verlust dieser Aufgaben für die Gemeindebediensteten, entgegen kann. Man hat im Bereich der Entsorgung weder den Weg der Privatisierung noch den Weg des „Kopf in den Sand Steckens“ gewählt, sondern man hat darüber nachgedacht und auch Gespräche geführt. Einerseits wie man eine bestmögliche Dienstleistung für die Bürger dieser Stadt erreichen kann, bestmöglich vom Preis und bestmöglich vom Service, und wie man für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die beste Situation erreichen kann und andererseits, wie man auch die Chance erhöhen kann, damit dieses Unternehmen in Zukunft, wenn es einen freien Markt geben wird, erfolgreich mitbieten kann.

Er informiert, dass zwei Gutachten in Auftrag gegeben wurden. Ein Rechtsgutachten und eines, das eine Marktanalyse durchgeführt hat, wer der bestgeeignetste Partner für die Zukunft wäre. All diese vorbereitenden Maßnahmen haben zu einem Ergebnis geführt, bei dem die beste preisliche Situation gesichert werden konnte und bei dem natürlich auch die Interessen der Mitarbeiter abgesichert werden konnten. Er möchte dazu auch noch festhalten, dass man nicht deshalb die Situation so eingeschätzt hat, dass Handlungsbedarf ist, weil man glaubt, dass die Entsorgungsbetriebe der Stadt schlecht sind, sondern man hat das deshalb getan, weil kommunale Entsorgungsbetriebe am Markt nicht die gleichen Chancen haben wie eine neue Gesellschaft. Das bedeutet, dass man kommunales und privatwirtschaftliches Know-how gebündelt hat. Er hält fest, dass man daher davon überzeugt ist, dass man so die bestmögliche Ausgangssituation für den neuen Wettbewerb, der um 2004/05 kommen wird, geschaffen hat.

Er glaubt, dass die Anwesenden bald sehen werden, dass einige Kärntner Städte dem Beispiel der Stadt Villach folgen werden, denn Verhandlungen sind dort schon weit gediehen. Das wird seiner Ansicht nach auch zeigen,

dass man hier richtig gehandelt hat. Er möchte weiters festhalten, dass es deshalb gut war, rechtzeitig zu entscheiden, weil man natürlich mit dieser Firma ab 1.7. am Markt leistungsfähig ist und das nicht nur in Villach, sondern man wird sich auch außerhalb der Stadtgrenzen umsehen. Weiters wird man dies nicht nur bei der kommunalen Abfallentsorgung, sondern auch im industriell-gewerblichen Bereich tun, bei dem natürlich ein viel größerer Anfall an Geschäft zu erwarten ist. Das heißt, dass man mit dieser Firma in Zukunft sozusagen ein bisschen der Hecht im Karpfenteich sein könnte. Das ist die Situation und er ersucht daher, dem vorliegenden Amtsvortrag zuzustimmen.

Stadtrat Ladstätter meint, dass das wieder ein typischer Fall ist, wie man diesen heute in irgendeiner Form auch schon besprochen hat. Er stellt fest, dass immer dort, wo die Freiheitlichen aus innerster Überzeugung, aus politischer Überzeugung und nach sachlicher Beurteilung der Unterlagen im höchsten Gremium der Stadt politisch die Zustimmung geben, das Ganze zur Kenntnis genommen wird. Findet die FPÖ ein Haar in der Suppe, wird schon wieder leise gesagt, dass die Freiheitlichen wieder etwas krank reden oder schlecht machen wollen. Hat die FPÖ mehrere Fragen, dann ist diese schon wieder am Rande der Fundamentalopposition. Er hält fest, dass sich das, von ihm etwas überzeichnet, in etwa so abspielt.

Er teilt mit, dass seine Budgetrede im heurigen Jahr das Thema „Private-Public-Partnership“ angezogen hat und dass er nach seiner Rede im Gemeinderat im Hinblick auf die Bestattung an Bürgermeister Manzenreiter einen Brief geschrieben hat, da aufgrund der Spielregeln, die man hat, hier eben die Kompetenz beim Bürgermeister in Zusammenarbeit mit den zuständigen Referenten liegt. Er hält fest, dass er sich in Zusammenarbeit mit seiner Fraktion und mit externen Beratern die Situation genauestens angesehen hat. Er bemerkt, dass man bereits medial im Wirtschaftsteil der Kleinen Zeitung vom 9.6. lesen konnte, dass hier etwas kommt. Er führt aus, dass in diesem Bericht der Bürgermeister der Stadt Villach sinngemäß gesagt hat, dass es eigentlich nur drei Wege gibt, damit sich die Gemeinden im Hinblick auf die bevorstehenden Ereignisse absichern können und dass ein Weg davon eben Private-Public-Partnership ist.

Er teilt mit, dass dieses aus der Sicht der FPÖ gelungene Netzwerk mit diversen Gutachten professionell aufbereitet ist und dass die FPÖ heute natürlich die Zustimmung dazu geben wird. Er möchte aber auch festhalten, dass diese Situation schon ein wenig in die Richtung geht, wo die Freiheitlichen bereits über mehrere Jahre hindurch Privatisierungen fordern. Auf diese Feststellung legt er wert. Er hält weiters fest, dass dies politisch gesehen aus der Sicht der FPÖ eine schleichende Privatisierung ist. Dies deshalb, weil im Stellenplan für das kommende Jahr diese 66 Dienstposten sicherlich im Anhang ausgewiesen werden. Er bemerkt, dass er selbst dem Kontrollamt einmal medial

ausgerichtet hat, dass sich diese nicht mit Sterndeutereien beschäftigen sollen und dennoch möchte er dies heute tun, weil er sich sicher ist, dass es so sein wird, dass Bürgermeister Manzenreiter am Ende des heurigen Jahres oder am Anfang des nächsten Jahres bei der Budgetsitzung diese de facto schleichende Privatisierung, die sich im Stellenplan niederschlägt, als dessen Erfolg als Personalreferent feiern wird.

Er macht darauf aufmerksam, dass es im Zusammenhang mit der Müllsituation viele Wortmeldungen der Freiheitlichen gibt, insbesondere von Gemeinderat Ing. Andronik und er bemerkt, dass eigentlich alle Prognosen aufgehen. Die Situation in der Müllproblematik hat bereits die Schmerzgrenze erreicht. Die Kostensteigerungsfaktoren sind sicherlich im internen wie auch im externen Bereich zu finden. Die internen Bereiche möchte er nur ganz kurz durchleuchten, die externen Bereiche sind seiner Meinung nach sicherlich im Altlasten-Sanierungsgesetz zu suchen. In diesem Zusammenhang ist aus seiner Sicht auch Spittal bei den großen Gewinnern dabei, da Spittal, obwohl hier zwei SPÖ-Mandatare am Werk waren, eigentlich geschickt verhandelt hat und Villach über den Abfallbeseitigungsverband fleißig bei der gesamten Mülldeponieangelegenheit in Spittal mitzahlt. Aus seiner Sicht und aus freiheitlicher Sicht ist dieser Weg des Private-Public-Partnership der erste Weg der, wie er gesagt hat, schleichenden Privatisierung, aber sicherlich eine Privatisierung in einem der vielen Dienstleistungsbereichen, die die Stadt Villach derzeit noch ausübt.

Er erklärt, dass man sich noch fraktionell beraten wird, er aber überzeugt davon ist, dass es fast besser ist, wenn man überhaupt keine Anträge mehr stellt, sondern einfach die Zeit für einen arbeiten lässt. Er hält fest, dass Bürgermeister Manzenreiter, der sich selbst den Namen des Reformers gegeben hat, fleißig reformiert und das auch weiterhin tun wird. Seitens der FPÖ wird man diesen aber auch noch ansprechen und Schwachstellen in Dienstleistungsbereichen mitteilen. Er ist überzeugt, dass viele andere Bereiche ebenfalls noch in dieser Art, wie es bei den Entsorgungsbetrieben durchgeführt wird, gelöst werden müssen.

Abschließend teilt er mit, dass die Freiheitlichen nach eingehendem Studium aller zur Verfügung gestellten Unterlagen heute diesem Model die Zustimmung geben werden und er hofft, dass politische Anträge der FPÖ-Fraktion vielleicht einmal bei der Mehrheitspartei politisches Gehör finden werden.

Frau Gemeinderätin Zimmermann bemerkt, dass das Wort „schleichende Privatisierung“, das ihr Vorgänger verwendet hat, von diesem eigentlich positiv gemeint war. Sie empfindet dieses Wort aber fast als eine schleichende Krankheit. In diesem Zusammenhang sieht sie es vielleicht schon als positiv, aber im Allgemeinen eben nicht. Deswegen möchte sie an

dieser Stelle einfach etwas Prinzipielles sagen. Sie teilt mit, dass es für die Grünen eine zentrale Aufgabe des Staates ist, für einen Interessens- und Machtausgleich zwischen verschiedenen Bereichen zu sorgen. Zum Beispiel innerhalb der Gesellschaft zwischen der Mehrheit und der Minderheit oder zwischen den Interessen der Bevölkerung und jenen der Wirtschaft. Das richtige Ausmaß der staatlichen Regulierung in Wirtschafts- und Sozialbereich ist Gegenstand permanenter politischer Auseinandersetzung. Geht es dem einen um die Sicherung des Rechtes auf freie Entfaltung, da ist sicher die Wirtschaft gemeint, dann geht es dem anderen um soziale Sicherheit, ökologische Intaktheit und Zukunftssicherung. Aus der derzeitigen Sicht der Grünen gibt es Schlüsselbereiche wie Energie, Wasser, öffentlicher Verkehr, Gesundheit und Sicherheit sowie Bildung und Kultur, in welchen es notwendig ist, dass die öffentliche Hand wesentliche Aufgaben übernimmt bzw. nicht aufgibt. Privatisierungen schmälern in solchen zentralen Bereichen tendenziell die Einflussmöglichkeit des Staates. Sie hält fest, dass nach Auffassung der Grünen der Staat eine aktive Politik machen soll und dessen Regulierungsaufgaben sehr wohl nachkommen soll.

Sie teilt mit, dass die Grünen in diesem Bereich der Entsorgung sicher auch die Zustimmung geben werden. Sie möchte aber schon warnen, dass diese schleichende Privatisierung, wie es ihr Vorgänger positiv gesagt hat, nicht wirklich im Magistrat rundum greift, so dass es im Endeffekt nur mehr 30 % der derzeitigen Magistratsbediensteten gibt, damit man dann – ironisch gesagt – stolz vom „Super-Stellenplan“ sprechen kann.

Gemeinderat LAbg. KR Hinterleitner berichtet, dass sich auch die Österreichische Volkspartei mit diesem Punkt „Private-Public-Partnership“ intensiv auseinandergesetzt hat und dass auch er glaubt, dass die Vorarbeit zu diesem Konvolut eine sehr umfangreiche und sehr intensive war, die also durchaus dokumentiert, dass dies der erste und richtige Schritt in eine Privatisierungsentwicklung ist. Er denkt, dass man am Beispiel dieses Vorganges bei der Müllentsorgung dann auch feststellen können wird, in welcher weiteren Form es auch möglich ist, andere Bereiche zum Teil oder ganz zu privatisieren. Er führt aus, dass dieser Vertrag auf 15 Jahre abgeschlossen ist und dass zwei Geschäftsführer, einer aus dem Stadtbereich und einer aus dem Bereich der Privatwirtschaft, vorgesehen sind. Er glaubt, dass diese Angelegenheit hochinteressant ist, weil es hier zu einem Gesellschaftsvertrag gekommen ist, der zu 50 % aus der Privatwirtschaft und zu 50 % aus der Stadt zusammengeführt ist.

Wenn man in Zukunft sieht, dass diese Entscheidung von Erfolg gekrönt ist, dann wird man auch sehen können, in welchen anderen Bereichen man die Möglichkeit hat, Veränderung vorzunehmen, oder diese Form des Private-Public-Partnerships eben weiterzuentwickeln, weil dies ja eine Form der Pri-

vatisierung ist. Er glaubt, dass es gut und richtig ist, dass sich die Stadt Villach diesem Thema widmet.

Bürgermeister Manzenreiter dankt für diese äußerst sachlichen Beiträge, denn die Situation ist hier so, dass man einen privaten Partner gefunden hat und er daher dankbar ist, dass dieser private Partner heute in keine Diskussion hineingezogen worden ist, denn es wäre das Schlimmste, wenn ein erfolgreiches Unternehmen in eine politische Diskussion kommt.

Er möchte auch festhalten, dass er es immer schon für unzulässig gehalten hat, wenn vom Bund, Land oder von anderen Städte Diskussionen über den Stellenplan geführt worden sind und gesagt wurde, dass man der große Sparmeister ist, obwohl man dies nur erreicht hat, indem einfach etwas ausgegliedert wurde. Das ist aus seiner Sicht für all die möglich, die von diesem Geschäft keine Ahnung haben. In Wahrheit ist dies aber keine Maßnahme, um den Stellenplan aus Effizienzgründen zu senken. Er erklärt, dass daher dieses Argument von ihm nicht kommen wird.

Er legt auch besonderen Wert darauf, dass dies auch keine Privatisierung ist. Es finden derzeit in Österreich viele Privatisierungen statt. Er informiert, dass man das in Villach aber nicht will und schon gar nicht im Müllbereich, denn der Müllbereich bzw. der Entsorgungsbereich ist seiner Meinung nach einer, bei dem man öffentliche Interessen noch mitbehandeln können muss. Das ist die Situation. Deshalb hat man auch diesen Weg gesucht und er macht darauf aufmerksam, dass dies auch keiner ist, den die SPÖ vom Zaun gebrochen hat. Es ist aber seiner Ansicht nach richtig, sich frühzeitig auf neue Entwicklungen einzustellen und es ist vor allem dann keine schleichende Privatisierung, wenn sich der Gemeinderat dazu bekennt, diese 50:50-Aufteilung zu behalten. Wenn man 100 % oder 50 % hat, kann man, wenn man will, privatisieren, aber das ist es nicht. Er denkt, dass es die Ziele waren, die er hier genannt hat.

An Stadtrat Ladstätter gerichtet informiert er, dass Villach von der Kärntner Landesregierung dazu verdonnert wurde, den Hausmüll nach Spittal zu liefern. Er persönlich glaubt, dass man hier eine sehr gute Verhandlungsrunde gehabt hat, weil man in etwa die selben Bedingungen hat, wie die Bürger des Verbandes Spittal. Trotzdem kommen aber Transportkosten dazu, die man nicht wegbringt. Dieses alte Thema, dass durch die Gesetzgebung in Kärnten, vor allem von ÖVP und FPÖ getragen, der Hausmüll gegenüber dem Industriemüll bzw. der Kommunalentsorger gegenüber dem Privatentsorger benachteiligt ist, weil der Kommunalentsorger zu einer Deponie fahren muss und die anderen sich sozusagen am Markt den billigsten aussuchen können, hat er immer bedauert. Er informiert, dass nun in einigen Bereichen des neuen Unternehmens die Chance da sein wird, dass man sich auch sozusagen am Markt

befindet. Zwar nicht beim Hausmüll, aber bei allem Übrigen kann man sich den Markt auswählen.

Weil es ja nicht notwendig ist, einen Vaterschaftsstreit zu machen, teilt er mit, dass er das Gefühl gehabt hat, dass so etwas vom Gemeinderat mitgetragen wird, wenn man das einbringt und dass man seit Oktober/November des vergangenen Jahres an so einer Lösung getüftelt hat. Er möchte auch darauf aufmerksam machen, dass sich die derzeitigen Müllpreise der Stadt Villach an und für sich sehen lassen können. In Klagenfurt hat man für die 120 l Tonne und wöchentliche Entleerung einen Preis der um 18,5 % höher ist als in Villach. Bei der 120 l Tonne und einer vierzehntägigen Entleerung hat man dort einen Preis der um 39,6 % höher ist. Er meint, dass man jetzt wieder fragen könnte, warum man denn dann etwas tut, aber er ist der Meinung, dass Handlungsbedarf ist, denn er war bei einer europäischen Bürgermeisterkonferenz und dort hat er gehört, dass man das überall angeht. Auch die Grazer und die Wiener arbeiten daran und je nach politischer Schattierung gibt es das PPP oder Privatisierungen. Nur die, die glauben, dass es die richtige politische Lösung ist, den Kopf in den Sand zu stecken und dann zu sagen, wie arm man ist und die dann versuchen, einen Sündenbock in der europäischen Union zu finden, die tun momentan nichts. Er hält fest, dass hier vieles in Bewegung gekommen ist und dass man in Villach den Weg geht, der die Mitarbeiter und die Kunden zufrieden stellt und der, wie er glaubt, auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger genießt.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig:

1. Die Stadt Villach schließt mit der Firma Saubermacher Dienstleistungs-Aktiengesellschaft mit Sitz in Graz den beiliegenden, zeitlich befristeten Dienstleistungskonzessionsvertrag ab.
2. Die Stadt Villach gründet mit der Firma Saubermacher Dienstleistungs-Aktiengesellschaft mit Hauptsitz in Graz eine gemeinsame Gesellschaft mit beschränkter Haftung entsprechend dem beiliegenden Gesellschaftsvertrag.
3. Die Stadt Villach schließt mit der Villacher Saubermacher Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Villach den beiliegenden Personalüberlassungsvertrag ab.

4. Die Stadt Villach schließt mit der Villacher Saubermacher Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Villach den beiliegenden Pachtvertrag und den beiliegenden Kaufvertrag ab.
5. Der Markteintrittspreis der Saubermacher Dienstleistungs-AG von ATS 19,0 Mio. ist am Unterabschnitt 9140 und der Ablösebetrag für das Anlagevermögen der Villacher Saubermacher GmbH von ATS 27.226.137,-- ist auf den Unterabschnitten 8520 und 8521 als Einnahmen zu verbuchen. Die Rücklage des Unterabschnittes 8521 – Entsorgung – ist aufzulösen. Die verkauften Vermögenswerte sind aus dem Vermögen der Stadt Villach auszuscheiden.
6. Der Beschluss des Gemeinderates vom 12.01.2001 hinsichtlich der Festsetzung der Tarife für die Absetzcontainerabfuhr, der Beschluss des Gemeinderates vom 12.01.2001 hinsichtlich der Festsetzung der internen Stundensätze der Entsorgung sowie der Beschluss des Gemeinderates vom 24.11.1995 hinsichtlich der Festsetzung der Tarife (Stundensätze) für die Fäkalienabfuhr und die Privatkanalreinigung (Kanalspülfahrzeuge) werden mit 01.07.2001 aufgehoben, da ab diesem Zeitpunkt die Villacher Saubermacher GmbH die Absetzcontainerabfuhr, die Entsorgung, die Fäkalienabfuhr und die Privatkanalreinigung auf ihre Rechnung und Gefahr betreibt.
7. Der Beschluss des Gemeinderates vom 12.01.2001 hinsichtlich der Festsetzung der Tarife für die Annahme von Grün-, Strauch-, und Baumschnitt sowie für die Verwertung von Alt- und Wurzelholz bei der Kompostieranlage des Stadtgartens wird mit 01.07.2001 aufgehoben, da ab diesem Zeitpunkt die Villacher Saubermacher GmbH die Kompostieranlage auf ihre Rechnung und Gefahr betreibt.

Pkt. 8.) Erweiterung Leasingvertrag Nr. 90000010 Bawag
RF Zwölf aufgrund Neubau Tierkörpersammel-
stelle, Grundstück Nr. 747/2, KG Villach

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom
30.05.2001, Zl.: FW-239/2001/Mag.Wi.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g:

„Die Finanzverwaltung wird mit der Erweiterung des Leasingvertrages Nr.
90000010 bei der RF Zwölf BAWAG LEASING GmbH um die voraussicht-
lichen Errichtungskosten inkl. USt. von ATS 1.616.360,-- zu den bisher gülti-
gen Konditionen beauftragt.“

Pkt. 9.) Schulbus - Leasingfinanzierung

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 16.05.2001, Zl.: FW-213/2001/Mag.Wi.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g:

„Die Vergabe der Leasingfinanzierung bei der Bank Austria Creditanstalt Mobilien Leasing GmbH mit einer monatlichen Leasingrate von ATS 27.416,02 zu den in beiliegendem Amtsvortrag angeführten Konditionen.“

Pkt. 10.) Parkscheinautomaten - Leasingfinanzierung

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 3 – Finanzen und Wirtschaft vom 29.05.2001, Zl.: FW-237/2001/Mag.Wi.

Gemeinderat Brandenberger hält fest, dass die Parkproblematik ein langjähriges Anliegen der ÖVP ist. Dies wird durch diverse Anträge, die eingebracht wurden, dokumentiert und er führt als Beispiele den Antrag auf Ausweitung der Kurzparkmöglichkeit auf drei Stunden und den Antrag, das Gratisparken am Samstag zu ermöglichen, an. Darüber hinaus hat die ÖVP auch diverse Initiativen betreffend dem Parken in Villach unterstützt. Als Beispiel führt er die Initiative betreffend die Öffnung des Kaiser-Josef-Platzes als Kurzparkzone an. Wogegen sich die ÖVP grundsätzlich wehrt ist, dass in puncto gebührenpflichtiges Parken von Seiten der Mehrheitsfraktion keinerlei Beweglichkeit vorhanden ist. Er teilt mit, dass die ÖVP das in der Vergangenheit auch des Öfteren dokumentiert hat und dass diese im Austausch der alten Parkscheinautomaten lediglich eine Technik des Abkassierens sieht, denn am System selbst wird sich durch die neuen Automaten nichts ändern. Er erklärt, dass die ÖVP daher diesem Tagesordnungspunkt nicht die Zustimmung erteilen kann.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, dass er kein Schlusswort wünscht, da er das schon so oft erklärt hat und sich daher nicht wiederholen möchte.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(gegen die Stimmen der ÖVP-Fraktion und Gemeinderat Dr. Lausegger):

„Die Vergabe der Leasingfinanzierung bei der Bank Austria Creditanstalt Mobilien Leasing GmbH mit einer monatlichen Leasingrate von ATS 64.832,77 exkl. Ust. zu den in beiliegendem Amtsvortrag angeführten Konditionen.“

Pkt. 11.) Überplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 (2)
Villacher Stadtrecht 1998

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Buchhaltung und Einhebung vom 12. Juni 2001.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g,

die überplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von ATS 30.150.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Pkt. 12.) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 (1)
Villacher Stadtrecht 1998

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Buchhaltung und Einhebung vom 12. Juni 2001.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g,

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von ATS 2.581.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Pkt. 13.) Erstellung eines Bestandvertrages zwischen der Stadt Villach und der St. Magdalen Projektentwicklungs- und Verwertungsgesellschaft mbH auf Gst. Nr. 865/13, KG Seebach in Villach, St. Magdalen, Europastraße

Vizebürgermeister Pfeiler berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Liegenschaften und Wohnungen vom 08.06.2001, Zl.: 2/LW-840-Parz.Akt 141D/01/Da/Pa.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g,

die Erstellung eines Bestandvertrages zwischen der Stadt Villach und der St. Magdalen Projektentwicklungs- und Verwertungsgesellschaft mbH, Breitenfurterstraße 148, 1230 Wien, betreffend die 2. Baustufe (Innovationszentrum) gemäß dem beiliegenden Bestandvertragsentwurf zu genehmigen.

Die Erstellung des Bestandvertrages und der allfälligen rechtlichen Bedingungen erfolgt durch die Finanzdirektion im Einvernehmen mit der Rechtsabteilung der GG 4 des Rathauses.

Pkt. 14.) Grundverkehr 2000 – Erklärung zu
Gemeindestraßen

Vizebürgermeister Pfeiler berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 25.04.2001, Zl.: 612/1 - allg.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g :

- 1) Die in der nachfolgenden Tabelle angeführten Grundflächen der Grundankäufe und Grundübernahmen 2000 werden gemäß § 19 Abs. 1 des Kärntner Straßengesetzes 1991 zu Gemeindestraßen erklärt:

Nr	Zahl: 612/1 -	Straße	Ankauf von	Ausmaß
01	1203	Wernberger Straße	Franz Rasser Silvester Moschitz	25 m ²
02	1195	Rasenweg	Ernst Susitti	70 m ²
03	1189	Grünschacherweg	Andreas Kreuger	36 m ²
04	1186	St. Niklas Straße	Klothilde Spitzer	213 m ²
05	1183	Drautschener Straße	Josef Schabus Gottfried Dalecky Philippine Dalecky Karl Michael Gruber Anita Hinz Karl Kern	175 m ²
06	1147	Südwandstraße	Johann Oprießnig	147 m ²
07	1139	Serai	Friedrich Sodian	5 m ²
08	1136	Spritzenhausweg	Firma Trend Bauträger	48 m ²
09	1125	Gladiolenweg	Josef Kugi	207 m ²

Pkt. 15.) Grundverkauf aus dem öffentlichen Gut –
Nussbaumweg; Christian Mainhart

Vizebürgermeister Pfeiler berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Tiefbau vom 25.04.2001, Zl.: 612/1 - 1244.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig:

- 1) Die Stadt Villach als Verwalterin des „öffentlichen Gutes“ verkauft und übergibt und
Herr Christian Mainhart, Nussbaumweg 8, 9500 Villach, in der Folge Käufer genannt, kauft und übernimmt,

das aufgrund des Lageplanes der Abteilung 2/T – Tiefbau des Magistrates Villach vom 20.03.2001, GZ 612/1 – 1244, durch Unterteilung des Gst. 325 Sonstige (Weg) gebildete und für das öffentliche Gut entbehrliche TS 1 im Ausmaß von ca. 20 m², das mit dem Gst. 334/1 der EZ 791, Grundbuch 75415, KG Gratschach, zu vereinigen sein wird, in sein Eigentum.
- 2) Der Kaufpreis für das TS 1 beträgt ATS 360,-- je m², insgesamt daher ca. ATS 7.200,-- und wird binnen 30 Tagen nach Vorliegen der Beschlussfassung im Gemeinderat der Stadt Villach und der Endvermessung von der Stadt Villach in Rechnung gestellt und ist innerhalb von 30 Tagen zur Zahlung fällig.
- 3) Die Vermessung, Vermarkung und Erstellung des Teilungsplanes erfolgen durch den Käufer.
- 4) Die grundbücherliche Durchführung erfolgt durch den Käufer.
- 5) Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren trägt der Käufer.
- 6) Das für das öffentliche Gut entbehrliche TS 1 wird gemäß § 19 Abs. 2 des Kärntner Straßengesetzes als Gemeindestraße aufgelassen.
- 7) Die Einnahmen aus dem Grundverkauf von ca. ATS 7.200,-- werden der VAST 6/6120/001000.6 gutgeschrieben.

Pkt. 16.) Verkauf des stadteigenen Grundstückes Gst. Nr. 865/12, KG Seebach in Villach, St. Magdalen, Europastraße, an die St. Magdalen Projektentwicklungs- und Verwertungsgesellschaft mbH

Vizebürgermeister Pfeiler berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung Liegenschaften und Wohnungen vom 08.06.2001, Zl.: 2/LW-840-Parz.Akt 141D/01/Da/Pa.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

den Verkauf der Liegenschaft EZ 1786 mit Gst. Nr. 865/12, KG Seebach, an die St. Magdalen Projektentwicklungs- und Verwertungsgesellschaft mbH, Breitenfurterstraße 148, 1230 Wien, gemäß dem beiliegenden Kaufvertragsentwurf zu genehmigen.

Die Erstellung des Kaufvertrages und der allfälligen rechtlichen Bedingungen erfolgt durch die Finanzdirektion im Einvernehmen mit der Rechtsabteilung der GG 4 des Rathauses.

Pkt. 17.) Straßenpolizeiliche Verordnungen im eigenen
Wirkungsbereich

Vizebürgermeister Lang berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Geschäftsgruppe 1 – Behördenverwaltung (Straßenrecht) vom 03.05.2001, Zl.: 1/Str-Allg-47/2001.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g,

die unter Einbindung der Bundespolizeidirektion Villach und den Abteilungen Stadt- und Verkehrsplanung und Tiefbau ausgearbeiteten Verordnungen zu genehmigen:

Verordnung im eigenen Wirkungsbereich – gemäß § 94 d der StVO 1960:

1/Str-V-77/1991	Pogöriacher Straße – Wohnstraße – Abänderung – Markierung der Parkflächen
1/Str-V-7/1994	Neckheimstraße – Wohnstraße – Abänderung – Markierung der Parkflächen
1/Str-V-7/1995	G. Renker Straße – W. Götzl Straße – Wohnstraße – Abänderung – Markierung der Parkflächen
1/Str-V-23/1996	Bergsiedlung – Wohnstraße – Abänderung – Markierung der Parkflächen
1/Str-V-27/1996	Schattenstraße – Wohnstraße – Abänderung – Markierung der Parkflächen
1/Str-V-25-4/2000	30 km/h Zonen Bereich Villach – Erweiterung um die neu zu schaffende Zone Pogöriach
1/Str-V-30/2001	Fußgängerzonen – Innenstadt – Erweiterung um den Bereich „Udo Jürgens Platz“

Vorübergehende Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich:

1/Str-V-31/2001	Faaker See Uferstraße – vorübergehende Verkehrsbeschränkungen anlässlich einer Katastrophenübung
-----------------	--

Pkt. 18.) Anregung zur Änderung des Flächenwidmungs-
planes KG Judendorf – Interspar Süd, Grund-
stück 58/1, KG Judendorf (DHB Immobilien
Leasing GesmbH)

Vizebürgermeister Lang berichtet im Sinne des Amtsvor-
trages der Stadt- und Verkehrsplanung vom 18.04.2001, Zl.: 10/02/00
Ka/Wie.

Er stellt fest, dass man heute schon reichlich darüber diskutiert hat. Er möchte den Antrag, der von ihm unterschrieben ist und der auf das, was die Bürger in dieser Stadt wollen, auf 8000 Unterschriften und vor allem auf die vielen Einwendungen Rücksicht nimmt, vorlesen und dann um Zustimmung ersuchen. Er verliest als Planungsreferent den Antrag wie folgt: „Der Gemeinderat möge beschließen: Den Einwendungen wird stattgegeben und damit das Widmungsbegehren mit der Zahl 10/02/00 abgelehnt.“

Bürgermeister Manzenreiter bemerkt, dass man diesbezügliche Diskussion vorgezogen und er diese daher nicht unterbrochen hat. Er stellt die Frage, ob es weitere Wortmeldungen dazu gibt. Da dies nicht der Fall ist, lässt er über diesen Antrag abstimmen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit
(gegen die Stimmen der FPÖ-, der ÖVP- und der VIG-Fraktion),

folgenden Antrag abzulehnen:

Den Einwendungen wird stattgegeben und damit das Widmungsbegehren mit der Zahl: 10/02/00 abgelehnt.

Pkt. 19.) Alpen-Adria-Wanderführer – Weitergabe gegen
Entgelt

Stadtrat Ladstätter berichtet im Sinne des Amtsvortrages
der Abteilung Tourismus vom 17.04.2001, Zl.: Str/cg-int.fas.wanderf.01.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

e i n s t i m m i g,

die Weitergabe des Alpen-Adria-Wanderführers an Gäste zum Preis von
ATS 69,-- (Euro 5,--) pro Stück zu genehmigen. Die Verbuchung erfolgt zu-
gunsten der VASSt. 2.7710.803000.2.

Frau Gemeinderätin Zimmermann verlässt die Sitzung.

Pkt. 20.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadt-
recht) und Anträge

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, dass zwei selbständige Anträge der ÖVP-Fraktion vorliegen.

Die Anträge der ÖVP-Fraktion betreffen:

- Ergänzung der Richtlinien für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft durch die Stadt Villach
- Errichtung von Kreisverkehren in der Maria Gailer Straße

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, dass weiters drei Dringlichkeitsanträge vorliegen.

- a) Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Fraktion -
Bilinguale Volksschule – Schulversuch
an der Volksschule Villach-Lind

Bürgermeister Manzenreiter verliest den Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Fraktion vom 26. Juni 2001 wie folgt:

„Der Schulreferent des Landes Kärnten, Landeshauptmann Dr. Haider, wird aufgefordert, diese Absage dringend wieder aufzuheben, um in Villach dieses schon bestens vorbereitete Projekt ‚bilinguale Volksschule‘ durchführen zu können. Da auch in Klagenfurt ein solches Projekt seitens des Landes Kärnten finanziert und durchgeführt wird, fordern wir für die Stadt Villach eine Gleichbehandlung.“

Vizebürgermeister Lang teilt mit, dass er auch darüber mit dem Land Kärnten, mit dem Referenten für das Schulwesen, gesprochen hat und er informiert, dass ein Brief von Landeshauptmann Dr. Haider an Frau Bundesminister Gehrler unterwegs ist. Er hält fest, dass noch Feinabsprachen notwendig sind, dass man aber davon ausgehen kann, dass dieser Antrag bzw. dieser Wunsch der Eltern und der Kinder positiv beurteilt werden wird

und dass diesem Rechnung getragen wird. Das bedurfte einiger Gespräche während dem Wochenende, er ist aber zuversichtlich, dass man auch das Dank der Hilfe der FPÖ durchbringen wird.

Frau Stadträtin Mag. Sandriesser hält fest, dass der Landesschulreferent bei jeder Gelegenheit propagiert, wie wichtig Bildung und Ausbildung ist, dass sich dieser aber, wenn es dann wirklich konkret wird, jedes Mal zurückzieht und von einer Finanzierung von Seiten des Landes nichts mehr wissen will. Dies obwohl alle wissen, dass der Lehrer vom Land zu finanzieren ist. Sie teilt mit, dass es in Klagenfurt diesen Schulversuch gibt und dass dort auch der Lehrer durch das Land finanziert wird. Dies erwartet sie sich auch für den Villacher Schulversuch.

Aus Ihrer Sicht wird der Rotstift hier wirklich falsch angesetzt, und zwar auf Kosten der bilingualen Bildungsqualität, die gerade im Alpen-Adria-Raum von größter Wichtigkeit ist. Sie ist der Meinung, dass die Zukunftschancen der Jugend durch die Qualitätsverluste in der Schulausbildung nicht leichtfertig verbaut werden sollen. Sie bemerkt, dass alle von EU-Reife sprechen und davon, dass man dazugehören will. Für sie ist dafür aber die Sprache notwendig. Wenn man sich die weiterbildenden Schulen ansieht, haben diese Italienisch als Schwerpunkt im kaufmännischen Bereich, doch sie macht darauf aufmerksam, dass man jetzt bereits in den Kindergärten mit dem Lernen der Sprache Italienisch beginnt. Außerdem möchte sie sagen und dies auch unterstreichen, dass es sehr viele enttäuschte Eltern und Kinder, die von deren Eltern wirklich motiviert und auf diesen Schulversuch hin vorbereitet worden sind, gibt. Sie ist der Meinung, dass es die Aufgabe des Gemeinderates sein muss, diese Enttäuschung im Rahmen zu halten und für diesen bilingualen Unterricht zu stimmen.

Frau Gemeinderätin Schmoliner ist der Meinung, dass man nicht extra zu betonen braucht, dass Sprachen wichtig sind. Eines ist ihr aber unverständlich, und zwar, warum man Fakten einfach nicht zur Kenntnis nehmen will. Sie stellt fest, dass man nicht in Villach wäre, wenn gegen die freiheitliche Schulpolitik nicht eine gehörige Portion Polemik mit ins Spiel gebracht werden würde. Sie bemerkt, so lange sozialistische Schulreferenten die Fäden gezogen haben, wie Ambrozy, Schiller und danach Außerwinkler, dass man jeden Aufschrei vermisst hat. Damals wurden nämlich tatsächlich Schulschließungen vollzogen. Das, was jetzt darüber durch die Medien geistert stimmt überhaupt nicht. Sie wiederholt, dass es damals Schulschließungen gab, dass man aber nur nichts davon gehört hat. Sie stellt fest, dass im Falle eines freiheitlichen Schulverantwortlichen schon ein Schreiben der Schulabteilung ausreicht, um Landeshauptmann Dr. Haider die Schließungen jetzt einfach in die Schuhe schieben zu wollen. Egal ob es Schließungen, Stundenverkürzungen oder dergleichen sind. Sie bemerkt, dass sie damit bei den Fak-

ten ist und informiert, dass es keine Schulschließungen gibt, sondern dass an Standorten, wo es zwei Schuldirektionen gibt, eine eingespart wird. Sie ist der Meinung, dass eine Direktion an einem Standort wohl reicht. Weiters hält sie fest, dass auch kein Grund zur Besorgnis besteht, dass die Qualität der Ausbildungen an den Schulen jetzt leidet und Schaden nehmen wird, so wie Frau Stadträtin Mag. Sandriesser gemeint hat, denn dafür garantieren die Lehrer. Dem möchte sie schärfstens widersprechen.

Sie hält fest, dass die SPÖ in der Schulpolitik eine durchsichtige Politik der Destruktivität betreibt und alles tut, um in ein gut funktionierendes System Zwietracht und Misstrauen zu säen. Dabei verschweigt diese aber ganz dezent den Grund für diese Versammlung, der nämlich in der gesunkenen Schülerzahl liegt und dass eben gewisse Dinge auch im Finanzausgleich begründet sind. Sie erklärt, dass derzeit nur die bundesweiten Schulgesetze befolgt werden, die ja bereits vor Jahren unter der SPÖ beschlossen worden sind. Paradox ist jetzt ihrer Ansicht nach, dass die sozialdemokratischen Politiker den Vollzug jener Gesetze kritisieren, die diese selbst beschlossen haben. Sie hält fest, dass es die SPÖ jahrzehntelang verabsäumt hat, einen Status quo festzulegen und einen Überblick zu schaffen. Nun wird das gemacht und daher ergeht nun völlig zu Unrecht der Aufschrei.

Bürgermeister Manzenreiter bemerkt an Frau Gemeinderätin Schmoliner, die ja Schulspezialistin ist, dass es genau so ist und dass es natürlich schlecht wäre, wenn er darauf keine Erklärung hätte. Natürlich waren das Rahmengesetze, die nicht exekutiert worden sind. Rahmenbedingungen, die von der FPÖ immer kritisiert wurden und die diese nun exekutiert.

Er macht darauf aufmerksam, dass es aber eigentlich um die bilinguale Ausbildung in der Volksschule Lind geht und darum zu diesem Thema ein dringlicher Antrag vorliegt. Außerdem wird in Klagenfurt ein solches Projekt sehr wohl vom Land finanziert. Er möchte auch an Vizebürgermeister Lang gerichtet sagen, dass die Stadt Villach ein Brief erreicht hat. Jedenfalls hat man dieses Projekt in Villach auch schon zugesagt bekommen und dann wurde es wieder abgesagt. Er kennt diesen Brief nicht und teilt mit, dass Frau Stadträtin Mag. Sandriesser diesen beantworten wird und dass diese sich schon die Frage erlauben wird, wie viel in Klagenfurt zu den Native Speakern dazugezahlt wird. Das wird dann auch das Verhalten seitens der Stadt Villach prägen. Er teilt mit, dass in Villach jetzt angefragt worden ist, wie viel man seitens der Stadt Villach bereit ist dazuzuzahlen und dass man sagt, dass man bereit ist, so viel dazuzuzahlen wie die Klagenfurter. Abschließend informiert er, dass Tatsache ist, dass man schon die Zusage gehabt hat und jetzt wieder kurzfristig alles dicht gemacht worden ist.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

dem Antrag der SPÖ-Fraktion betreffend „Bilinguale Volksschule – Schulversuch an der Volksschule Villach-Lind“ die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

folgender Resolution die Zustimmung zu erteilen:

„Der Schulreferent des Landes Kärnten, Landeshauptmann Dr. Haider, wird aufgefordert, diese Absage dringend wieder aufzuheben, um in Villach dieses schon bestens vorbereitete Projekt ‚bilinguale Volksschule‘ durchführen zu können. Da auch in Klagenfurt ein solches Projekt seitens des Landes Kärnten finanziert und durchgeführt wird, fordern wir für die Stadt Villach eine Gleichbehandlung.“

b) Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion –
Plakatstände und Gebrauchsabgabe

Bürgermeister Manzenreiter verliest den Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion vom 26.06.2001 wie folgt:

„Der Gemeinderat möge noch vor Beginn der Hochsaison beraten und beschließen, dass in der Innenstadt, also im engeren Schutzbereich, die Plakatständerverordnung aufgehoben und zusätzlich auf die Einhebung der Gebrauchsabgabe für Warenausräumungen verzichtet wird.“

Er bemerkt, dass man etwas macht, wie zum Beispiel die gesamte Luftsteuer aufheben, die es in Klagenfurt noch immer gibt und dass es immer noch etwas gibt, womit man die Innenstadt zum Thema machen kann.

Frau Gemeinderätin Rettl hält fest, dass man, wenn man genau zuhört, weiß, dass dieser Antrag dringend ist. Der Hut brennt, die Innenstadtkaufleute sind verzweifelt, denn diese brauchen zusätzliche Chancen. Sie informiert, dass aus diesem Grund dieser Antrag gestellt wurde.

Es wäre kein Problem, wenn man vor der Hochsaison noch schnell beschließen würde, versuchshalber auf die Gebrauchsabgabe zu verzichten. Die Innenstadtkaufleute wären sicher dankbar dafür und wenn man diese unsinnige Plakatständerverordnung auch abschaffen würde, wäre ihrer Ansicht nach ein großer Schritt zu einem bunteren Straßenbild getan. Sie ist der Meinung, dass man das nicht totreglementieren kann. Die Kaufleute brauchen das und sie meint, dass Bürgermeister Manzenreiter das nicht so weiß, weil dieser noch nie ein Geschäft geführt hat. Sie meint aber, dass jeder weiß, dass es, wenn man etwas verkaufen will, einfacher ist, etwas auf der Straße anzukündigen, weil die Leute erst dann in das Geschäft kommen. Wenn man der Innenstadt helfen will, dann wäre das ihrer Meinung ein kleiner aber sehr wichtiger Schritt dazu. Deshalb ersucht sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Bürgermeister Manzenreiter möchte sich als Kontra-Redner zu diesem Punkt eintragen. Er hält, wie er glaubt zum hundertsten Mal, fest, dass der, der glaubt, mit ein paar Plakatständen vor dem Geschäft ein Geschäft machen zu können, falsch liegt. Er ersucht dringend zur Kenntnis zu nehmen, dass die, die keine Warenausräumung machen können, also die Waren nicht präsentieren können, Plakatstände hinausstellen können. Die anderen werden gebeten, ein qualitätsvolles, das bunte Bild der Innenstadt noch verstärkendes Angebot über Waren hinauszubringen. Er glaubt, dass man damals doch einigermaßen auf das hingearbeitet hat.

Er informiert, dass beim Städtetag Herr Dr. Braun ein sehr interessantes Referat gehalten hat. Diesbezüglich teilt er mit, dass Herr Dr. Braun Chef der Tirol-Werbung war, in Tirol die Swarovski-Kristallwelt gemacht hat und nun Kommunikationschef von Swarovski ist. Dieser hat darauf hingewiesen, dass jedes Hinstellen irgendeiner Sache eine Innenstadt überhaupt nicht weiterbringt und diese vor allem nicht unverwechselbar macht. Daher spricht er noch einmal die Einladung aus, dass die, die nichts hinauszustellen haben, weil es nicht schön ist oder weil es verderblich ist, Plakatständer hinausstellen können. All jene, die eine schöne Ware ausräumen können, sollen dies tun. Er hält fest, dass man auf diesem Gebiet sehr großzügig ist, die Gebühren gesenkt und die Luftsteuer abgeschafft hat. Das gibt es alles und er denkt, dass man im Grunde genommen das Optimale gemacht hat und dass das daher nicht sein muss.

Er bemerkt, dass interessanterweise gerade die guten Firmen in Villach, die sich auch jetzt an dieser Aktion nicht beteiligt haben, keine Plakatständer hinausstellen und ihm permanent erklären, dass diese es nicht einsehen, dass dieser Mist dann dort steht und deren Auslagen verräumt. Frau Gemeinderätin Retzl empfiehlt er, sich an die erfolgreichen Kaufleute zu wenden, die auch zu ihm kommen, die aber scheinbar keinen politischen Führsprecher haben, wie diese es hat. Die Erfolgreichen rennen ihm die Türen ein und sagen ihm, dass er konsequent bleiben soll. Er bemerkt, dass es auch sehr viele Unternehmen gegeben hat, die auch zu einer Zeit, in der es noch nicht sanktioniert wurde, keine Plakatständer hinausgestellt haben. Das ist die Situation.

Er teilt weiters mit, dass es in Villach keine Gebrauchsabgabe mehr gibt – das hat auch die FPÖ mitbeschlossen - und daher dieser Antrag gar nicht verhandelbar ist, weil diese nicht abgeschafft werden kann.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g,

dem Antrag der FPÖ-Fraktion betreffend „Plakatständer und Gebrauchsabgabe“ die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit

(gegen die Stimmen der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion),

folgenden Antrag abzulehnen:

„Der Gemeinderat möge noch vor Beginn der Hochsaison beraten und beschließen, dass in der Innenstadt, also im engeren Schutzbereich, die Plakatständerverordnung aufgehoben und zusätzlich auf die Einhebung der Gebrauchsabgabe für Warenausräumungen verzichtet wird.“

c) Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion –
Umwandlung des Kaiser-Josef-Platzes in
eine Kurzparkzone

Bürgermeister Manzenreiter verliest den Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion vom 26.06.2001 wie folgt:

„Der Gemeinderat möge zum Wohle der Villacher Innenstadt beraten und beschließen, den Kaiser-Josef-Platz unverzüglich nach den bereits vorliegenden Plänen in eine Kurzparkzone umzugestalten.“

Er denkt, dass man hier das Stimmverhalten aus der letzten Gemeinderatssitzung als gegeben annehmen kann, weil man das schon beim letzten Mal gehabt hat.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

einstimmig,

dem Antrag der FPÖ-Fraktion betreffend „Umwandlung des Kaiser-Josef-Platzes in eine Kurzparkzone“ die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Der Gemeinderat beschließt ohne Debatte

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion),

folgenden Antrag abzulehnen:

„Der Gemeinderat möge zum Wohle der Villacher Innenstadt beraten und beschließen, den Kaiser-Josef-Platz unverzüglich nach den bereits vorliegenden Plänen in eine Kurzparkzone umzugestalten.“

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt Bürgermeister Manzenreiter für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 19.35 Uhr

Die Protokollführerin:

Iris Lippitsch

Der Bürgermeister:

Helmut Manzenreiter

Die ProtokollprüferInnen:

GR Hilde Schaumberger

GR DI Günther Geretschläger